

Kontrolle oder Kollaboration? Agro-Gentechnik und die Rolle der Behörden

Ein Bericht von Antje Lorch und Christoph Then

im Auftrag von Ulrike Höfken

Kontakt zu den AutorInnen:

Antje Lorch: lorch@ifrik.org

Christoph Then: christoph.then@scouting-biotech.de

Kontakt Auftraggeberin:

ulrike.hoefken@bundestag.de

April 2008

Die AutorInnen danken allen ExpertInnen, die mit ihrem Rat und Sachwissen zu diesem Report beigetragen haben. Sie hoffen, dass Politik und Öffentlichkeit das Thema aufgreift und es dabei nicht nur zu einer Diskussion um die Verantwortung einzelner Personen kommt, sondern die Gesellschaft letztlich insgesamt neue und bessere Möglichkeiten findet, mit dem strittigen Thema Agro-Gentechnik umzugehen.

Inhalt

0.	Vorwort von Ulrike Höfken	3
1.	Einleitung	6
2.	Die Entwicklung der „Tarnkappen Strategie“	6
2.1	Die Einfuhr der Monsanto-Sojabohne und das Burson-Marsteller Hintergrundpapier	6
2.2.	Umsetzung der „Tarnkappen-Strategie“ in Deutschland	7
2.3.	Umsetzung der „Tarnkappen-Strategie“ auf internationaler Ebene	9
3.	Etablierung von Netzwerken im Bereich der Agro-Gentechnik in Deutschland	11
3.1	Politik als Täter und Opfer	11
3.2	Alte Seilschaften und neue Netzwerke - Keimzelle Darmstadt	13
3.3	Die Netze der Agentur Genius GmbH	14
3.4	Die Organisationen „Gesprächskreis Grüne Gentechnik (GGG)“ und „Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik (WGG)“	15
3.5	Experten der Behörden als Mitglieder in Lobbyorganisationen und Patentanmelder für Gentech-Pflanzen	17
4.	Wie funktioniert das Netzwerk – zwei konkrete Beispiele	22
4.1	Beispiel 1: MON810-Mais - Über nicht ganz interne Emails, gute Zusammenarbeit mit der Industrie und unzureichende Monitoringpläne	22
4.1.1	Industrie oder Sicherheitsbehörden - Wer bestimmt was ein guter Monitoringplan ist? ...	25
4.1.2	Welche Funktion hat der Verein FINAB im Zusammenhang mit dem umstrittenen Monitoringplan für MON810-Mais?	27
4.1.3	Monitoringpläne für gv-Pflanzen – Vorarbeiten auf EU-Ebene	29
4.1.4	Vereinnahmung von unabhängigen Institutionen durch Industrie und Behörden	30
4.1.5	Wer trägt die Schuld am gescheiterten Monitoring-Plan für den Gentech-Mais MON810 ?	31
4.2	Beispiel 2: EU-Zulassungsverfahren „verbessern“?	33
4.2.1	Zulassungsverfahren für Gentech-Pflanzen - Politische Verantwortung oder Experten-Entscheidungen?	33
4.2.2	Risikoforschung bei gv-Pflanzen vereinfachen? Eine gemeinsame Initiative von Industrie und Experten der Behörden	35
5.	Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen	37
6.	Anhang: Lexikon der in dem Bericht genannten Personen, Behörden, Institutionen sowie weiteren Organisationen und Forschungsprojekte	40
6.1	Personen	40
6.2	Behörden	48
6.3	Firmen	49
6.4	Organisationen	52
6.5	Forschungsprojekte	55

Vorwort

Agrogentechnik - wie bei kaum einem anderen Thema sind Politiker, aber auch Landwirte und Verbraucher auf die gründliche Prüfung und Berücksichtigung von Risiken durch unabhängige (!) Experten und zuständige Behörden angewiesen. Einmal in die Natur freigesetzte Organismen sind schließlich nicht mehr rückholbar – gerade darum muss das Prinzip Vorsorge bei der Agro-Gentechnik konsequent verfolgt werden. Eine unabhängige Risikoforschung muss gewährleisten, dass mit dem technischen Eingriff des Menschen in die Natur keine Missernten, ökologische Zerstörungen, gesundheitliche Schäden an Mensch und Tier oder Verunreinigungen von Futter- und Lebensmitteln einhergehen.

„Keine negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt“ - diese Worte stehen so oder in ähnlicher Form in so gut wie allen Stellungnahmen der zuständigen Behörden zu einem Antrag auf Zulassung eines gentechnisch veränderten Produkts – sei es in Stellungnahmen der EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) oder auf nationaler Ebene in Deutschland in Stellungnahmen des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL).

Gibt es wirklich keine Risiken? Regelmäßig wurden in den letzten Jahren wissenschaftliche Studien und kritische Einschätzungen zu Risiken von Gentechnik-Pflanzen wie MON810-Mais, MON863-Mais, zur BASF-Kartoffel Amflora und anderen gentechnisch veränderten Pflanzen vorgelegt – von unabhängigen wissenschaftlichen Experten in Frankreich, Österreich, Ungarn oder aus anderen Ländern, von Greenpeace, dem BUND, von anderen Behörden in Deutschland wie dem Bundesamt für Naturschutz oder in Europa. Sogar die Europäische Behörde für Arzneimittelsicherheit (EMA) gab – im Gegensatz zu der EU-Behörde EFSA - eine sehr kritische Einschätzung zum Einsatz des Antibiotikamarkers in der BASF-Gentechnik-Kartoffel Amflora und möglicher Resistenzprobleme für Menschen ab. Genauso regelmäßig versichern die Experten beim BVL und der EFSA: Es gibt keine Risiken.

Ist es also „Ansichtssache“, ob die unabhängigen Experten in den zuständigen Zulassungsbehörden Risiken als Risiken einstufen? Und wenn ja, welche „Ansicht“ wird vorrangig vertreten? Who is who – in diesem Netzwerk aus Antragsteller, Lobbyorganisationen, Konzernen, scheinbar unabhängigen Forschungsinstituten und den Experten bei den zuständigen Behörden? Welchen Einfluss haben die Antragssteller auf die Zulassungsbehörden? Welche Risikostudien werden berücksichtigt – und welche nicht? Gibt es Interessenskonflikte – zum Beispiel, wenn die Experten selbst an Forschungsprojekten beteiligt sind, bei denen gentechnisch veränderte Pflanzen entwickelt werden, oder sogar Patente darauf angemeldet haben? Welchen Einfluss auf ihre Tätigkeit als Gutachter und Prüfer von Antragsunterlagen hat es, wenn die Experten sowohl in den Zulassungsbehörden als auch in Lobbyorganisationen tätig sind, die sich zum Ziel gesetzt haben, gesetzliche Schutzvorschriften abzubauen und Gentechnik-Produkte auf dem Markt durchzusetzen?

Mit diesem Bericht wird gezeigt, wie engmaschig – und für Außenstehende undurchsichtig - das Netz zwischen Experten in den Zulassungsbehörden, nachgeordneten Forschungsinstituten, Agro-Gentechnik-Lobbyorganisationen und Wirtschaftsunternehmen ist. Wenn sich jedoch die Interessen der Vertreter, die Antragsunterlagen für die Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen prüfen und bewerten, weitgehend mit denen decken, die die Anträge stellen, so ist die Gefahr sehr groß, dass nicht das Vorsorge-Prinzip, sondern weit stärker, der Wille eine Rolle spielt, die Agro-Gentechnik durchzusetzen.

Natürlich sind Verbindungen und Gespräche zwischen Industrievertretern, Vertretern von Lobbyorganisationen, Parlamentariern und Regierungsvertretern in allen Bereichen üblich und sinnvoll. Und selbstverständlich können sich Vertreter von Behörden oder

Institutionen privat in Verbänden und anderen Organisationen politisch engagieren. Problematisch wird es dann, wenn die Interessensvertretung einseitig und der Einfluss der Industrie zu groß wird. Schon oft wurde – nicht nur bei der Agro-Gentechnik, sondern auch in vielen anderen Bereichen – Kritik geübt. So kritisiert zum Beispiel die Organisation „Alter EU“ in einer Anfang 2008 erschienenen Studie, dass in zahllosen Gremien der EU-Kommission viele Mitglieder auf dem Lohnzettel der Industrie stehen. In Deutschland sieht es nicht viel besser aus.

Die in diesem Bericht beschriebenen Netzwerke zwischen der Agro-Gentechnik-Industrie, Lobbyorganisationen und den zuständigen Behörden existieren bereits seit vielen Jahren – auch vor, während und nach der grünen Regierungsbeteiligung in den Jahren 1998 bis 2005. Auch in den Zeiten von Renate Künast als Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft war es nicht leicht, gegen diese gewachsenen Strukturen vorzugehen.

Manchmal ist es gelungen – wie zum Beispiel beim Widerstand gegen die Sortenzulassung für den Gentechnik-Mais MON810, der auch gegen die Klage vor Gericht von Monsanto aufrecht erhalten wurde. MON810 erhielt erst die Genehmigung zum Saatgutverkauf, als Horst Seehofer Landwirtschaftsminister wurde.

Manchmal war die Interessenlage zu intransparent, waren die Verflechtungen nicht erkennbar oder der Widerstand und Einfluss – entweder vom Koalitionspartner und/oder der Interessenvertreter – zu groß, um mehr zu erreichen. Ein Beispiel: 2005 lehnte Renate Künast die staatliche finanzielle Unterstützung von Forschungsprojekten von Professor Jochen Schiemann von der Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft ab, bei denen gentechnisch veränderte Pflanzen entwickelt werden sollten. Schiemann war damals gleichzeitig sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene an der Bewertung von gentechnisch veränderten Pflanzen in Zulassungsverfahren beteiligt. Das Rauschen im Blätterwald war groß. Renate Künast sei forschungsfeindlich, sie würde sogar biologische Sicherheitsforschung verhindern, so der Tenor. Die grüne Argumentation in der Bundestagsdebatte am 7. März 2005: „Es soll aber nicht so sein, dass dieselben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die produktnah forschen, nachher eine unabhängige Expertise darüber erstellen, ob diese Produkte den allgemeinen Sicherheitsstandards hinsichtlich der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Biodiversität entsprechen.“

Der Bericht zeigt an zwei Beispielen konkret auf, wie das Netzwerk zwischen der Agro-Gentechnik-Industrie, den Experten der Behörden und scheinbar neutralen weiteren Instituten und Biotechnologie-Firmen funktioniert. Das erste Beispiel ist der Streit um den MON810-Mais und den von Monsanto vorgelegten Monitoringplan. Im Frühjahr 2007 wird der Saatgutverkauf – weil das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) Risiken nicht ausschließen kann - verboten. Doch das Saatgutgeschäft war bereits in den Monaten zuvor abgeschlossen und das MON810-Saatgut auf den Äckern ausgebracht. Dann wird das MON810-Saatgutgeschäft im Dezember 2007 - rechtzeitig zu Beginn der neuen Verkaufssaison - wieder vom BVL erlaubt. Wie kann erklärt werden, dass die Öffentlichkeit am 5.12.07 zuerst von dem Konzern Monsanto über diese Wiederezulassung erfuhr, und die zuständige Behörde erst einen Tag später bekannt gab, dass das MON810-Saatgut wieder verkauft werden darf? Wie kam es dazu, dass von Monsanto ein Monitoringplan eingereicht und vom BVL akzeptiert wurde, der sich auf Daten aus dem Deutschen Bienen-Monitoring, dem Tagfalter-Monitoring oder dem Wild-Monitoring stützt – und die Träger dieser Untersuchungen wie der Deutsche Imkerbund, der Deutsche Jagdschutzverband oder Umweltverbände weder informiert noch gefragt wurden, ob diese überhaupt ein regelmäßiges, zuverlässiges und geeignetes Monitoring leisten können/wollen? Wie kann es sein, dass die BVL-Experten dem Konzern Monsanto vorschlugen, diese Monitoringsysteme in ihren Monitoringplan aufzunehmen - ohne dass jemals wissenschaftlich geprüft wurde, ob sich die Daten aus diesen Monitoring-Vorhaben überhaupt wissenschaftlich für die Überprüfung gentechnikspezifischer Fragen eignen?

Das zweite Beispiel ist die Diskussion um die angebliche „Verbesserung“ des EU-Zulassungsverfahrens für Gentech-Pflanzen. Da entwickeln Experten deutscher und europäischer Behörden in Arbeitsgruppen zusammen mit der Industrie Konzepte, wie das Zulassungsverfahren - im Interesse der Agro-Konzerne - billiger und schneller gestaltet werden können. Dann wird genau dieses neue Verfahren von den scheinbar unabhängigen Experten der deutschen und EU-Behörden „geprüft“ und den politischen Entscheidungsträgern als „Verbesserung“ vorgelegt. Auch dieses Beispiel ist symptomatisch für die Intransparenz und das Zusammenwirken der Interessen der verschiedenen Akteure beim Zulassungsverfahren.

Transparenz ist die Grundlage von Wahlfreiheit, Entscheidungskompetenz und Demokratie. Es geht um unsere politische Kultur. Wir wollen nicht, dass es „normal“ wird, dass Beamte und Behörden mit der Agro-Gentechnikwirtschaft - die sie doch eigentlich kontrollieren sollen - so verwoben sind, dass hinterfragt werden muß, wie unabhängig die behördlichen Entscheidungen über Zulassungen, Risikobewertung und Folgenabschätzung eigentlich sind.

Die Vorschläge der Autoren des Berichts, wie das deutsche und EU-Zulassungsverfahren für Gentech-Pflanzen verbessert werden muss, sollten auf der politischen Ebene geprüft und ggf. konsequent aufgegriffen werden. Mehr Transparenz über die Kontakte zwischen Industrie und Experten von Behörden ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Reform. Der Bericht zeigt, dass es ein ganz offensichtliches Ungleichgewicht gibt, welche Interessen berücksichtigt werden – und welche nicht. Verbraucherschutz- und Umweltinteressen müssen viel stärker als bisher eine Bedeutung in den Zulassungsverfahren erlangen – sei es über die Beteiligung (und nicht nur die Information) von Verbraucher- und Umweltorganisationen oder auch über eine Stärkung der zuständigen Behörden. Regierung und Parlament müssen einen „Codex“ für die beteiligten Mitarbeiter in den Behörden entwickeln, z.B. dass diese ihre Verbindungen zur Agro-Industrie und zu industrienahen Institutionen wie Konsultingfirmen und Spezialagenturen offen legen müssen. Vielleicht ist auch eine unabhängige Kommission, eine Art „Untersuchungsausschuss“, notwendig, damit politische Entscheidungsträger einen vollständigen Überblick gewinnen können und auf dieser Basis dann konkrete Vorschläge für eine Entflechtung und damit die Unabhängigkeit der zuständigen Behörden in der Agro-Gentechnik von industriellen Interessen sicher stellen können. Und zu guter Letzt: Wir brauchen eine aktive und unabhängige Risikoforschung. Es reicht nicht, wenn politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit gesagt wird, es gebe keine Risiken – wenn gar nicht erst danach gesucht wird. Oder wenn die, die danach suchen wollen, ihre Projekte nicht finanziert bekommen.

Es geht letztlich darum, einen Politikstil aufzuhalten, der demokratische Entscheidungen – wie zum Beispiel die Verankerung des Vorsorgeprinzips im deutschen und europäischen Gentechnikrecht – untergraben kann. Und es geht um die Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit politischer Entscheidungen. Dazu soll dieser Bericht beitragen. Er erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit – kann er auch nicht, dafür sind viel zu viele Strukturen noch unerkannt und unbekannt. Das mit diesem Bericht vorgelegte „Who is who“ in der Agrogentechnik soll politische Entscheidungsträger, die Öffentlichkeit und interessierte Gruppen dazu auffordern, intensiv(er) als bisher nachzuforschen und die Netzwerkstrukturen transparent zu machen – und damit eine intensive Diskussion über Zulassungen und Forschungsvorhaben im Zusammenhang mit gentechnisch veränderten Pflanzen anzuregen und Veränderung zu initiieren. Wir wollen die Organisationen und Aktivitäten stärken, die sich der Unabhängigkeit und Verantwortung verpflichtet fühlen – in Politik, Regierung, Behörden, Forschung, Verbraucher- und Umweltverbänden und in der Wirtschaft.

*Ulrike Höfken, Sprecherin für Ernährungspolitik und Verbraucherfragen,
Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen*

1. Einleitung

In diesem Bericht wird untersucht, inwieweit sich die Politik auf die Unabhängigkeit ihrer Experten verlassen kann, wenn es um die Risikobewertung, Risikokommunikation und Auflagen für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen geht. Dazu wurde versucht, die Akteure, verschiedene Netzwerke und ihre Verknüpfungen möglichst systematisch darzustellen. Genutzt wurden dazu meist öffentlich zugängliche Informationen, die systematisch in Form eines Lexikons zusammengestellt wurden, das einen Überblick über Personen, Institutionen und Projekte in diesem Bereich gibt. Um die zum Teil komplexen Verbindungen der Akteure untereinander darzustellen, wurden diese auch zum Teil graphisch dargestellt. In einem beschreibenden Textteil wurde versucht, diese Informationen in Beziehung zu tagesaktuellen Themen wie das Monitoring und die Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen zu setzen und so das Zusammenspiel der Akteure anschaulich zu machen.

Während in der Vergangenheit bereits vereinzelt über Interessenskonflikte zwischen Industrie und Behörden berichtet wurde, ist dieser Bericht der erste Versuch, die Problematik umfassend darzustellen. Die AutorInnen sind sich bewusst, dass auch in diesem Fall, trotz monatelanger Recherchen, längst nicht alle Details erfasst werden konnten. An einigen Stellen erscheint aber auch gerade das ein wichtiges Ergebnis dieser Arbeit zu sein, nämlich ausdrücklich festzustellen, dass gewisse Informationen, die eigentlich öffentlich sein sollten, tatsächlich gar nicht verfügbar sind.

2. Die Entwicklung der „Tarnkappen Strategie“

2.1 Die Einfuhr der Monsanto-Sojabohne und das Burson-Marsteller Hintergrundpapier

Als 1996 erstmals gentechnisch veränderte Soja in Europa eingeführt wurde, wurde die US-Firma Monsanto von vielen Seiten stark kritisiert. Sie hatte versucht, die europäischen Märkte mehr oder weniger in Geiselnhaft zu nehmen. Die Ernte aus der gentechnisch veränderten Soja ließe sich nicht mehr von der konventionellen Soja trennen, behauptete die Firma. Im Hamburg und Rotterdam liefen die ersten Schiffe mit Ware ein, die deutlich mit der gentechnisch veränderten Soja verunreinigt war. Viele Lebensmittelhersteller und Verbraucher waren geschockt: In Zukunft sollte es keine Wahlfreiheit mehr geben.

In den nächsten Jahren schafften es zwar die Lebensmittelhersteller, die durch die Verbraucherablehnung unter Druck gerieten, die Märkte von GVO¹-Produkten und GVO-freien Erzeugnissen tatsächlich zu trennen. Auch wurden in der EU nach und nach umfassende Kennzeichnungsregelungen eingeführt. Der Firma Monsanto blieb jedoch der Ruf, ihre Wirtschaftsinteressen beim Verkauf der gv-Saaten mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit zu betreiben. Es gibt Gerüchte, dass auch andere Agro-Konzerne von der Monsanto-Strategie 1996 keineswegs überzeugt waren. Sie befürchteten Image-Schäden für die gesamte Branche.

Vor diesem Hintergrund ist ein Treffen des Dachverbandes der Industrie im Jahre 1997 zu sehen: Im Juni 1997 trafen sich in Amsterdam der Dachverband EuropaBio und Konzerne wie Monsanto, Bayer und Syngenta (bzw. Firmen, die später Teil von Bayer und Syngenta wurden), um die Lage in Europa zu diskutieren. Schon im Vorfeld wurde die große internationale Beratungsagentur Burson-Marsteller aktiv, die häufig im Rahmen der Krisenkommunikation von Unternehmen zum Einsatz kommt. Burson-Marsteller war

¹ GVO: Gentechnisch veränderte Organismen, gv: gentechnisch verändert

bereits bei der Einführung der gv-Soja von Monsanto eingeschaltet worden. So heißt es in einem Hintergrundpapier von Greenpeace hierzu:

„Auch Monsanto ist Auftraggeber von Burson-Marsteller. Der Export der von Monsanto gentechnisch manipulierten Sojabohne wird im Herbst 1996 von der europäischen Öffentlichkeit heftig diskutiert. Monsanto richtet daraufhin in Deutschland (und anderen europäischen Staaten) das „Informationsbüro Sojabohne“ ein, das mittlerweile „Informationsbüro Biotechnologie“ heißt. Eine Journalistenreise zu Monsanto nach St. Louis vom 22. - 25. September 1996 wurde von der Geschäftsführerin von Burson-Marsteller Deutschland, Gabriele Eick, betreut.“²

Burson-Marsteller legte im Januar 1997 ein umfangreiches Strategiepapier³ vor und beteiligte sich auch an der Durchführung des Treffens von EuropaBio in Amsterdam. Die Spuren dieses Strategiepapiers lassen sich bis heute verfolgen. So empfahl Burson-Marsteller damals, nicht so sehr über die Risiken der Gentechnik zu sprechen, sondern vielmehr Geschichten zu erzählen, in denen die möglichen Erfolge vorkommen sollten. Im Kern der Analyse von Burson-Marsteller aber stand die Aussage, dass die Industrie ihr gesamtes Auftreten verändern müsse. Nicht mehr die Industrie selbst, sondern scheinbar neutralere Institutionen sollten die Diskussion um die gv-Saaten voran tragen. Davon hinge letztlich der Erfolg der gesamten Branche ab:

„Nach unserer Erfahrung liegt der Schlüssel zum Erfolg in dem Tempo und dem Maß, mit dem Mitglieder von EuropaBio die Notwendigkeit für einen neuen Ansatz akzeptieren und diesen konsequent umsetzen. Diese fundamentale Änderung besteht, darüber hinaus gehend, genau in diesem einem Punkt: Um die gewünschten Änderungen in den öffentlichen Wahrnehmungen und Meinungen zu erreichen, müssen die Biotech-Industrie aufhören zu versuchen, ihre eigener Fürsprecher zu sein (...).“⁴

2.2. Umsetzung der „Tarnkappen-Strategie“ in Deutschland

Die von Burson-Marsteller vorgeschlagene Strategie war von der Biotechnologie bereits wenige Jahre später mit Erfolg umgesetzt. So beschreibt der PR-Experte Stefan Bottler die Strategie 1998 in einem Artikel der Fachzeitschrift Werben & Verkaufen wie folgt:

„Die sublimale Kommunikationstaktik vieler Chemie-, Biotechnik-, Nahrungsmittel- und Saatgutfirmen, alle sind in das Thema Gentechnik involviert, scheint aufzugehen. 10 Jahre lang hatten die Unternehmen auf spektakuläre Kampagnen verzichtet und statt dessen in gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Below-The-Line Maßnahmen investiert. (...) Federführend in der PR ist eine Flut von Arbeitskreisen, Initiativen und Aktionsgruppen, die einzelne Unternehmen und Verbände gegründet haben. Auch Branchenkenner haben Mühe, die Übersicht zu bewahren. So schlossen sich innerhalb des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) rund 100 Medizin- und Biotech-Unternehmen zur deutschen Industrievereinigung Biotechnologie (DIB) zusammen. Diese positioniert Bio- und Gentechnik als Zukunftswissenschaften, die am krisengebeutelten Standort Deutschland für Aufbruchstimmung sorgen (...) Unilever, Nestlé und Spar praktizieren seit 1996 einen „Gen-Dialog“ mit Hausfrauenbund und Verbraucherinitiativen. Mit Gen-Kritikern in Verbraucherverbänden und Medien kommuniziert auch der Arbeitskreis Grüne Gentechnik, dem Biotechnologie-

² Ein Spezialist für Krisenmanagement, Hintergrundinformation zu Burson-Marsteller, Greenpeace International 1997

³ Communications Programms for EuropaBIO, January 1997, Prepared by Burson-Marsteller

⁴ dito. „In our experience, the key to success will be the speed and degree to which EuropaBio members actually embrace the need for a different approach and then follow through on it. The fundamental difference itself is, moreover, straightforward: in order to effect the desired changes in public perceptions and attitudes, the bioindustries must stop trying to be their own advocates (...)“Übersetzung A.L.

Unternehmen und Saatguthersteller angehören. Aus der Politik kommt massive Unterstützung (...)“⁵

Es entsteht ein Netzwerk aus Industrieverbänden wie der deutschen Industrievereinigung Biotechnologie (DIB) und EuropaBio, von Lobbyverbänden wie dem Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde⁶ (BLL) und dem EFB⁷ (dem europäischen Biotechnologie-Verband, in dem verschiedene Wissenschaftler, Gentechnikfirmen und Lobbyorganisationen Mitglied sind), von Arbeitskreisen und Consulting-Firmen. In diesem Netzwerk finden sich auch schon früh Vertreter von Behörden und Wissenschaftler von öffentlichen und staatlichen Forschungsinstituten. Einer von ihnen ist der langjährige Leiter des Molekularbiologischen Zentrum (MBZ) der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BfEL, jetzt MRI)⁸ in Karlsruhe, Professor Klaus Dieter Jany. Jany ist bereits seit 1989 beim MBZ tätig ist und tritt seitdem immer wieder direkt oder indirekt für den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung ein. Ebenso wie Gabriele Sachse vom PR-Büros BioAlliance verfasste er z.B. 1997 einen Beitrag auf der Webseite der durch Monsanto getragenen „Initiative Information Sojabohne“⁹ und wandte sich u.a. gegen eine „übertriebene Kennzeichnungspflicht, etwa, wenn Gensojaerzeugnisse in anderen Lebensmitteln verarbeitet werden.“¹⁰ (Anmerkung der AutorInnen: Eine Kennzeichnungspflicht, die inzwischen geltendes EU-Recht ist.) Im Zuge einer aktuellen Umstrukturierung, bei der das Bundesamt für Ernährung und Lebensmittel dem neuen Max-Rubner-Institut (MRI) zugeordnet wurde, veränderten sich auch die Zuständigkeiten für Klaus-Dieter Jany, der nach Auskunft der Pressestelle des MRI im Juni 2008 in den Ruhestand treten wird.

Die Zusammenarbeit zwischen Behördenvertretern wie Jany und der Industrie wurde unter anderem für die Öffentlichkeit schon vor Jahren in Form von kleinen Publikationen sichtbar, so genannten Beiheftern, die von Consulting Firmen im Auftrag der Industrie erstellt und in den deutschen Medien breit gestreut wurden. Vor allem Personen, die auch im Umfeld des Wissenschaftlerkreises Grüne Gentechnik (WGG, s.u.) genannt werden, wie Klaus-Dieter Jany, Wolfgang Schumann, Beda Stadler und Klaus Ammann (weitere Angaben zu den genannten Personen siehe im folgenden Text) gaben in diesen Beiheftern Statements ab. Gemeinsame Herausgeber dieser Publikationen waren vor allem die Firmen Agrevo, Monsanto, Novartis, der BLL und Shandwick Deutschland GmbH. Organisiert wurden die Publikationen unter anderem von der PR-Agentur Shandwick International in Bonn.¹¹ In diesen Beiheftern wurden Wissenschaftler genau so eingesetzt, wie von Burson-Marsteller empfohlen: Scheinbar unabhängige Forscher machen sich zu Advokaten der gv-Saaten.

Zu Werbebroschüren mit den Titeln „Gentechnik - was ist dran“, „Info-Spezial Grüne Gentechnik“ und „Zeitbild Medical: Gentechnik verstehen - Essen ohne Angst“ schreibt Stefan Bottler in der Fachzeitschrift Werben & Verkaufen:

„Ganz pointierte Aktionen fahren Novartis, Monsanto Deutschland, die Hoechst-Tochter Agrevo und der von der Industrie getragene Bonner Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL). Sie begnügen sich nicht mit konventioneller Öffentlichkeitsarbeit, sondern nehmen einzelne Zielgruppen wie junge Frauen, Ärzte oder Lehrer ins Visier. Der August-Ausgabe von Bravo Girl

⁵ Zeitschrift Werben & Verkaufen, 11.9.1998

⁶ Der BLL vertritt 90 Verbände, ca. 300 Unternehmen und ca. 100 Einzelmitglieder aber die Mitgliederliste ist nur in Auszügen öffentlich zugänglich. Bekannt ist u.a. das Monsanto Mitglied des BLL ist.

⁷ European Federation of Biotechnology. Bekannt ist das u.a. Monsanto, BIO und VUB Mitglied im EFB sind. Unter dem Präsidenten Marc van Montagu, tritt Klaus Ammann als Sprecher der Sektion Biodiversität der EFB häufiger in Erscheinung

⁸ Zum 1.1.2008 wurden die Forschungsinstitutionen des Bund umstrukturiert. Die BBA macht nun Teil des Julius-Kühn-Instituts (JKI) aus, das BfEL (das frühere BFL), ist jetzt Teil des Max-Rubner-Institut (MRI).

⁹ <http://web.archive.org/web/19970415212923/www.sojabohne.de/index2.htm>

¹⁰ Hans-Ulrich Grimm (1999): Aus Teufels Topf: die neuen Risiken beim Essen. Stuttgart: Klett-Cotta.

¹¹ Shandwick ist inzwischen Teil der McCann World Group, eine der weltweit größten Werbeagenturen.

lag ein Genfood-Beihefter der Vierer-Gruppe mit Preisausschreiben bei. 'Frauen sind eine ganz wichtige Entscheidergruppe beim Lebensmitteleinkauf,' sagt Helmut Wagner, Kommunikationsdirektor von Monsanto Deutschland. 'Allerdings ist ihre Skepsis gegenüber der Gentechnik besonders groß.' Weitere Beihefter für das SZ-Magazin und diverse Special interests sind in Vorbereitung. Außerdem geplant: ein Gentechnik Unterrichtsheft für Lehrer, konzipiert vom Bonner Zeitbild-Verlag.¹²

Ein typisches Produkt dieser Zusammenarbeit ist beispielsweise eine Broschüre mit dem Titel „Gentechnik verstehen: Essen ohne Angst“. Sie wurde vom Verlag Zeitbild in Zusammenarbeit mit der Bundesforschungsanstalt für Ernährung (BFE bzw BfEL, heute MRI) im September 1998 herausgegeben. Wissenschaftliche Berater waren Klaus-Dieter Jany und Gabriele Sachse, Gründerin der Industrie-Consulting-Firma BioAlliance, die bei der Zulassung der gv-Soja auch für Monsanto tätig war. In der Broschüre tauchen mit Klaus Ammann, Beda Stadler und Wolfgang Schuhmann auch wieder die bereits oben genannten Experten auf, die im gleichen Jahr in Zusammenhang mit der Gründung des „Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik“ (WGG) genannt wurden.

Exemplarisch wird hier ein Zitat von Jany angeführt, das auf den ersten Blick Aufklärung suggeriert, aber letztlich die Darstellung der Vorteile von Gen-Food zum Ziel hat:

„In der Pflanzenzüchtung versucht man, ganz gezielt Eigenschaften in unsere Nutzpflanzen einzubringen, die mit herkömmlicher Züchtung bisher nicht oder nur schwer erreicht werden: z.B. im Kampf gegen Schädlinge, zur Qualitätsverbesserung oder zur Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln. Trotzdem, viele Menschen stehen dieser Züchtungsmethode noch skeptisch gegenüber – nach dem Motto „Wer weiß, was da drin steckt?“ Dabei kann die Gentechnik auch im Lebensmittelbereich viele Vorteile bieten. In diesem Magazin wollen wir mit Fakten Antworten auf viele Fragen geben.“

Noch fragwürdiger im Hinblick auf seine Rolle als unabhängiger Vertreter einer Bundesforschungsanstalt ist eine achtseitige Anzeige in der bundesweiten Universitätszeitschrift UNICUM aus dem Jahr 1998, die unter anderem von Monsanto und dem BLL bezahlt wurde. Darin spricht sich Jany – inzwischen Vorsitzender des WGG – u.a. erneut gegen eine umfassende Kennzeichnung aus.¹³

2.3. Umsetzung der „Tarnkappen-Strategie“ auf internationaler Ebene im Zusammenhang mit dem Biosafety-Abkommen

Aus aktuellem Anlass – den Verhandlungen um das sogenannte Biosafety-Protokoll in Bonn im Mai 2008 wird an dieser Stelle auf eine der Organisationen eingegangen, die im internationalen Umfeld die Umsetzung der Strategie von Burson Marsteller anschaulich machen kann – die PRRI, die „Public Research & Regulation Initiative“, die 2004 gegründet wurde.

Ein offizielles Ziel dieser Organisation ist es, Wissenschaftlern aus öffentlichen Forschungsinstitutionen eine Stimme in den Verhandlungen zur Biodiversitätskonvention und zum Biosafety-Protokoll (auch bekannt als Cartagena-Protokoll nach dem Ort, an dem das Protokoll beschlossen wurde) zu geben.¹⁴ Das Biosafety-Protokoll versucht internationale Regelungen für den grenzüberschreitenden Transport von gentechnisch veränderten Organismen aufzustellen. Derzeit werden vor allem Haftungs- und

¹² Zeitschrift Werben&Verkaufen, 11.9.1998

¹³ UNICUM, 16 (12), Dez 1998

¹⁴ Das Biosafety -Protokoll regelt Fragen der biologischen Sicherheit beim Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen im internationalen Rahmen wie z.B. Aspekte zum grenzüberschreitenden Verkehr mit gentechnisch veränderten Organismen.

Kennzeichnungsregeln diskutiert, wobei die Industrie vor allem über Länder wie die USA versucht, möglichst niedrige Standards durchzusetzen. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass die PRRI Teil dieser Strategie ist. Auf der Webseite der PRRI ist dazu lesen:

„PRRI wird weiterhin Regierungen, Organisationen und andere Betroffene über die aktuelle öffentliche Forschung in der modernen Biotechnologie informieren, sowie über PRRI's Sorgen bezüglich der Entwicklung von rechtlichen Rahmenbedingungen. Wo nötig, wird PRRI weiterhin Missverständnisse und Fehlinformationen über Wissenschaft ansprechen.“ Weiter heißt es: „Ziel der Teilnahme an [den Vertragsstaatenkonferenzen zur Biodiversitätskonvention, AL/CT] ist die Verhandlungsführer über die Ziele und Entwicklungen in der öffentlichen Forschung zu moderner Biotechnologie zu informieren, Wissenschaft zu den Verhandlungen zu bringen, und die Verhandlungsführer über die Sorgen, die öffentliche Forscher haben können, zu informieren.“¹⁵

Zu den bekannteren Mitgliedern¹⁶ der PRRI gehören Marc van Montagu, Präsident des europäischen Biotechnologieverbandes EFB, Joachim Schiemann, Biologische Bundesforschungsanstalt (BBA, jetzt Julius-Kühn-Institut, JKI), Hans-Jörg Buhk, Leiter der Referatsgruppe Gentechnik beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) und Klaus Ammann, der früher am Botanischen Garten in Bern tätig war, inzwischen aber als Gastwissenschaftler an die Uni Delft (Niederlande) gewechselt ist, wo sich auch das Sekretariat des PRRI befindet. Unter dem Anschein der „public science“, der Wissenschaft des öffentlichen Sektors, sind Verbindungen zur Industrie, aber auch zu den Zulassungsbehörden nicht ohne weiteres erkennbar. Die PRRI-Mitglieder treten zwar als Wissenschaftler auf, erklären aber den Vertretern der Mitgliedsländer des Biosafety-Protokolls bei Bedarf nicht nur die wissenschaftlichen Fakten, sondern legen auch dar, wo sie Vorsorgepflichten im Umgang mit gv-Organismen wie z.B. Kennzeichnungspflichten und Importbestimmungen – sozusagen rein wissenschaftlich gesehen – als überflüssig erachten.

Die PRRI wird im Rahmen des EU-Projekts „Global involvement of public research scientists in regulations of biosafety and agricultural biotechnology“ (genannt: Science4BioReg) und von 2006-2009 mit einer Grundfinanzierung von 600.000 Euro gefördert. Ausdrückliches Ziel des Projektes ist es, dass die PRRI Einfluss auf die Verhandlungen des Cartagena-Protokolls nehmen soll.¹⁷ Koordiniert wird die Arbeit des Science4BioReg-Projekts u.a. mit Hilfe eines anderen EU-Projekts mit dem Namen „BIOSAFENET“ – und dieses wiederum wird geleitet von Joachim Schiemann von der BBA (jetzt JKI).

Finanziert wird die PRRI aber auch durch die Regierungen der USA und Kanada, durch industriennahe Organisationen wie ISAAA¹⁸ und nicht zuletzt durch CropLife International und das US Grain Council, die großes wirtschaftliches Interesse an Lockerungen des Biosafety-Protokolls haben. Das PRRI ist also ein Beispiel für die konsequente Weiterführung der „Tarnkappen-Strategie“ - mit Unterstützung deutscher Regierungsexperten wie z.B. Schiemann - die seinerzeit mit der Einführung der gv-Sojabohne nach Europa entwickelt wurde.

¹⁵ „PRRI will continue to inform governments, organisations and other stakeholders about the ongoing public research in modern biotechnology and about its concerns about regulatory developments. Where necessary, PRRI will continue to address misperceptions and misinformation about science.“ und „Goal of participation in such meetings is to inform the negotiators about the objectives and progress of public research in modern biotechnology, to bring science to the negotiations, and to inform the negotiators about concerns public researchers may have.“ Übersetzung AL

http://pubresreg.org/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=22&Itemid=33

¹⁶ http://pubresreg.org/index.php?option=com_content&task=view&id=16&Itemid=56

¹⁷ http://pubresreg.org/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=62&Itemid=62

¹⁸ International Service for the Acquisition of Agri-biotech Applications. ISAAA gibt u.a. jährliche Berichte über die Entwicklungen des Gentechnikbaus heraus, ohne jedoch seine Quellen für diese Zahlen anzugeben.

3. Etablierung von Netzwerken im Bereich der Agro-Gentechnik in Deutschland

3.1 Politik als Täter und Opfer

Ausgehend von der durch Burson-Marsteller erstellten Kommunikationsstrategie (hier im Bericht in den Kapitel zuvor „Tarnkappen-Strategie“ genannt) ist in den darauf folgenden Jahren ein Netzwerk im Bereich der Agro-Gentechnik entstanden, das aus Vertretern der Industrie, Experten der beteiligten Zulassungsbehörden sowie aus Verbänden und Institutionen besteht, die nicht immer eindeutig der Industrie zuzuordnen sind.

Schon in den 80er Jahren setzte sich auf politischer Ebene in Deutschland (ähnlich wie in USA und England) das Interesse durch, die Agro-Gentechnik als Technologie am Standort Deutschland systematisch zu fördern. Eine aktive Förderpolitik des Staates ist bei Technologieentwicklung nichts Ungewöhnliches. Im internationalen Wettbewerb sollen die nationalen Einrichtungen, Firmen und Startups gestärkt werden, um in Konkurrenz mit anderen Märkten bestehen zu können. Problematisch war von Anfang aber,

- dass der Staat nicht nur Finanzmittel bereitstellte, sondern auch Teile der Kommunikation, d.h. eine aktive Akzeptanzbeschaffung mit zu seinen Aufgaben machte. Die Bundesministerien für Forschung, für Wirtschaft und für Landwirtschaft publizierten beispielsweise jahrelang Broschüren, die u.a. in den Zügen der Deutschen Bundesbahn auslagen, in denen die Bevölkerung über die Vorteile der Gentechnik aufgeklärt werden sollte. Tenor: „Die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland wird sich nach Expertenmeinung in kaum einer anderen Technologie so deutlich zeigen wie bei der Biotechnologie.“¹⁹ Sogar Werbefeldzüge wurden organisiert: so schickte die Bayerische Staatsregierung 1997 das Bio Tech mobil auf die Reise, gesponsort u.a. von Monsanto, Hoechst und Novartis. 2001 wurde die Darstellung von Ergebnissen von BMBF-finanzierter Risikoforschung und die Darstellung der Bewertung dieser Ergebnisse auf der Webseite biosicherheit.de der PR- und Beratungsfirma Genius übergeben (s.u.). Die thematische Webseite biotechnologie.de, die sich als „eine Initiative des BMBF“²⁰ beschreibt und die auf der Webseite des BMBF als „das Informationsportal zur deutschen Biotechnologie“²¹ beworben wird, wird durch die Firma BIOCOM betrieben, deren Vorstandsvorsitzender Andreas Mietzsch bis zum 1.1.2008 im Vorstand von BIO Deutschland saß.²² BIOCOM ist ausserdem seit 2005 damit beauftragt, die Wirtschaftlichkeit der Biotechnologieindustrie zu bestimmen.²³
- dass sich in den 90er Jahren parallel der Staat Schritt für Schritt aus der öffentlichen Förderung der industrieunabhängigen Wissenschaft zurückzog und diese in einem bisher unbekanntem Ausmaß der direkten Abhängigkeit von Drittmittelgeldern überantwortete. Die Devise war „Neuorientierung der deutschen Forschungslandschaft: Mehr Selbstverantwortung und Wettbewerb.“²⁴ Bezogen auf die Agro-Gentechnik war das Ergebnis problematisch: Aus Angst vor Entzug von Forschungsmitteln wurde so die Industrieforschung auch an Universitäten und öffentlichen Forschungseinrichtungen mehr denn je zum Mainstream.
- dass übersehen wurde, dass es sich im Bereich der Agro-Gentechnik kaum um kleine Startup-Companies oder Firmen mit einem spezifischen Bezug zum Standort Deutschland handelt. Ähnlich wie in der Pharmaindustrie tummeln sich hier wirtschaftlich äußerst potente und stark globalisierte Konzerne, die die Unterstützung der Politik vor allem als Vermarktungshilfe (Akzeptanzbeschaffung) für ihrer Produkte begreifen, die aber nicht auf bestimmte Produktionsstandorte fixiert sind.

¹⁹ Neue Technologien, 1997. Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft

²⁰ <http://biotechnologie.de/>

²¹ <http://www.bmbf.de/de/1024.php>

²² BIO Deutschland, Pressemitteilung vom 10.10.2007. <http://www.biodeutschland.org/presse07/pressemitteilung.php>

²³ Dritter Bericht der Bundesregierung über Erfahrungen mit dem Gentechnikgesetz, Drs 16/8155, 18.2.2008

²⁴ Faktenbericht 1998 zum Bundesbericht Forschung, Drs 13/11091, 19.06.1998

Das politische Primat dieser unkritischen Technologie- und Industrie-Förderung führte schon zu Zeiten der Kohl-Regierung zu offenkundig problematischen Entwicklungen bei den Behörden – nicht nur im Bereich der Agro-Gentechnik, sondern generell im Chemie- und Pharmabereich. In der Folge kam es 1994 zur Auflösung des Bundesgesundheitsamts (BGA), das unter anderem für Bereiche wie Pharma, Gentechnik und Seuchenbekämpfung zuständig war, weil es zwischen den Behörden und der Industrie eine zu geringe Distanz gegeben hatte. Nachfolgend übernahm das ursprünglich zum BGA gehörende Robert Koch Institut (RKI) viele Aufgaben des BGA, unter anderem auch die Gentechnik.

Die Zuständigkeit für den Bereich der Agro-Gentechnik wechselte 2003 unter der rot-grünen Regierung vom Gesundheitsministerium zum Landwirtschaftsministerium. Im Zuge dieser Neustrukturierung war nicht mehr das RKI als nachgeordnete Behörde des Gesundheitsministeriums zuständig für die Agro-Gentechnik, sondern das neu geschaffene Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL).²⁵ Trotz des Wechsels der Behörden waren aber auch nach der Umstrukturierung noch zentrale Personen wie zum Beispiel Hans-Jörg Buhk oder Marianna Schauzu, die vormals bereits beim RKI waren, mit der Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen befasst.

Unter der rot-grünen Bundesregierung wurden verschiedene Hinweise auf mögliche Interessensverquickungen in diesem Bereich öffentlich. Bekannt geworden sind hier insbesondere Berichte über Hans-Jörg Buhk, der schon im RKI mit dem Aufbau der Fachabteilung Gentechnik betraut war, über Marianna Schauzu, die ebenfalls am RKI gearbeitet hatte, und über Joachim Schiemann von der Biologischen Bundesanstalt (BBA, jetzt JKI):

Hans Jörg Buhk wurde 2002 vom damals zuständigen Bundesministerium für Gesundheit abgemahnt, weil er auf einer öffentlichen Veranstaltung als Vertreter der Industrie aufgetreten war. 2005 wurde seine Teilnahme am Werbefilm „Das streitbare Korn“ von Monsanto (zusammen mit seinem zukünftigen BVL-Kollegen und damaligen Wissenschaftler der RWTH Aachen Detlef Bartsch) öffentlich gemacht.²⁶ Buhk ist heute Leiter der Referatsgruppe Gentechnik im BVL.

Marianna Schauzu wurde verdächtigt, unter einem Pseudonym Propaganda-Artikel für die Agro-Gentechnik geschrieben zu haben.²⁷ Schauzu arbeitet heute im Bundesamt für Risikoforschung (BfR) in der Abteilung für Risikokommunikation und ist für die Kontakte zur Europäischen Zulassungsstelle EFSA (European Food Safety Authority) zuständig.

Joachim Schiemann wurden 2005 Forschungsgelder verweigert, weil er nach Ansicht des zuständigen Ministeriums unter Renate Künast als leitender Beamter der BBA (die wesentlich an der Risikobewertung von gentechnisch veränderten Saaten beteiligt ist), nicht gleichzeitig selbst gentechnisch veränderte Pflanzen entwickeln sollte. Schiemann war zudem 1999 eines der Gründungsmitglieder des industrienahen Vereins FINAB, der sich aktiv an der Entwicklung und Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen beteiligt.²⁸ Erst nachdem dies im Bericht von Report Mainz 2005 öffentlich gemacht wurde und für Aufsehen sorgte, erscheint Schiemann nicht mehr auf der Mitgliederliste.

Dieser kurze zeitliche Abriss zeigt, dass durch die bereits in der Kohl-Regierung geförderten engen Kontakte zwischen Industrie und Behörden letztlich dazu führten, wie

²⁵ In Deutschland liegt die Fachexpertise für die Bewertung der ökologischen Risiken beim Bundesamt für Naturschutz (BfN, unterstellt dem Bundesministerium für Umwelt), während die zentrale Entscheidungsbehörde, das BVL, beim BMELV angesiedelt ist. Das BVL arbeitet in enger Abstimmung mit den anderen den BMELV „nachgeordneten“ Behörden BBA und BfR.

²⁶ ARD Magazin Report Mainz, 28.2.2005 <http://umwelt.kommunikationssystem.de/news/Umwelt/Fw:-%5BARD%5D-Zulassungsbeamte-traten-in-Werbevideo-f%FCr-Genmais-auf-K%FCnast-pr%FCft-Befangenheit-von-Kontrollbeh%F6rden-16112.html>

²⁷ Heidrun Graupner, Süddeutsche Zeitung, 6.12.2002

²⁸ Zarzer B (2005): Grüne Forschungsfeinde? Telepolis 31.03.2005. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19780/1.html>

sich die Politik in der Agro-Gentechnik über die Jahre hinweg zur Gefangenen eines Umfeldes gemacht hat, dem Regierungsvertreter nicht wirklich trauen, dem sie sich aber auch nicht entziehen können. Das deutsche Beamtenrecht verstärkt diese Situation zum Teil. Wie die folgenden Ausführungen zeigen, können die Experten sehr lange in den jeweiligen Behörden bleiben und so ihre Ziele und Projekte über Jahre konsequent verfolgen, während die Minister kommen und gehen. Selbst offenkundig gegenüber der Agro-Gentechnik kritisch eingestellte Minister wie die grüne Verbraucherministerin Renate Künast konnten gegen dieses über Jahre gewachsene Netzwerk offensichtlich nur bedingt erfolgreich vorgehen. Zu wenig transparent sind gemeinsame Arbeitsgruppen, Mitgliedschaften in industrienahen Organisationen, persönliche Interessen und möglicherweise sogar finanzielle Verbindungen zwischen den Beteiligten Behörden- und Industrievertretern.

3.2 Alte Seilschaften und neue Netzwerke - Keimzelle Darmstadt

Rückblickend scheint es so, dass die Technische Universität Darmstadt bei der Etablierung des Netzwerkes in der Agro-Gentechnik zwischen Industrie und Behördenvertretern eine besondere Rolle gespielt hat. Hier wurden schon früh Konzepte für eine Umsetzung der in dem Burson-Marsteller-Papier genannten Strategie entwickelt, die erkennen lassen, auf welche Art und Weise die Kommunikation zwischen den beteiligten Vertretern organisiert, Kontakte aufgebaut und systematisch auf politische Entscheidungen Einfluss genommen wurde.

Professor Hans Günter Gassen,²⁹ der bis 2004 an der Technischen Hochschule in Darmstadt tätig war, ist ein in Expertenkreisen weithin bekannter Advokat und überzeugter Mentor der Biotechnologie. Er selbst war vor allem in den Fachgebieten Gehirnforschung und Biochemie tätig, betreute die Dissertationen von Kristina Sinemus (Genius) und Jens Katzek (BIO Mitteldeutschland GmbH), schrieb zahlreiche Bücher über Lebensmittel und Gentechnik, und meldete als Erfinder verschiedene Patente u.a. für die Firma Merck an. Gassen ist auch Mitbegründer verschiedener Firmen. Eine dieser Firmen, ist die 1998 gegründete und noch immer in Darmstadt ansässige Agentur Genius, die in Deutschland (und teilweise auch in Europa) zu einem der wichtigsten Player im Umfeld industrielle Interessen geworden ist (s.u.).³⁰

Mitarbeiter von Genius findet man in fast allen einschlägigen Zirkeln und Gremien, in denen Industrie und Behörden zusammenkommen. Genius ist für die Politik und die Industrie zu einem gemeinsamen Scharnier geworden. Genius wird von beiden Seiten finanziell gefördert und übernimmt für Industrie und Regierung gleichermaßen Aufgaben der Kommunikation. Wichtigste Vertreter der Firma Genius sind Kristina Sinemus und Klaus Minol, die beide auch zusammen mit Professor Gassen als Buchautoren tätig sind.

Eine weitere Firma, aus dem Umfeld der TU Darmstadt und des Lehrstuhls von Professor Gassen ist die Firma BioAlliance, unter Leitung von Gabriele Sachse, die schon bei der Einführung der gentechnisch veränderten Sojabohne von Monsanto mitgearbeitet hatte – damals (und auch an anderer Stelle) in Kooperation mit Klaus Dieter Jany.

Auch Jany findet sich im Umfeld des Darmstädter Lehrstuhles, dort war er von 1986-89 tätig und veröffentlichte zusammen mit Gassen wissenschaftliche Publikationen. Anschließend wechselte er an die Bundesforschungsanstalt (BFE, bzw BfEL) in Karlsruhe,

²⁹ Selbstdarstellung von H.G. Gassen: <http://www.chemie.tu-darmstadt.de/Fachgebiete/BC/agg/welcome.html>

³⁰ Genius beschreibt sich als „Spezialagentur für Wissenschaft und Kommunikation in den Bereichen Strategieberatung, wissenschaftliche Beratung, Kommunikation und Marketing“. Neben einem Büro in Darmstadt, betreibt Genius seit 2008 auch Büros in Berlin und Brüssel. Zu den Projekten und Kunden von Genius zählen u.a. die Webseiten biosicherheit.de und gmo-compass.org, die Organisation des Gesprächskreis Grüne Gentechnik, und die Teilnahme an EU-Projekten wie Co-Extra und der Technologyplattform Plants for the Future. Genius ist Mitglied in Lobbyorganisationen wie BIO Deutschland und Innoplanta, und erstellt Publikationen für die EFSA. www.genius.de

wo er bis zur Umstrukturierung des BfEL als Leiter des Molekularbiologischen Zentrums (MBZ) tätig war.³¹ Im selben Jahr, in dem Genius gegründet wurde, rief Jany zusammen mit Klaus Ammann den „Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik“ (WGG) ins Leben, dessen Vorsitzender er wurde. In diesem Kreis versammelte er sowohl Vertreter von Behörden, als auch bekannte Protagonisten aus dem Bereich der Forschung und natürlich auch die „Spezial Agenturen“ BioAlliance (bzw. BiolinX). Dies jedenfalls geht aus einer Mitgliederliste von 1998 hervor – aktuelle Angaben über Mitglieder sind nicht verfügbar. Es ist wahrscheinlich nicht völlig falsch, wenn man den WGG (ähnlich wie den Gesprächskreis Grüne Gentechnik, s.u.) als eine Art "Geheimloge" der Protagonisten der Agro-Gentechnik-Industrie begreift. Hier findet sich unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit eine Runde zusammen, in der Behörden und Industrie informellen Austausch pflegen und gemeinsame Initiativen geplant werden.

Um das Ausmaß der Zusammenarbeit anschaulich zu machen, sollen nachfolgend die Rollen von Genius und WGG und ihr Umfeld näher beleuchtet werden.

3.3 Die Netze der Agentur Genius GmbH

Die Selbstdarstellung der Genius GmbH auf ihrer Webseite zeigt eine klare Ausrichtung der „Spezialagentur“ im Bereich Biotechnologie:

„Genius ist als Spezialagentur für Wissenschaft und Kommunikation in den Bereichen Strategieberatung, wissenschaftliche Beratung, Kommunikation und Marketing tätig. Ein besonderer fachlicher Schwerpunkt liegt in den Themenfeldern Biotechnologie, Nanotechnologie, Agrarwirtschaft und Ernährung.“³²

Genius ist Mitglied im Industrieverband BIO Deutschland und dem Europäischen Lobbyverband EFB, hat etwa 20 Mitarbeiter und einen Jahresumsatz von ca. 2 Mio. Euro. Kristina Sinemus ist Geschäftsführerin, Klaus Minol wissenschaftlicher Leiter. Hans Günter Gassen ist ebenso wie Minol und Sinemus Gesellschafter. Zu den Kunden und Auftraggebern von Genius zählen u.a. die Firmen Bayer, BASF, Monsanto, Syngenta aber auch die Europäische Kommission, das Land Hessen und das Bundesministerium für Forschung (BMBF).

In die Öffentlichkeit tritt Genius eher indirekt: So betreut die Agentur im Auftrag des BMBF die Homepage biosicherheit.de, auf der die Ergebnisse staatlicher Risikoforschung mit gentechnisch veränderten Pflanzen dargestellt werden – auf den ersten Blick wirkt die Webseite dabei wie eine offizielle Webseite des Ministeriums.

Ein zweites Projekt, dass sich unmittelbar an die Öffentlichkeit wendet, aber ebenfalls nicht auf den ersten Blick als ein Produkt von Genius erkennbar ist, ist der „GMO-Kompass“, der anfangs als EU-Projekt (2005-07), dann von EuropaBio (2007) und nun vom BMELV (2007-08) finanziert wird. Weitere Träger des Projektes GMO-Kompass sind die Organisatoren der Webseite transgen.de, die ursprünglich von der Verbraucher Initiative gestartet wurde aber bereits seit Jahren von Gentechnikfirmen mitfinanziert wird.³³ Die scheinbare Nähe zu Verbraucherorganisationen gibt GMO-Kompass eine scheinbar neutrale Ausrichtung. Das redaktionelle Team ist identisch mit dem von biosicherheit.de (u.a. Sinemus, Minol und Gerd Spelsberg) und beschreibt sich hier selbst als „independent science journalists“, unabhängige Wissenschaftsjournalisten. Joachim Schiemann ist ebenso im Beirat des GMO-Kompass wie der Industrieverband EuropaBio.

³¹ Zum 1.1.2008 wurden verschiedene Forschungsanstalten umstrukturiert. Die Aufgaben der BfEL werden jetzt vom Institut für Mikrobiologie und Biotechnologie in Kiel unter Leitung von Prof. Knut Heller übernommen. Jany wird im Juni 2008 in Ruhestand treten.

³² <http://www.genius.de>

³³ <http://www.gmo-compass.org/eng/imprint>, <http://www.transgen.de/home/impressum/792.doku.html>

Projekte wie biosicherheit.de und GMO-Kompass sind eher die Ausnahme für die Tätigkeiten von Genius. In der Regel treten die Mitarbeiter der Agentur eher als dezente Dienstleister oder Experten auf, oft im Umfeld von Mitarbeitern der Zulassungsbehörden. Speziell Joachim Schiemann von der BBA (jetzt JKI) ist hier besonders häufig zu finden: Klaus Minol ist Kontaktperson für das EU-Projekt BIOSAFENET,³⁴ dessen Koordinator Joachim Schiemann ist. Kristina Sinemus gestaltet zusammen mit Kornelia Smalla von der BBA die Webseite der International Society for Biosafety Research (ISBR),³⁵ als dessen Präsident Schiemann fungiert. Schiemann ist Projektpartner im EU-Projekt CO-EXTRA, für das Kristina Sinemus und Klaus Minol das Editorial Office bilden.³⁶ Zusammen mit Schiemann und Jeremy Sweet (UK, EFSA) ist Genius dort auch im Management Board. Joachim Schiemann war Vertreter der BBA beim EU-Strategieforum „Plants for the Future“, Kristina Sinemus wurde dort als Expertin geladen.³⁷ Für die EFSA wiederum gestaltet Genius Publikationen, darunter z.B. die inhaltliche Ausgestaltung des EFSA-Jahresberichts 2006.³⁸

3.4 Die Organisationen „Gesprächskreis Grüne Gentechnik (GGG)“ und „Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik (WGG)“

Die Agentur Genius GmbH war an der Gründung des „Gesprächskreises Grüne Gentechnik“ beteiligt und ist über Kristina Sinemus Mitglied im „Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik“.

Beiden Kreisen ist gemeinsam, dass sie weder ihre aktuellen Mitgliederlisten noch Sitzungsprotokolle mit Teilnehmerlisten veröffentlichen. Bekannt sind lediglich Namen aus der Gründungsphase der Initiativen. In beiden Gremien sitzen / saßen - soweit dies bekannt ist - Vertreter der wirtschaftlich interessierten Kreise wie Genius und BioAlliance, Vertreter von Behörden des RKI (Vorgängerorganisation des BVL) und der BBA (jetzt JKI), sowie Protagonisten wie Klaus Ammann, die über Expertenkreise hinaus als vehemente Verfechter der Agro-Gentechnik bekannt sind.

Über den „Gesprächskreis Grüne Gentechnik“ (GGG) ist dabei noch weniger bekannt als über den „Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik“ (WGG). Für den GGG gibt es weder eine Webseite noch eine Mitgliederliste. Er wurde 1997 wohl auf Initiative des Pharmaunternehmens Novartis gegründet, das damals auch noch über eine große Saatgutsparte verfügte, die später unter dem Namen Syngenta abgetrennt wurde. Kristina Sinemus (Genius) fungiert nach außen hin als Kontakt des GGG. Auf der Webseite von Genius finden sich die wenigen verfügbaren Angaben zu GGG.

Ein der wenigen weiteren Quellen zur GGG sind Interviews, die 1998 im Rahmen einer Forschungsstudie von den Wissenschaftlern Marion Dreyer und Bernhard Gill³⁹ geführt wurden. Nach diesen Interviews waren auch die Vorläuferorganisationen des BVL (das Robert Koch Institut, RKI, und das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin, BgVV) Mitglied im GGG. Nicht vorgesehen als Teilnehmer waren dagegen die interessierte Öffentlichkeit, Umwelt- oder Verbraucherschutzorganisationen. Dreyer und Gill nennen in ihrer Schlussfolgerung den GGG eine breitaufgestellte Lobbyorganisation, die direkt von den deutschen Behörden unterstützt wird:

³⁴ http://www.gmo-safety.eu/en/biosafenet_navigator/project

³⁵ <http://www.isbr.info/standing/index2.php>

³⁶ <http://www.coextra.eu/about.html>

³⁷ <http://www.epsoweb.eu/Catalog/TP/involvement%20per%20country.htm>

³⁸ Genius: Referenzen: <http://www.genius.de/referenzen/print/print.php?id=18>

³⁹ Dreyer M & Gill B (1998): *Safety Regulation of Transgenic Crops: Completing the Internal Market?* - German National Study. Projektbericht, http://www.lrz-muenchen.de/~Lehrstuhl_Beck/d/gill/publika/LEVIDOW2.pdf. und Dreyer M & Gill B (2000): *Germany: Continued 'elite precaution' alongside continued public opposition*. Journal of Risk Research 3, 219-226.

„The problems of venturing into commercialization has moreover induced the different economic sectors involved in the commercialization process to join forces by institutionalizing mutual information and co-operation in lobbying. On the initiative of Novartis, the "Gesprächskreis Grüne Gentechnik" (GGG) was founded in February 1997. Its participants include major associations of the crop/feed/food marketing chain (amongst others, the Federal Associations of food industry, mixed fodder industry, cultivators, farmers, oil mills), the major technology providers (including AgrEvo, Monsanto, Novartis) as well as one of the biggest food enterprises (Nestlé), which considers genetic engineering a future key technology for the food industry. While Monsanto initially did not participate, the company now takes an active part in the group (interview, GGG 08.04.98). Presumably, its participation has been used as an opportunity to bring the company 'into line' with the more sensitive European/German approach to commercialization. Research institutions and institutions of the politico-administrative system (such as the RKI and the Ministry of Food, Agriculture and Forestry) are part of the co-operative endeavour. However, the Federal Environmental Agency (UBA), which devotes more attention to ecological issues and has less power than the RKI in the approval procedure, does not form part of the initiative. Nor are environmental, consumer and other NGOs permanent members; they are invited sporadically to deliver statements on specific issues. The Gesprächskreis, which sees itself as a confidential expert group (interview, GGG 08.04.98) may be described as a broadbased lobby group with the support of the German CA."⁴⁰

Demnach treffen sich also Vertreter von Behörden in einer, wie Dreyer und Gill schreiben, „breit angelegten Lobbyorganisation“ von der nicht einmal die genaue Liste der Mitglieder öffentlich verfügbar ist - geschweige denn Inhalte und Ziele dieser Gespräche.

Zehn Jahre nach seiner Gründung ist über den GGG wenig bekannt. Offensichtlich existiert er aber immer noch: 2003 veröffentlichte der GGG ein Strategiepapier „Internationaler Agrarhandel und gentechnisch veränderte Organismen – was steht für die Wirtschaft auf dem Spiel.“⁴¹ Als Kontaktadresse wird Kristina Sinemus genannt. Gefordert wird ein Zulassungssystem das „streng nach wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet ist.“ 2004 meldet sich der GGG mit einer Presseerklärung zu Feldzerstörungen zu Wort,⁴² stellvertretend wird A. Böner vom Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) zitiert. 2005 trat der GGG mit Kristina Sinemus als Mitorganisator des InnoPlanta Forums in Sachsen-Anhalt auf.⁴³

Es ist bezeichnend, dass der Gesprächskreis Grüne Gentechnik unter anderem eine Zulassung fordert, die nur nach wissenschaftlichen Kriterien funktionieren soll. Scheinbar soll die Politik komplett aus der Verantwortung gedrängt werden, um so der Industrie einen noch größeren Einfluss auf Behörden, Gremien und Forschungsarbeiten als bisher zu gewähren.

Das Problem mit informellen Runden wie dem GGG ist nicht, dass es hier zu einem direkten Meinungs austausch zwischen Industrie und Behörden kommen kann. Die Behördenvertreter stehen im Rahmen von Zulassungsverfahren ohnehin kontinuierlich mit den Antragstellern aus der Industrie in direktem Kontakt. Das Problem ist auch nicht, dass sich Vertreter von Behörden auch außerhalb der unmittelbaren dienstlichen Kontakte zum Meinungs austausch mit Vertretern der Zivilgesellschaft treffen, wie zum Beispiel Vertreter des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) auch auf Tagungen der Umweltverbände referieren. Ein Problem ist es aber,

⁴⁰ Dreyer & Gill (1998)

⁴¹ GGG (2003). <http://www.oelmuehlen.de/download/pdf/ggg.pdf>

⁴² GGG (2004): *Feldzerstörungen behindern Forschung in Deutschland*, Pressemitteilung 29.06.2004. <http://www.genius.de/news/frett.php?id=21>

⁴³ http://www.innoplanta.my-content.biz/fileadmin/editor/data/InnoPlanta_Forum_2005.pdf

- wenn an den Treffen ausgerechnet die staatlichen Institutionen teilnehmen, die kontrollieren sollen, und die Wirtschaftsunternehmen, die kontrolliert werden sollen (bzw. deren Stellvertretern, Dienstleistern wie Spezialagenturen),
- wenn diese Treffen zudem weitgehend intransparent sind, und
- wenn die Vertreter der Behörden sich zu Mitgliedern von Organisationen machen, die mit bestimmten wirtschaftlich orientierten Positionen an die Öffentlichkeit treten, ohne dass wirklich klar wird, wer genau hinter diesen Positionen steckt und wie sie zustande gekommen sind.

Diese Probleme scheinen beim GGG genauso wie beim WGG vorhanden zu sein.

Im Vergleich zum GGG tritt der WGG wesentlich klarer in der Öffentlichkeit auf. Kontaktperson ist nicht eine Spezialagentur, sondern Jany als Vorsitzender des Vereins sowie verschiedene seiner Mitglieder. Trotzdem zeigt gerade der WGG, wie problematisch die Verknüpfung von Behörden und Industrie geworden ist.

Die Mitglieder des WGG bestehen laut einer Mitgliederliste von 1998⁴⁴ unter anderem aus Vertretern von Behörden (Hans-Jörg Buhk, BVL; G. Flachowsky, FAL; Joachim Schiemann, BBA, Knut Heller (jetzt MRI)), bekannten Protagonisten der Biotechnologie aus dem Bereich der Forschung (Prof. Klaus Amman, Prof. Hans Günter Gassen, Prof. Beda Stadler, Prof. Gerhardt Wenzel) und zwei Wissenschaftlerinnen aus dem Umfeld der TU Darmstadt, die später die so genannten „Spezial-Agenturen“ gegründet haben: Gabriele Sachse (BioAlliance/BiolinX) und Kristina Sinemus (Genius).

Nicht vorhanden sind nach der Mitgliederliste des WGG von 1998 die Industrieunternehmen selbst, die dem GGG, laut den vorgenannten Informationen, sehr wohl direkt angehören. Man kann wohl im Falle des WGG davon ausgehen, dass die genannten „Spezialagenturen“ hier eine Stellvertreterrolle eingenommen haben – also entsprechend den Vorschlägen in dem Burson-Marsteller-Strategiepapier. Schließlich kommen viele ihrer Auftraggeber nicht nur aus der Industrie, sondern Genius ist selbst Mitglied in deren Dachverband, BIO Deutschland. An dieser Stelle die Mitarbeiter von Genius als „neutrale Journalisten“ zu bezeichnen (wie dies auf der Webseite des GMO-Kompass geschieht) erscheint als Irreführung.

Einen weiteren überraschenden Hinweis auf die Verflechtungen des WGG mit der Industrie ergibt sich durch deren Webseite: Das Hosting der WGG-Webseite geschieht durch dieselbe Multimedia-Firma Interactive Dialog, die auch die deutschen Monsanto-Webseiten und das Intranet von Burson-Marsteller betreut.⁴⁵

3.5 Experten der Behörden als Mitglieder in Lobbyorganisationen und Patentanmelder für Gentech-Pflanzen

Äußerst problematisch in dem zuvor beschriebenen Zusammenhang ist die Rolle von Klaus-Dieter Jany: Der WGG wurde 1998 von Jany ins Leben gerufen, und Jany wurde auch der 1. Vorsitzende des WGG. Jany arbeitet schon seit 1989 an der Bundesforschungsanstalt für Ernährung in Karlsruhe (BfEL, jetzt MRI) und ist in seiner Doppelfunktion für WGG und BfEL exemplarisch für das Verständnis des Wechselspiels von Behörden und Industrie.

Jany publiziert eher in Artikeln und Stellungnahmen in allgemeinen Printmedien und relativ selten in wissenschaftlichen Fachzeitschriften. Bei den wenigen wissenschaftlichen Publikationen der letzten Jahre, bei denen Jany als Co-Autor genannt wird, sind Mitarbeiter von Monsanto (von denen einer zuvor an Janys Behörde geforscht hatte) als Haupt-Autoren genannt.⁴⁶

⁴⁴ die Autoren danken Greenpeace für die Überlassung entsprechender Recherchen

⁴⁵ <http://interactivedialog.de/>

⁴⁶ <http://pubs3.acs.org/acs/journals/toc.page?incoden=jafcau&indecade=0&involume=54&inissue=6>

Auf der Webseite des BfEL gab es (vor der Umstrukturierung der Forschungsanstalten Anfang 2008) nur wenig inhaltliche Informationen, insofern muss die PowerPoint-Präsentation von Jany, die neben dem Jahresbericht von 2006 zu diesem Thema auf der Webseite des MBZ bis vor kurzem zugänglich war, als repräsentativ angesehen werden. Unter dem Titel *Gentechnik bei Lebensmitteln - (K)ein Gesundheitsrisiko?* beschreibt Jany unter anderem die *Toxikologische Prüfung von Stoffen - Beurteilung von Zusatzstoffen, Pflanzenschutzmitteln, Umweltkontaminanten usw.* mit den folgenden sieben Schritten:

1. „Akute Toxizität,
2. Mutagenität (Wirkung auf DNA),
3. Stoffwechsel (Speicherung, Abbauprodukte),
4. Subchronische Toxizität (90-Tage-Test an Ratten/Hunden),
5. Reproduktionstoxizität (Geburtsmissbildungen bei Ratten, Kaninchen; Multigenerationstest an Ratten),
6. Chronische Toxizität und Cancerogenität (min. 18 Monate bei Mäusen, 30 Monate bei Ratten, 12 Monate bei Hunden),
7. Exposition der Bevölkerung.“

Aus der Darstellung wird nicht ersichtlich, dass im Falle von gentechnisch veränderten Pflanzen die langfristigen Untersuchungen (5-7) von den Zulassungs- und Sicherheitsbehörden grundsätzlich nicht gefordert werden, und dass auch die Untersuchungen 2 und 4 zu Mutagenität und Stoffwechsel oft nicht durchgeführt werden. Wie aus den Stellungnahmen der EFSA zu sehen ist, sind 90-Tage-Tests an Ratten oft die längsten Studien, die im Rahmen der Zulassungsprozesse vorgelegt werden. Diese Auflistung von in der Praxis nicht durchgeführten Studien muss also als irreführend angesehen werden. Am Ende seiner Präsentation kommt Jany zu einer sehr grundsätzlichen Schlussfolgerung: „Gentechnisch veränderte Lebensmittel sind genau so sicher wie die entsprechenden konventionellen Produkte!“⁴⁷

Jany tritt, laut der Jahresberichte des BfEL, auf so vielen Veranstaltungen als Referent auf, dass man sich fragen muss, wie er der Durchführung seiner wissenschaftlichen Arbeit als Mitarbeiter des BfEL gerecht werden kann bzw. konnte. In der Regel hat Jany ein bis zwei Auftritte pro Woche, 2006 waren es 62 Termine, einige davon mehrtägig.

Bei seinen Auftritten ist nicht immer ganz klar, in welcher Funktion Jany seine Stellungnahmen abgibt. So ließ sich Jany beispielsweise bei einer Anhörung im Bundestag im Januar 2008 zum Thema „Kennzeichnung ohne Gentechnik“ als Einzelsachverständiger vorladen. Er sprach also nicht offiziell für die Bundesanstalt, bei der er beschäftigt ist. Der Briefkopf seiner Stellungnahme zur Anhörung weist dennoch das Max-Rubner-Institut (MRI, das frühere BfEL) aus. Im Text seiner Antworten vermischt er seine Positionen bei der Bundesanstalt und dem WGG dann komplett:

„Nach unseren Recherchen (Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BfEL) und Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik e.V. (WGG)...“⁴⁸

Jany ist Autor verschiedener Stellungnahmen, in denen Sachverhalte referiert werden, ohne dass diese Arbeiten in wissenschaftlichen Journals publiziert wurden. Auch dabei kommt es systematisch zu einer Vermischung seiner Doppelfunktion: Bei einer WGG-Stellungnahme zum gentechnisch verändertem Mais und dem Risiko von Honigbienen kommt Jany (erwartungsgemäß) zu dem Ergebnis, dass es keine Risiken geben würde.⁴⁹ Das Papier konnte im Jahr 2007 termingerecht von Monsanto in ein Gerichtsverfahren eingebracht werden, in dem sich Imker mit einer Klage gegen den Anbau von gv-Mais zu wehren versuchten. Jany hat dieses Papier offiziell für den WGG verfasst, als Kontaktadresse gibt er aber unter anderem seine Telefonnummer im BfEL an. Ein

⁴⁷ http://www.bfel.de/clin_044/nn_783554/DE/forschung/karlsruhe/molekularbiologischeszentrum/vortragtdot2006__download.html

⁴⁸ Antworten zum Fragenkatalog der Fraktionen ... Prof. D. Klaus-Dieter Jany; Max Rubner Institut, 12.01.2008

⁴⁹ Klaus-Dieter Jany, Gentechnisch veränderte Pflanzen und Bienen, ohne Datum, Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik, <http://www.wgg-ev.de/infopool/?cat=15>

weiteres Papier zu fehlenden Effekten von gentechnisch verändertem Futter auf Milch unterschreibt er in seiner Funktion beim BfEL.⁵⁰

Ähnliche Merkmale weisen auch Presseerklärungen und weitere Stellungnahmen von Jany auf: Wiederholt gibt er in Presseerklärungen oder Stellungnahmen der WGG zwar eine Emailadressen des WGG an, aber eben auch seine Telefonnummer im BfEL (0721-6625 455).⁵¹

In einer „Wissenschaftliche Stellungnahme von Prof. Dr. Klaus Dieter Jany“ vom 22. Mai 2007 nimmt Jany Bezug auf die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichts Augsburg, das „den Freistaat Bayern verpflichtet [hatte], Honig vor Pollen mit gentechnisch verändertem Bt-Mais der Sorte MON810 zu schützen.“ Auch dieses Papier ist mit dem Briefkopf des WGG versehen, ohne Hinweis auf Janys Position beim BfEL, abermals gibt Jany seine WGG-Email-Adresse und seine BfEL-Telefonnummer an.⁵² Im WGG-Papier „Der Abbruch einer australischen Studie zur Sicherheitsbewertung von gentechnisch veränderten Erbsen belegt die Zuverlässigkeit des Systems“ wird Jany in seiner Funktion beim BfEL als „Wissenschaftlicher Ansprechpartner des WGG zum Thema“ aufgeführt.⁵³

Jany verfolgt seine Aktivitäten mehr oder weniger geradlinig, zwar unter Vermischung seiner verschiedenen Positionen, aber er lässt nie einen Zweifel daran, dass er die Agro-Gentechnik grundsätzlich befürwortet. Seine Aktivitäten richten sich zu großen Teilen direkt an die Öffentlichkeit und sind dadurch für jedermann einsehbar:

- 2006 fungierte Jany (mit Hinweis auf seine Stelle beim BfEL) als Pate eines Bauern, der gv-Mais anbaut,
- Jany ist als Mitglied im Beirat des Vereins InnoPlanta gelistet, der den Anbau von gv-Saaten in Sachsen-Anhalt fördert und der durch die BO Mitteldeutschland GmbH (und deren Geschäftsführer Jens Katzek) gefördert wird,
- in Presseerklärungen des WGG wird 2003 eine Änderung des Gentechnikgesetz im Sinne der Industrie gefordert, und
- in einem offenen Brief wendet sich der WGG 2007 gegen den Monitoring-Bescheid für MON810 des BVL.

Jany geht zudem – ebenso wie Schiemann – noch einen Schritt weiter als die meisten anderen Experten und macht seine persönliche Einstellung sogar ganz offensichtlich zum Gegenstand wirtschaftlicher Aktivitäten, aus denen ein deutlicher Zielkonflikt mit seiner offiziellen Position abgeleitet werden könnte: Zusammen mit Professor Gassen meldete er ausgerechnet in dem Jahr, in dem er an die BFE (jetzt MRI) wechselte (1989) als Erfinder ein Patent auf genmanipulierte Mikroorganismen (EP 388593) an, das 1996 auch erteilt wurde. Patentinhaber ist die Firma Röhm (Degussa), die mittlerweile zum Konzern evonik gehört.

Auch Joachim Schiemann ist als Erfinder auf einer Patentanmeldung registriert. Es wurde 1996 angemeldet, Schiemann war zu diesem Zeitpunkt bereits seit fünf Jahren an der BBA (jetzt JKI) tätig. Zudem ist er nicht nur als Erfinder, sondern auch als Eigentümer des Patentes (Anmelder) registriert. Im Patent WO 98016824 werden genmanipulierte Pflanzen beansprucht, die fluoreszierende Proteine bilden können – dadurch sollen sie bei Bedarf im Freiland leichter identifiziert werden können. Zwar wurde der Patentantrag von Schiemann im Jahr 2000 zurückgezogen, doch sowohl die Patentanmeldungen von Jany wie auch von Schiemann zeigen,

⁵⁰ Einspanier R, Flachowsky G, Heller KJ, Jahreis G, Jany K-D & Meyer HHD (2005): Zusammenfassung zum derzeitigen wissenschaftlichen Stand in Bezug auf Futtermittel aus gentechnisch veränderten Pflanzen und der darauf basierenden Milcherzeugung. http://www.vetmed.fu-berlin.de/einrichtungen/institute/we03/aktuelles/aktuelles_milch.html

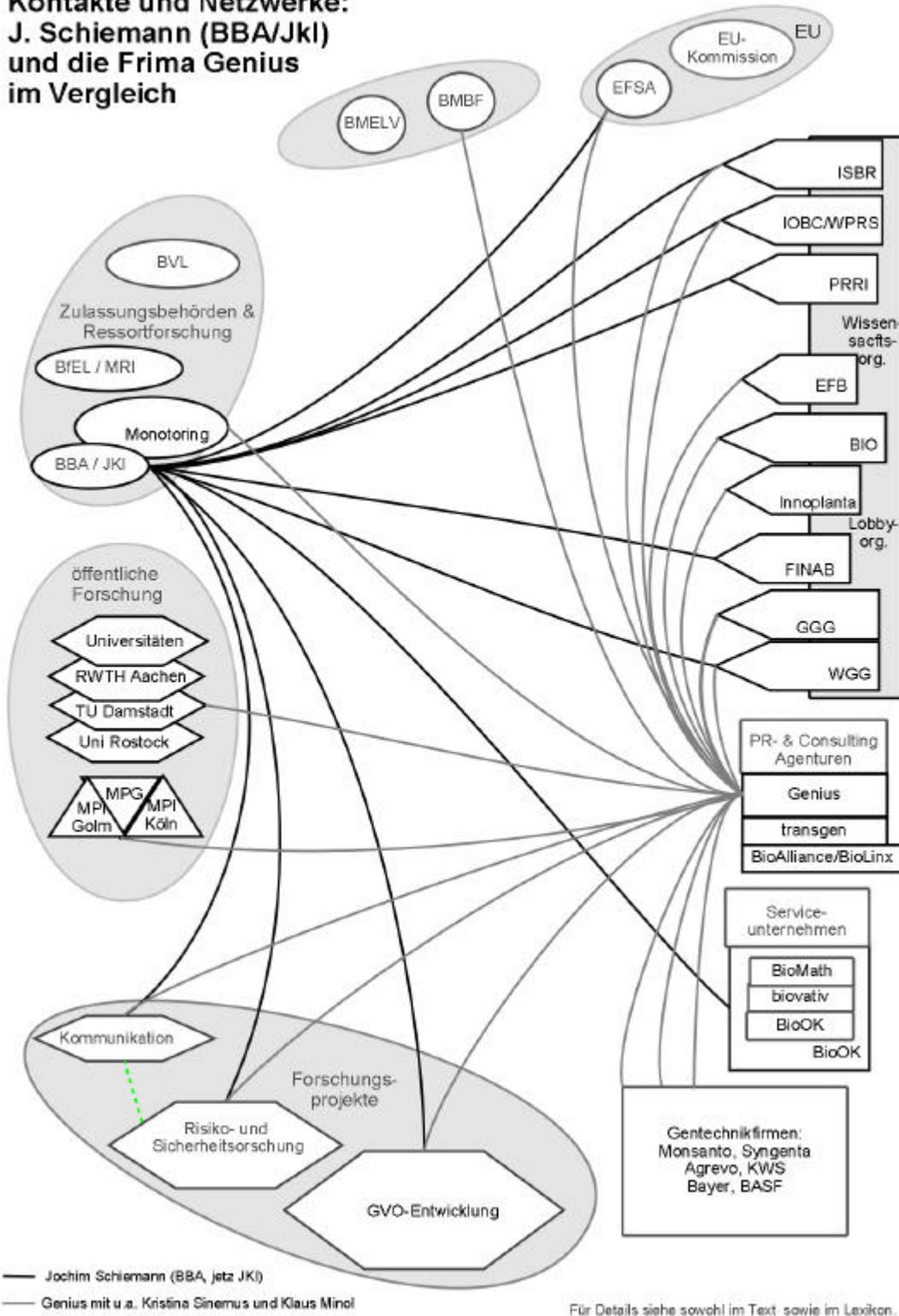
⁵¹ z.B. <http://www.wgg-ev.de/2004/12/der-ehi-gm-guide-schnelle-hilfe-fur-die-kennzeichnungspraxis>

⁵² <http://www.wgg-ev.de/infopool/?cat=15>

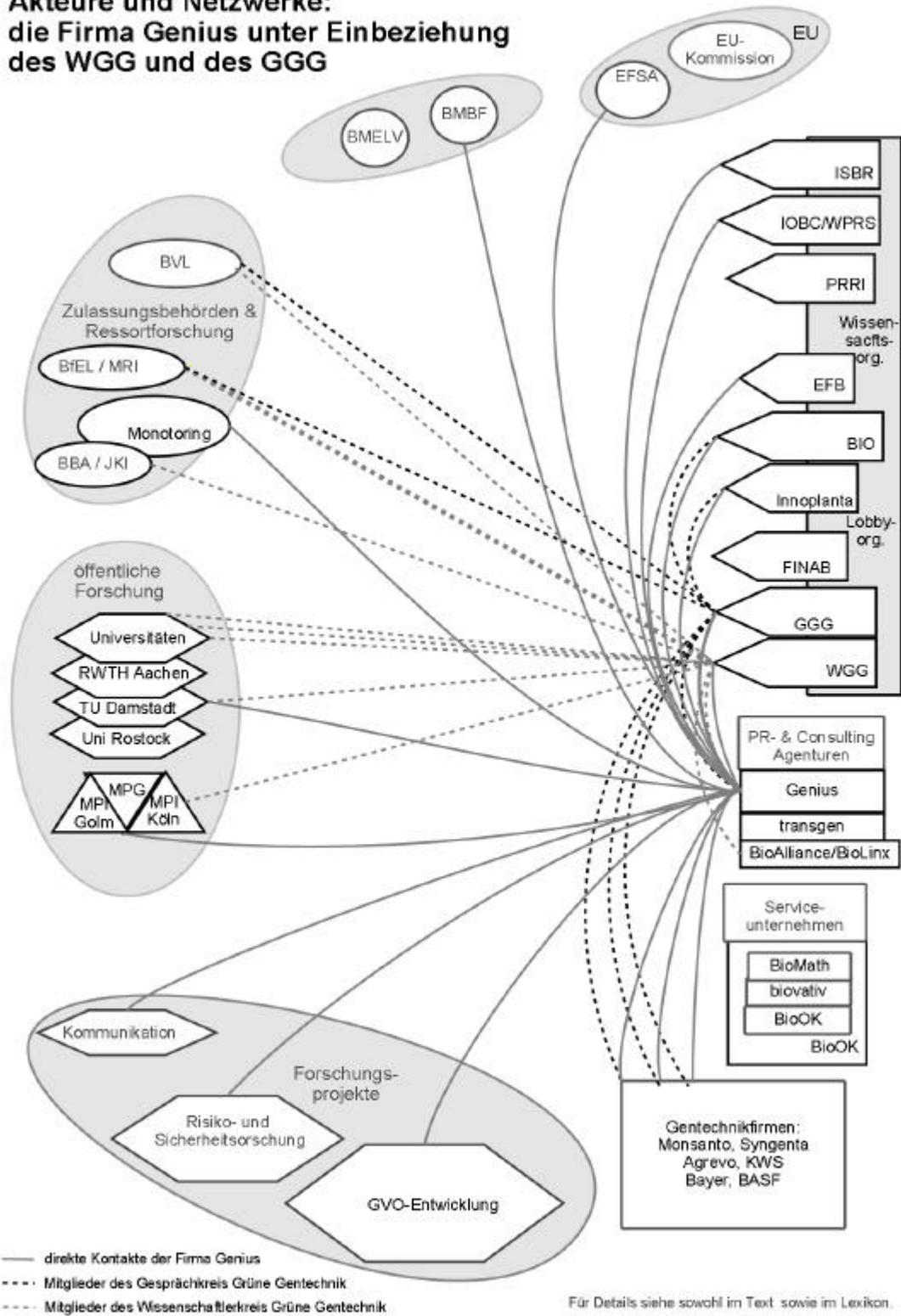
⁵³ *Der Abbruch einer australischen Studie zur Sicherheitsbewertung gentechnisch veränderter Erbsen belegt die Zuverlässigkeit des Systems*: <http://www.wgg-ev.de/2005/11/der-abbruch-einer-australischen-studie-zur-sicherheitsbewertung-gentechnisch-veranderter-erbsen-belegt-die-zuverlassigkeit-des-systems/>

dass sich beide Experten nachgeordneter Behörden des Landwirtschaftsministeriums aktiv an der Produktentwicklung von gentechnisch veränderten Organismen beteiligten. Sie haben sich damit in das direkte Umfeld wirtschaftlicher Interessen genau der Technologie begeben, deren Einsatz sie im Interesse von Mensch und Umwelt kontrollieren sollen.

**Kontakte und Netzwerke:
J. Schiemann (BBA/JKI)
und die Firma Genius
im Vergleich**



Akteure und Netzwerke: die Firma Genius unter Einbeziehung des WGG und des GGG



Graphiken 1 und 2: Wenige Ausgangspunkte, viele Anknüpfungspunkte. Die Netzwerke von Joachim Schiemann (BBA, jetzt JKI), der Firma Genius (Kristina Sinemus, Klaus Minol) sowie der Lobbygruppen Gesprächskreis Grüne Gentechnik (GGG) und Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik (WGG) zeigen beispielhaft, in wie viele verschiedene Bereiche die Kontakte einzelner Personen und Organisationen reichen können.

4. Wie funktioniert das Netzwerk – zwei konkrete Beispiele

4.1 Beispiel 1: MON810-Mais - Über nicht ganz interne Emails, gute Zusammenarbeit mit der Industrie und unzureichende Monitoringpläne

Die Regierung und das Parlament sind bei ihren politischen Entscheidungen in der Agro-Gentechnik zu großen Teilen auf die Stellungnahmen ihrer Fachbehörden (wie zum Beispiel dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit oder dem Bundesamt für Risikoforschung) angewiesen. Dabei ist es – wie oben dargelegt - für Regierungsvertreter und Parlamentarier (geschweige denn für die Öffentlichkeit) keineswegs einfach nachzuvollziehen, wie und aus welchen Gründen diese Stellungnahmen zustande kommen. Exemplarisch lässt sich am Beispiel des Streits um den Gentech-Mais MON810 und um den von der Firma Monsanto vorgelegten Monitoringplan zeigen, wie die Industrie ein feines, aber reißfestes Netz um die Politik gesponnen hat, das von externen Beobachtern kaum durchschaut werden kann.

Der gentechnisch veränderte Mais MON810 wurde 1998 von der EU-Kommission zugelassen. Ende 2005 wurde er unter der Zuständigkeit von Landwirtschaftsminister Horst Seehofer in die offizielle Sortenliste aufgenommen und damit für den unbegrenzten kommerziellen Anbau in Deutschland verfügbar gemacht.

Am 27. April 2007 aber schränkte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) den Verkauf von MON810-Saatgut auf Weisung des Landwirtschaftsministers ein. Das BVL schrieb hierzu einen bemerkenswerten Brief an die Niederlassung von Monsanto in Brüssel. Darin wurde dem Unternehmen mitgeteilt, dass ab sofort der Verkauf seines MON810-Saatguts untersagt sei, da Risiken für die Umwelt bestehen. Erst müsse ein umfassender Monitoringplan erstellt werden, um die Umweltauswirkungen erfassen zu können. Konkret müssten darin folgende Punkte erfasst werden:

- a) „Exposition keimfähiger Maiskörner in der Umwelt (Verluste bei Ernte, Transport und Verarbeitung),
- b) Exposition des Bt-Toxins in der Umwelt (z.B. über Pollen, Silage, Pflanzenreste im Boden)
- c) Verbleib des Bt-Toxins im Boden und auf den Anbauflächen; Auswirkungen auf Bodenorganismen und Bodenfunktionen,
- d) Auswirkungen auf Nichtzielorganismen auf den Anbauflächen und in betroffenen Lebensräumen in der Umgebung der Anbauflächen,
- e) langfristige und großflächige Wirkungen auf die Biodiversität,
- f) Verbleib von Transgenen (Persistenz und Akkumulation) in Organismen und Umweltmedien,
- g) Entwicklung von Sekundärschädlingen,
- h) Änderung von Pestizidapplikationen (Art des Pestizids, Volumen, Frequenz und Zeitpunkt),
- i) Auswirkungen auf Nahrungsnetze.“

Bezüglich des bisherigen Monitoringsystems der Firma Monsanto heißt es:

„Der Genehmigungsinhaber lässt Landwirte, die MON810 anbauen, einen Fragebogen ausfüllen, in dem allgemeine Anbaudaten sowie verschiedene andere Parameter abgefragt werden. Diese Fragebögen sind ein nützliches Instrument für eine rein visuelle Erfassung agronomisch relevanter Aspekte der Anbaufläche. Sie sind aber nicht geeignet, statistisch auswertbare Daten zu Umweltrisiken auf Agrarflächen und in der Umgebung, z.B. auf Nichtzielorganismen, zu liefern. Fragebögen stellen somit ein ergänzendes Element dar, können aber ein Monitoring nach der Richtlinie 2001/18 nicht ersetzen.“⁵⁴

⁵⁴ „Bescheid“ Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, Abteilung Gentechnik, 27. April 2007, an Monsanto Europe S.A., Brüssel

Allerdings wurde der Bescheid des BVL erst an Monsanto verschickt, nachdem das Saatgut für die Aussaat im Jahr 2007 bereits verkauft war. Nach Medienberichten kam dieser (zu) späte Zeitpunkt dadurch zustande, dass die politische Leitung, das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) große Schwierigkeiten hatte, diesen Bescheid innerhalb des BVLs überhaupt durchzusetzen.⁵⁵

Ende 2007 schließlich wurde der Bescheid des BVL wieder zurückgenommen, so dass MON810-Saatgut wieder rechtzeitig für die Aussaat für das Jahr 2008 verkauft werden konnte. Dazwischen lagen juristische Auseinandersetzungen mit dem Saatgutproduzenten Monsanto, der versuchte, den Bescheid vor Gericht wieder aufheben zu lassen. Heftige Auseinandersetzungen gab es aber auch innerhalb der Behörde. So schrieb Hans-Jörg Buhk, Leiter der Referatsgruppe Gentechnik im BVL in einer internen Email an Christian Grugel, Leiter des BVL, dass der Bescheid seiner Behörde seiner Ansicht nach fachlich nicht begründet sei. Wörtlich heißt es in der Email von Buhk an Grugel vom 26. April 2007:

„Es liegen keine neuen, wissenschaftlich begründeten Erkenntnisse vor, die es rechtfertigen, unsere bisher zu MON810 geäußerten Maßnahmen gegen das Inverkehrbringen von MON810 zu begründen. Mit dem heutigen Bescheid des BVL an das BMELV wurde auf die Diskrepanz zu unserer fachlichen Bewertung hingewiesen. Für die Fälle, in denen nicht nur ein Wertungsunterschied bestand wurden dem BMELV Korrekturvorschläge unterbreitet. Es war offensichtlich, dass das BMELV an der Weisung zur Einschränkung der Inverkehrbringensgenehmigung zu MON810 trotz der Kritik des BVL festhalten würde, das wird auch durch die zeitlichen Vorgaben des BMELV deutlich.

In meiner Zuständigkeit als Leiter der Abteilung Gentechnik kann ich die ergangene Weisung zur Einschränkung der Inverkehrbringensgenehmigung zu MON810 aus fachlichen Gründen nicht als richtig erachten. Ich verstehe es als meine Pflicht, Sie auf meine Beurteilung nochmals aufmerksam zu machen.“⁵⁶

Diese interne Email von Buhk wurde schließlich im November 2007 über einen Anwalt,⁵⁷ der auch für die Firma Monsanto arbeitet, beim Brandenburgischen Oberlandesgericht als Anlage zum Schriftsatz in einem Gerichtsverfahren eingereicht, an dem u.a. die Umweltorganisation Greenpeace beteiligt war und bei dem es um einen gv-Mais Anbau in Brandenburg ging. Dabei hatten die Gegner des Anbaus von gv-Mais unter Berufung auf den Bescheid des BVL argumentiert, dass dessen Umweltrisiken neu bewertet werden müssten. Die von der Gegenseite in die Verhandlung eingeführte Email des Leiters der Gentechnik-Abteilung beim BVL sollte belegen, dass der Bescheid des BVL von dessen eigenen Experten nicht gestützt wird.

Wie aber kann eine interne Email des BVL in die Hände eines Anwaltes gelangen, der auch Monsanto vertritt, und in einer gerichtlichen Auseinandersetzung verwendet werden? Kann ernsthaft angenommen werden, dass das Dokument gegen den Willen seines Verfassers in die Hände der Kanzlei gelangt ist, die Monsantos Interessen vertreten hat?

Grundsätzlich erscheint es erstaunlich, mit welchem Engagement innerhalb und außerhalb der Behörde um den Monitoring-Bescheid des BVL gestritten wurde. Letztlich verlangte die Behörde laut ihrem Bescheid vom April 2007 nur das, was das EU-Recht beim Anbau von gv-Saaten vorschreibt.

Basierend auf der Freisetzungsrichtlinie 2001/18 hat der Rat der Umweltminister im Beschluss 2002/811 zweistufige Leitlinien für die Überwachung des Anbaus festgelegt: Ziel dieser Überwachung ist es demnach, in einer so genannten (1)

⁵⁵ Die Welt, 26.4.2007. „Seehofers Kampf gegen den Gen-Mais“ von Thomas Deichmann und Ulli Kulke

⁵⁶ Email vom 26.4.2007, Anlage zum Schriftsatz von Monsanto Rechtsanwalt Dr. Hartwig Stiebler, vom 28.11.2007, eingereicht beim Brandenburgischen Oberlandesgericht.

⁵⁷ Rechtsanwalt Dr. Hartwig Stiebler, a.a.O.

„fallspezifischen Überwachung“ auf „sämtliche in der Umweltverträglichkeitsprüfung ermittelten möglichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt abzustellen, wobei unter anderem die verschiedenen Orte, Bodentypen, klimatischen Bedingungen zu berücksichtigen sind.“

Zudem soll in jedem Fall eine allgemeine (2) „überwachenden Beobachtung“ dazu dienen, „mögliche mittelbare, spätere und/oder kumulative schädliche Auswirkungen zu ermitteln und zu erfassen, die in der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht prognostiziert wurden.“

Am 6. Dezember 2007 erklärte das BVL seine in dem Bescheid vom April 2007 genannten Anforderungen und insbesondere die eigenen Auflagen vom April 2007 für „erfüllt“ und das Verbot des MON810-Saatgutverkaufs wurde wieder aufgehoben.⁵⁸ Am 18. Dezember stellte das BVL zudem zufrieden fest: „Der von der Firma Monsanto vorgelegte Plan zur Beobachtung der Umweltwirkungen des Genmais MON810 erfüllt die gestellten Anforderungen in vollem Umfang. Dies stellte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) heute in Berlin noch einmal klar.“⁵⁹

Gemessen an den Auflagen des ursprünglichen Bescheides reichte Monsanto dafür erstaunlich geringe Mittel ein: Kurz zusammengefasst stellt der Konzern in seinem Monitoringplan⁶⁰ fest, dass die beobachteten Risiken vernachlässigbar seien, weswegen gar keine „fallspezifische Überwachung“ stattfinden müsse. Was die allgemeine „überwachende Beobachtung“ betrifft, so könne diese durch bereits vorhandene Beobachtungssysteme,⁶¹ in denen u.a. Altlasten in Böden, Vogel- und Insektenpopulationen beobachtet werden, abgedeckt werden. Die vier ausgewählten Monitoringsysteme stammen aus einer Liste, die das BVL Monsanto zur Verfügung gestellt hatte (s.u.). Kernelement der Umweltüberwachung sind die vom BVL noch im April 2007 ausdrücklich als ungenügend klassifizierten Fragebögen, die von den GVO-anbauenden Landwirten selbst ausgefüllt werden und in denen vor allem allgemeine ackerbauliche Begleitumstände erfasst werden.

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN), in dessen Kernkompetenz die Bewertung der ökologischen Risiken fällt, dem aber keine Entscheidungskompetenz zukommt, stellt zum Monitoringplan von Monsanto fest:

„Der Plan sieht kein fallspezifisches Monitoring vor. Kernbereich des Allgemeinen Monitorings ist der Fragebogen an Landwirte. (...) In den Fragebögen werden überwiegend agronomisch relevante Aspekte des Anbaus abgefragt. Dabei handelt es sich ausschließlich um visuelle Beobachtungen der Landwirte auf den betroffenen Feldern. Abgefragt werden qualitative Aussagen z.B. über den Einsatz von Pestiziden, den Schädlingsbefall oder das Aufkommen von Ackerwildkräutern. Für die Erfassung von Wirkungen auf Natur und Umwelt sind diese Fragebögen nur sehr eingeschränkt dienlich. Es sollen keine systematischen Erhebungen zu ökologischen Effekten durchgeführt werden, die eine wissenschaftlich fundierte und belastbare Auswertung erlauben (...)“⁶²

Und weiter stellt das BfN im Detail fest

⁵⁸ BVL 2007a: Saatgut des Genmais MON810 darf wieder vertrieben werden. Pressemitteilung vom 6.12.2007

⁵⁹ BVL 2007b: Umweltwirkungen des Genmais MON810 werden umfassend betrachtet. Pressemitteilung vom 18.12.2007

⁶⁰ www.bvl.bund.de/DE/08_PresseInfothek/00_doks_downloads/Monitoringplan,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Monitoringplan.pdf

⁶¹ Bei den ausgewählten Systemen handelt es sich das Wildtier-Informationssystem des Dt. Jagdschutz-Verband, die Monitoringprogramme des Dachverband Deutscher Avifaunisten, ein Bienenmonitoring-Projekt unter Leitung der Bayer AG, und das Projekt Tagfalter-Monitoring das u.a. von dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, vom NABU und dem BUND unterstützt wird

⁶² Bundesamt für Naturschutz, 2007: Vorläufige Stellungnahme zum Monitoringplan der Firma Monsanto zur Umweltbeobachtung von MON810 in Deutschland in 2008 und den ergänzenden Unterlagen

„Aus der von BVL erstellten Liste werden folgende Prüfpunkte in dem vorliegenden Monitoringplan einschließlich ergänzender Unterlagen nach Einschätzung des BfN nicht berücksichtigt:

- a) Exposition keimfähiger Maiskörner in der Umwelt (Verlust bei Ernte, Transport und Verarbeitung). *Lediglich der Durchwuchs auf den Anbauflächen wird über die Fragebögen der Landwirte abgefragt.*
- b) Exposition des Bt-Toxins in der Umwelt (z.B. über Pollen, Silage, Pflanzenreste im Boden)
- c) Verbleib des Bt-Toxins im Boden auf den Anbauflächen; Auswirkungen auf Bodenorganismen und Bodenfunktionen
- d) Auswirkungen auf Nichtzielorganismen auf den Anbauflächen und in betroffenen Lebensräumen in der Umgebung der Anbauflächen. *Die Angaben in den Statusberichten zu den vier vom Antragsteller vorgeschlagenen Beobachtungsprogrammen beziehen sich auf die nationale Ebene und erlauben keinen räumlichen Bezug zu Anbauflächen und deren direkter Umgebung.*
- f) Verbleib von Transgenen (Persistenz und Akkumulation) in Organismen und Umweltmedien.

Folgende Prüfpunkte werden nur partiell berücksichtigt:

- e) langfristige und großflächige Wirkungen auf die Biodiversität. *Die Auswahl der beobachteten Artengruppen ist klein und deckt nur einen geringen Teil der Biodiversität ab. Da aus Gründen der Verhältnismäßigkeit auch nur ausgewählte Artengruppen und Lebensgemeinschaften einbezogen werden können, sollte die Auswahl plausibel und fachlich begründet sein.*
- i) Auswirkungen auf Nahrungsnetze. *Hier gilt das selbe wie für e).*

Zusammenfassung

Eine Reduzierung der Allgemeinen Beobachtung auf Fragebögen an die Landwirte und die Auswertung von veröffentlichten Berichten ausgewählter Beobachtungsprogramme wird als nicht ausreichend betrachtet.⁶³

4.1.1 Industrie oder Sicherheitsbehörden - Wer bestimmt was ein guter Monitoringplan ist?

Wie kann es sein, dass zwei Behörden, die beide mit Genehmigung des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen zu tun haben, zu so unterschiedlichen Einschätzungen wie im Fall MON810 und dem von Monsanto vorgelegten Monitoringplans kommen? Warum werden Fragebögen, die von Landwirten ausgefüllt werden sollen, zunächst als nicht ausreichend angesehen, dann aber doch als zentrales Element des Monitorings akzeptiert?

Eine mögliche Erklärung ist, dass die nötige „Gewaltenteilung“ zwischen den Behörden und der Industrie an dieser Stelle nicht im ausreichenden Umfang gegeben war. Wenn man Kenntnis der zitierten internen Email hat, kann man den Eindruck bekommen, dass der Erlass des BVL von Anfang an von den eigenen Experten der Behörde mehr oder weniger boykottiert wurde.

Es gibt weitere Indizien dafür, dass die These von der mangelnden „Gewaltenteilung“ zwischen Behörden und Industrie durchaus zutreffend erscheint. Die Bedeutung des Monitoring für den Anbau von gv-Saaten ist in mehrerer Hinsicht zentral. Während zur Zulassung meist nur Untersuchungen über einen kurzen Zeitraum vorgelegt werden, können beim Monitoring Langzeiteffekte des kommerziellen Anbaus erfasst werden – wenn sie denn untersucht werden.

⁶³ BfN 2007, a.a.O.

Deswegen beschäftigt sich die Industrie schon seit Jahren mit den Fragen des Monitoring und hat entsprechende Initiativen gestartet, um ihre Vorstellungen möglichst durchzusetzen und ein umfassendes Monitoring zu verhindern. Tatsächlich war zu dem Zeitpunkt, als das BVL im April 2007 seinen Erlass herausgab, bereits im Sinne der Industrie vorentschieden, auf welche Art und Weise das Monitoring organisiert werden sollte.

Wie hat es die Industrie geschafft, sich die Definitionshoheit darüber zu verschaffen, wie das Monitoring ausgestaltet werden soll? De facto federführend für die Festlegung von Leitlinien für das Monitoring war keine Behörde, sondern eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Industrie und Behörden, die beim BBA angesiedelt war.⁶⁴ Vertreten waren hier neben den großen Agrarmultis wie Monsanto und Bayer auch industrienahen Consulting-Firmen und Dienstleister, die u.a. die Monitoringpläne für die Industrie erstellen und auswerten, ebenso wie Experten von BVL und BBA und Vertretern von Landesbehörden.

Ein wesentliches Ergebnis der Arbeitsgruppe war der bereits erwähnte Fragebogen, mit dem zwar agronomische Daten, aber kaum ökologische Effekte erfasst werden können. In einer Vorlage an die EU-Kommission, in der es um die Auswertung des Monitorings von 2006 geht, weist Monsanto der BBA eine Schlüsselrolle bei der Erstellung des Fragebogens:

„Ein Fragebogen für Landwirte wurde als Hauptbestandteil für das Monitoring von MON810 entwickelt. Es basiert auf dem Fragebogenentwurf, der durch die deutsche BBA, Maiszüchter und Statistiker in Deutschland entwickelt wurde (Wilhelm et al. 2004).“⁶⁵

Die von Monsanto hier zitierte Publikation aus 2004 nennt als Autoren neben Mitarbeitern des BBA (Ralf Wilhelm, Lutz Beißner und Joachim Schiemann) auch Kerstin Schmidt und Jörg Schmidtke.⁶⁶ Die beiden letztgenannten Autoren arbeiten für einen zentralen Dienstleister der Industrie, der u.a. mit der Auswertung der Fragebögen befasst ist: die BioMath GmbH in Rostock. Ganz offensichtlich kam es bei der Erstellung des Papiers tatsächlich zu einer engen Kooperation von Industrie und Behörden, denn in der Danksagung heißt es: „Die Autoren danken den Firmen Bayer CropScience, KWS, Monsanto, Pioneer und Syngenta für die Zusammenarbeit und Unterstützung (...)“⁶⁷

Auffällig ist gleichzeitig wie wenig Mitsprache dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) eingeräumt wird. Laut dem 3. Bericht der Bundesregierung zum Gentechnikgesetz (2004-07) „bemühen sich die zuständigen Behörden in den Ländern um einheitlich validierte Untersuchungsverfahren.“ In dem eigens dafür eingerichteten Unterausschuss Methodenentwicklung, der mit der „Entwicklung von Methoden für die experimentelle Überwachung von gentechnisch veränderten Organismen“ beauftragt wurde, „sind die Laborleiter der amtlichen Überwachungslaboratorien, Vertreter von Vollzugsbehörden der Länder, des BVL, der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA) und weitere Teilnehmer aus dem Inland und der Schweiz mit der Entwicklung und Validierung entsprechender Methoden befasst.“⁶⁸

⁶⁴ BBA-Arbeitsgruppe "Anbaubegleitendes Monitoring gentechnisch veränderter Pflanzen im Agrarökosystem"

⁶⁵ Monsanto Company 2007, Monitoring Report MON810 cultivation Czech Republic, France, Germany, Portugal, Slovakia and Spain 2006, Seite 11. „A farmer questionnaire has been developed as the key tool for monitoring of MON810. It was inspired by the experimental questionnaire developed by the German Federal Biological Research Centre for Agriculture and Forestry (BBA), maize breeders and statisticians in Germany (Wilhelm et al, 2004).“, Übersetzung A.L

⁶⁶ Wilhelm, R., Beißner, L., Schmidt, K., Schmidtke und Joachim Schiemann, 2004, Monitoring des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen – Fragebögen zur Datenerhebung bei Landwirten

⁶⁷ Wilhelm, R. et al.; a.a.O.

⁶⁸ Dritter Bericht der Bundesregierung über Erfahrungen mit dem Gentechnikgesetz, Drs. 16/8155, 18.2.2008

4.1.2 Welche Funktion hat der Verein FINAB im Zusammenhang mit dem umstrittenen Monitoringplan für MON810-Mais?

Verfolgt man die Spur von Schmidt weiter, die hier als Ko-Autorin für das Konzept der Fragebögen im Fall MON810 genannt wird, trifft man auf ein überraschendes Firmengeflecht mit weiteren Verbindungen zu Industrie und Behörden. So liegt die Geschäftsführung der Firma BioMath bei Kerstin Schmidt, die zudem die Geschäftsführung der Firmen biovativ und BioOK inne hat. Alle drei Firmen erhalten über zahlreiche Forschungsprojekte zur Agro-Gentechnik öffentliche Forschungsmittel.⁶⁹

Zudem ist Schmidt Schatzmeisterin beim Verein FINAB. Dieser beschreibt sich als „gemeinnütziger Verein mit dem Ziel der Förderung der Agrobiotechnologie in Mecklenburg-Vorpommern“. Vorsitzende des Vereins FINAB und Gesellschafterin der Firma BioOK ist Prof. Inge de Broer von der Universität Rostock. Ein wichtiges Projekt ist die Einrichtung und Nutzung des AgroBioTechnikums in Groß Lüsewitz: „FINAB und biovativ nutzen seit Beginn 2005 das AgroBioTechnikum für ihre Forschungs- bzw. Dienstleistungstätigkeiten“, heißt es in der Selbstdarstellung des Vereins⁷⁰ Hierzu gehörten 2006/07 mehrere – in der Öffentlichkeit sehr umstrittene – Freisetzungsexperimente, so u.a. Freisetzungen der so genannten „Cholera“-Kartoffel der Universität Rostock und die Freisetzung von gv-Raps⁷¹ durch FINAB e.V. Die gv-Raps-Freisetzungen wurden 2004-06 vom Wirtschaftsministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern massiv gefördert, mit dem Ziel Erfahrungen in Freisetzungen zu sammeln und sich als Dienstleister zu etablieren.

„Diese Freisetzung dient einerseits der Etablierung von notwendigem Know-how für die Beantragung und Durchführung von Freisetzungen am Standort Groß Lüsewitz, andererseits als politisches Signal und Präsentation des Dienstleistungsangebotes im AgroBioTechnikum. Gemeinsam mit der Universität Rostock wird an der Etablierung von Analyseverfahren zur Identifizierung und Quantifizierung von gentechnisch veränderten Pflanzen gearbeitet. Diese Verfahren sollen als Standarddienstleistungen im Zentrum angeboten werden.“
(Volumen 628.198 Euro, Förderung durch das WM MV: 80%)⁷²

Ingesamt scheint in Groß Lüsewitz/Sanitz ein günstiges Klima für die Freisetzung von gv-Pflanzen zu herrschen: Seit 2003 fanden hier auch Freisetzungen von gv-Raps durch die Bundesforschungsanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen Quedlingburg (jetzt Teil des JKI), von gv-Kartoffeln durch BASF und von herbizid-tolerantem Mais durch Monsanto statt.

Die Firma biovativ wiederum wurde 2003 als 100%ige Tochter des Vereins FINAB gegründet, mit der Aufgabe das Gewächshaus und die Äcker des von FINAB initiierten AgroBioTechnikum zu betreuen.

Wie bereits festgestellt, ist Kerstin Schmidt die Geschäftsführerin von biovativ. Laut Handelsregister hat die biovativ GmbH nur einen Mitarbeiter. Da Schmidt gleichzeitig auch Geschäftsführerin von BioMath und BioOK und im Vorstand von FINAB e.V. ist - und all diese Betriebe und der Verein unter der gleichen Adresse und teilweise unter der gleichen Telefonnummer zu erreichen sind - drängt sich der Verdacht auf, dass es sich hier gar nicht um separate Einheiten handelt, sondern das Konglomerat von Firmen eher dazu dient, die kommerziellen Interessen im Umfeld des Vereins FINAB möglichst undurchsichtig zu gestalten.

⁶⁹ Siehe Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage von Bündnis90/Die Grünen, Drs. -Nr. 16/6208

⁷⁰ FINAB e.V. Selbstdarstellung. <http://finab.de/>

⁷¹ Sommerraps, in denen der Inhaltsstoff Resveratol gebildet und/oder der Sinapingehalt gebildet werden soll. Aus dem Standortregister ist nicht zu ersehen, durch wen dieser gv-Raps entwickelt wurde. Eventuell handelt es sich dabei um gv-Raps um Entwicklungen aus dem BMBF-Projekt „Nabus 2000“, das 2005 unter der rot-grünen Regierung gestoppt wurde, und dessen Arbeiten z.T. in Kanada fortgesetzt wurden.

⁷² FINAB e.V.: Projekte. <http://www.finab.de>

biovativ führt in Zusammenarbeit mit dem AgroBioTechnikum jedenfalls ein breites Spektrum von Dienstleistungen für die Industrie an:

„Das Leistungsspektrum reicht von Anbauversuchen im Feld über Gewächshausversuche aller Art bis zu gentechnischen Analysen im Labor. Die biovativ GmbH verfügt über umfangreiche Kompetenzen in der klassischen und gentechnischen Züchtung, aber auch in der Risiko- und Sicherheitsbewertung.“⁷³

biovativ ist dabei nicht nur an experimenteller Freisetzung interessiert, sondern organisiert auch den kommerziellen Anbau von gv-Pflanzen:

„biovativ bietet Entwicklungen, Analysen, Versuche und Beratungen für biotechnologische Produkte und Methoden an:

- Labor-, Gewächshaus- und Feldversuche in einer hervorragenden Infrastruktur,
- Risiko- und Sicherheitsbewertung von agrobiotechnologischen Methoden und Produkten,
- Freisetzungs- und Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen (Part B und C),
- umfangreiche Projektberatung, Erstellung von Prüfplänen und Berichten,
- Unterstützung bei der Kommerzialisierung von agrobiotechnologischen Produkten,
- großflächige Anbauversuche unter Praxisbedingungen, und
- Kultivierung von Pflanzenmaterial.“⁷⁴

BioOK GmbH, bei der Kerstin Schmidt ebenfalls Geschäftsführerin ist, soll zukünftig als allgemeine Dachmarke des Konglomerats, bzw. des „Wachstums Kern BioOK“ aufgebaut werden;

„Der Wachstums Kern 'BioOK' etabliert die Ostseeküstenregion Rostock-Schwerin - insbesondere um das AgroBioTechnikum Groß Lüsewitz - als europäisches Kompetenzzentrum für die Analyse, Bewertung und Überwachung von agrobiotechnologischen Produkten und Verfahren. Partner aus Wirtschaft und Wissenschaft wirken zusammen, um aus Kompetenzen und Erfahrungen in der biologischen Sicherheitsforschung neue, effektivere und kostengünstigere Analyse- und Bewertungsverfahren zu entwickeln und über die BioOK GmbH in einer One-Stop-Agency zu vermarkten.“⁷⁵

„One-Stop-Agency“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Zulassung und das Monitoring gentechnisch veränderter Pflanzen für die Industrie vereinfacht und verbilligt werden soll. Gefördert wird dies von 2005 bis 2008 mit 4 Millionen Euro vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).⁷⁶ FINAB ist dabei untrennbar mit einem Dienstleister verflochten, der daran interessiert sein muss, dass im Sinne seiner Auftraggeber möglichst wenig umfangreiche und daher kostengünstige Überwachungspläne für den Anbau von gv-Saaten entwickelt werden.

Mit Kenntnis dieses – zugegebenermaßen komplizierten – Netzwerkes um die Firmen BioOK, biovativ und Biomath, um den Verein FINAB und der Tatsache, dass ausgerechnet Joachim Schiemann (Leiter der BBA-Abteilung Gentechnik und Biologische Sicherheit und EFSA-Mitglied) 1999 zu den Gründungsmitgliedern von FINAB gehört – erscheint die Art und Weise, wie der Fragebogen für die Firma Monsanto entwickelt wurde, etwas nachvollziehbarer.

⁷³ biovativ GmbH: Gegenstand des Unternehmens. <http://www.biovativ.de/index.htm>

⁷⁴ biovativ GmbH: Profil – Dienstleistungen. <http://www.biovativ.de/profil.htm>

⁷⁵ <http://www.unternehmen-region.de/de/1036.php>

⁷⁶ Siehe Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage von Bündnis90/Die Grünen, Drs. -Nr. 16/6208

Gemeinsam entwickeln demnach Industrie, Dienstleister und Behörden einen Monitoringplan, der in zentralen Aspekten auf einem offensichtlich unzureichenden Fragebogen für Landwirte beruht. Gekrönt wird die Zusammenarbeit dadurch, dass Joachim Schiemann und Kerstin Schmidt gemeinsam als Autoren für die Publikationen genannt werden, in der dieser Fragebogen vorgestellt wurde. Mit dem Ko-Autor Schiemann erhielt das Konzept seinen quasi-behördlichen Segen, bevor Politik und Behörden den Plan offiziell akzeptiert hatten. Vor diesem Hintergrund erscheint die Weisung des Landwirtschaftsministeriums zur Einschränkung der Verkaufserlaubnis für MON810-Saatgut und in der Folge der Bescheid des BVL wie ein erfolgloses Aufbäumen gegen Spielregeln, die von den eigenen Experten im Gleichklang mit der Industrie bereits vorab definiert und beschlossen waren.

4.1.3 Monitoringpläne für gv-Pflanzen – Vorarbeiten auf EU-Ebene

Die Folgen der in dem vorgenannten Kapitel beschriebenen Zusammenarbeit zwischen Industrie, Biotechnologie-Firmen und -Verbänden sowie Vertretern der federführenden Zulassungsbehörden zum Thema Monitoring reichen bis auf die europäische Ebene. Ein Beispiel: Detlef Bartsch war für das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) Mitglied im Arbeitskreis zum Anbau-Monitoring bei der Biologischen Bundesforschungsanstalt (BBA). Gleichzeitig war er wie Schiemann Mitglied der europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA und war dort federführend für die Entwicklung von Konzepten für das Monitoring bei gv-Pflanzen zuständig. Bartsch organisierte im Oktober 2004 einen Workshop mit der Gentechnikindustrie, bei dem neben Vertretern von Monsanto, Bayer, Dow, Pioneer/DuPont und Syngenta auch Bartsch, Schiemann und Schmidt teilnahmen. Aus diesem gemeinsamen Treffen mit der Industrie wurde dann ein erster Entwurf eines EFSA Guidance Documents entwickelt, mit dem die Fragen des Monitorings bei gv-Pflanzen EU-weit geregelt werden sollten. Im Protokoll des Treffens vom 29.10. 2004 heißt es hinsichtlich der strittigen Bedeutung der Fragebögen für ein Monitoring: „All participants agreed that farmer questionnaires are an important part of General Surveillance.“⁷⁷

Am 9. Dezember 2004 beriefen die EFSA und Bartsch erneut einen Workshop ein. Dabei wurde das Ergebnis des ersten Workshops den Vertretern von Umweltgruppen und Experten anderer EU- Länder vorgestellt.⁷⁸ Es handelte sich im Wesentlichen um das Konzept des Fragebogens von Ralf Wilhelm (BBA) und Kerstin Schmidt (BioMath), ergänzt durch die Idee der Nutzung von bereits existierenden Beobachtungssystemen. Die bei diesem Treffen u.a. von den Umweltverbänden geäußerte Kritik⁷⁹ fand bei der Erstellung des EFSA-Konzeptes keine Berücksichtigung mehr – wesentliche Änderungen waren zu diesem Zeitpunkt nicht mehr vorgesehen.

Die Dienstleister der Industrie hatten es somit auch auf europäischer Ebene geschafft, das Konzept, das für die (und von der) Industrie entwickelt wurde, als scheinbar neutrales und geeignetes Instrument zur Überwachung von gv-Pflanzen zu präsentieren. Ehrlicher wäre es gewesen, wenn Konzerne wie Monsanto, Bayer oder Syngenta diesen Plan direkt für die Behörden geschrieben hätten - inhaltlich hätte das vermutlich keinen großen Unterschied gemacht.

Im Januar 2006 verabschiedete die EFSA als Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit ihre Position zu Fragen des Monitorings:⁸⁰ der Fragebogen für

⁷⁷ EFSA/GMO/83- Minutes of the consultation workshop on general surveillance of GM crops

⁷⁸ EFSA 2006: Guidance document of the Scientific Panel on Genetically Modified Organisms for the risk assessment of genetically modified microorganisms and their derived products intended for food and feed use. The EFSA Journal 374, 1-115. EFSA news, Der Newsletter der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit Nr 6. Januar-Februar 2005.
http://www.efsa.europa.eu/EFSA/Non_Scientific_Document/newsletter_no6_de1,0.pdf

⁷⁹ Der Autor dieses Berichts (Ch.T.) nahm an diesem Treffen für die Umweltorganisation Greenpeace teil.

⁸⁰ EFSA 2006: Opinion of the Scientific Panel on Genetically Modified Organisms on the Post Market Environmental Monitoring (PMEM) of genetically modified plants. The EFSA Journal 319, 1-27.

Landwirte ist auch hier ein zentrales Element. Auf diesem Konzept basierend segnete die EFSA zudem Pläne für das Monitoring für den Anbau von gv-Mais der Firma Pioneer (Mais 1507) und Syngenta (Bt11) ab,⁸¹ bei denen die Beobachtung von Umweltrisiken auf ähnlich unzureichende Art und Weise organisiert wird, wie dies schließlich im Dezember 2007 vom BVL offiziell akzeptiert wurde.

Auf die Frage, warum der Bescheid des BVL vom April 2007 zum Scheitern verurteilt war, kann also geantwortet werden: Der Bescheid kam zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Behörden und die Industrie bereits auf ein Konzept eines 'low-budget'-und-'low-output'-Monitoring geeinigt hatten. BBA, BVL und Monsanto hatten ein gemeinsames Interesse, auf den Bescheid des BVL vom April 2007 eine Antwort zu finden, mit der das von langer Hand vorbereitete Konzept der Industrie in vollem Umfang bestätigt werden konnte. Genau das wurde letztlich auch erreicht: Mehr noch als vor dem BVL-Bescheid vom April 2007 ist jetzt das Industrie-Monitoring-Konzept amtlich anerkannt. Der politische Flurschaden scheint erheblich: der bereits enge Spielraum der Politik wurde in diesem Bereich noch weiter eingeschränkt.

4.1.4 Vereinnahmung von unabhängigen Institutionen durch Industrie und Behörden

Auch bei der zweiten Säule des Konzeptes von Monsanto, der Auswahl der existierenden Beobachtungssysteme, zeigt sich die gut abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Behörden und der Industrie. Monsanto benannte dazu Überwachungssysteme für Bienenkrankheiten, Tagfalter-, Wildtier- und Vogelbeobachtung sowie für Boden- und Altlasten (s.o.).

Bei der konkreten Auswahl dieser Beobachtungssysteme für den Anbau in Deutschland lässt sich eine regelrechte Kreisbewegung zwischen Behörden und der Industrie beobachten:

- Zunächst schlug das BVL der Firma Monsanto eine Liste mit über 30 potentiellen Beobachtungssystemen vor.
- Kerstin Schmidt (BioMath) legte daraufhin im Auftrag von Monsanto einen schriftlichen Vorschlag für die genauere Auswahl der Netzwerke vor.
- Der Vorschlag von BioMath wurde wiederum von Monsanto beim BVL eingereicht.
- Das BVL genehmigte erwartungsgemäß diesen (im weiteren Sinne eigenen) Vorschlag.⁸²

Aber weder das BVL noch Monsanto noch BioMath hatten tatsächlich mit den genannten Institutionen engeren Kontakt aufgenommen. Noch weniger wurde an irgendeiner Stelle geprüft, ob sich die Beobachtungsnetzwerke überhaupt für die Überwachung der Umweltauswirkungen des Anbaus von gv-Mais eignen. Weiterhin wurde nicht geklärt, ob die jeweiligen Organisationen überhaupt regelmäßig Daten erfassen und bereit sind, Monsanto ihre Daten zur Verfügung zu stellen. So muss man sich bei Netzwerken zur Umweltbeobachtung, die u.a. auf der Arbeit von Freiwilligen beruhen, wie dies z.B. beim Tagfalter-Monitoring der Fall ist, die Frage stellen, ob eine Erfassung überhaupt im Sinne des Monitoringzwecks regelmäßig erfolgen kann. Zudem beschwerten sich die Träger der genannten Beobachtungsnetzwerke öffentlich über die Vereinnahmung durch Monsanto.

⁸¹ EFSA 2005: Opinion of the Scientific Panel on Genetically Modified Organisms on a request from the Commission related to the notification (Reference C/F/96/05.10) for the placing on the market of insect-tolerant genetically modified maize Bt11, for cultivation, feed and industrial processing, under Part C of Directive 2001/18/EC from Syngenta Seeds, The EFSA Journal 213, 1-33.

⁸² Schmidt & Mönkemeyer 2007: Use of existing networks for monitoring MON 810 in Germany. Annex 1 des Monitoringplans. http://www.bvl.bund.de/cln_007/DE/08_PresseInfothek/00_doks_downloads/Monitoringplan,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Monitoringplan.pdf. Monsanto Europe, Schreiben an das BVL, 31. August 2007.

So meldeten sich beispielsweise die Koordinatoren des Tagfalter-Monitorings am 12. März 2008 mit folgendem Statement zu Wort:

„Dazu stellen wir im Namen des Tagfalter-Monitoring Deutschland, das vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) koordiniert wird, fest:

1. Die Nennung erfolgte ohne unser Wissen und ohne unsere Zustimmung. Bis heute gab es keinerlei Kontakt zwischen Monsanto und der Projektkoordination des Tagfalter-Monitorings.
2. Wir sind überzeugt, dass die Daten des bestehenden Tagfalter-Monitorings keinerlei Rückschlüsse auf die Auswirkungen von genverändertem Mais zulassen. Aus diesem Grund halten wir das Tagfalter-Monitoring für kein geeignetes Instrument, um die Auswirkungen von MON810 zu überwachen. (...)
4. Anfang Februar haben wir in einem Brief an das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) als Genehmigungsbehörde darum gebeten, uns zu erläutern, wie es zu der Einschätzung kommt, dass die Ergebnisse des Tagfalter-Monitorings in diesem Zusammenhang geeignet wären. Bislang haben wir noch keine Antwort erhalten.“⁸³

Die Voraussetzungen für ein echtes Anbau-Monitoring von gv-Mais können also keineswegs als erfüllt angesehen werden. Weder die Fragebögen noch die genannten Netzwerke zur Beobachtung von Böden, Bienen, Wildtieren und Tagfaltern können den Anforderungen tatsächlich genügen. Die Einbeziehung der genannten Netzwerke und die Verwendung von Fragebögen folgt lediglich dem zwischen BBA, EFSA und der Industrie vereinbarten Masterplan, durch den der Industrie möglichst keine Kosten entstehen sollen und mögliche Umweltauswirkungen nur in den seltensten Fällen tatsächlich erfasst werden.

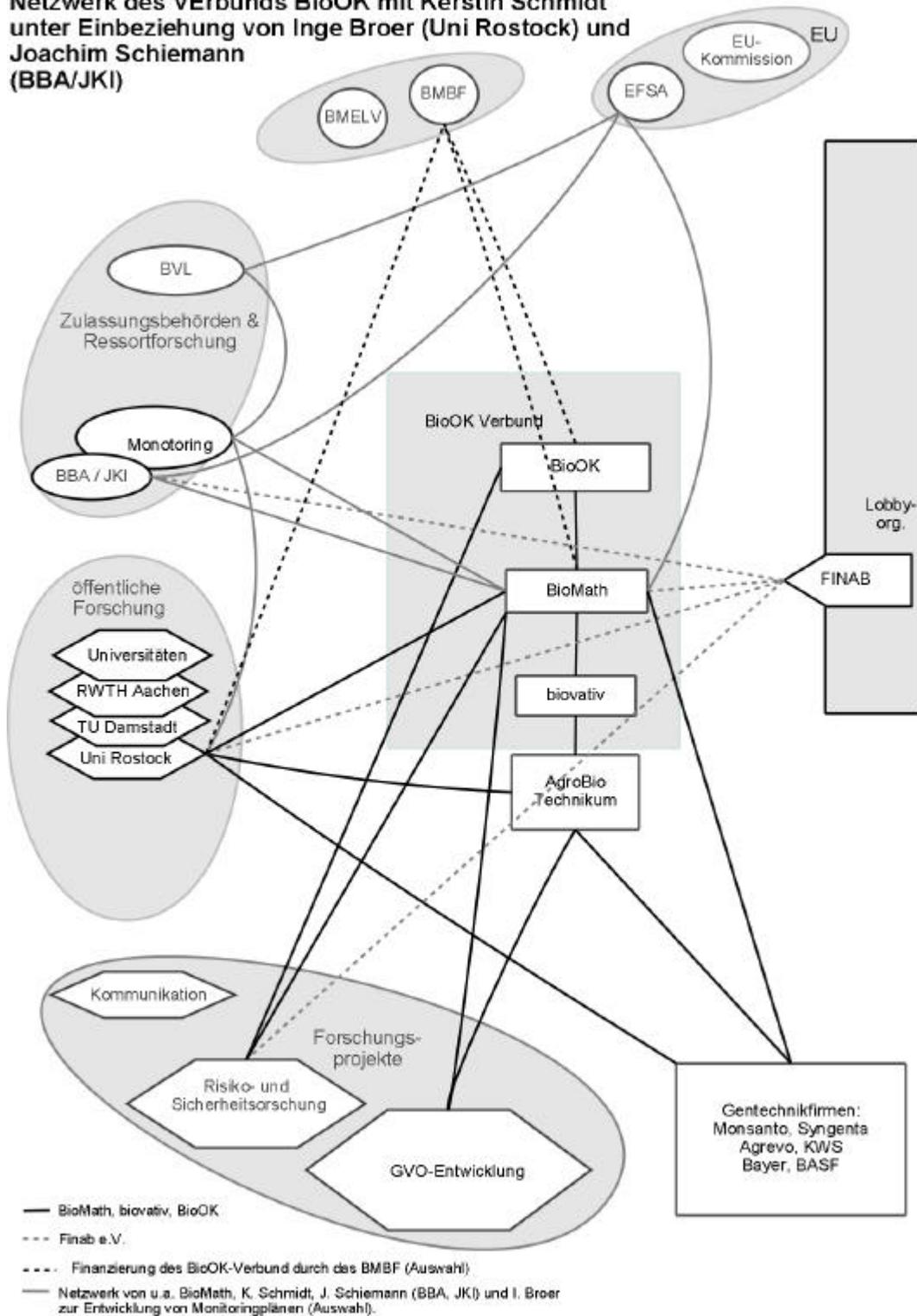
4.1.5 Wer trägt die Schuld am gescheiterten Monitoring-Plan für den Gentechnik-Mais MON810?

Wie in den Kapitel zuvor dargelegt stimmte der Monitoringplan, den Monsanto dem BVL Ende 2007 vorlegte, nicht annähernd mit den Auflagen im Bescheid des BVL vom April 2007 überein. Als Hans-Jörg Buhk seine Email an den damaligen Präsidenten des BVL schrieb, standen scheinbar bereits geeignete Seilschaften bereit, um dafür zu sorgen, dass es keine wirklichen Auflagen für Monsanto im Zusammenhang des weiteren Verkaufs von MON810-Saatgut geben würde. Die Feststellung des BVL in seiner Pressemitteilung vom 18. Dezember 2007, „der von der Firma Monsanto vorgelegte Plan zur Beobachtung der Umweltwirkungen des Genmais MON810 erfüllt die gestellten Anforderungen in vollem Umfang“ liest sich vor diesem Hintergrund fast wie eine Verhöhnung von Politik und Öffentlichkeit.

Dass es so gekommen ist, liegt keineswegs nur an einflussreichen Experten wie Buhk, Bartsch und Schiemann. Die Politik hat es jahrelang versäumt, in diesem Bereich für eine klare Trennung von Industrie und Behörden zu sorgen. Gerade FINAB und BioOK sind interessante Beispiele, weil viele ihrer Fördergelder direkt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) stammen. Die Regierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Anbau und die Entwicklung von gv-Saaten massiv mit Steuergeldern zu subventionieren. Dass die vom Staat geförderten Industrie-Einrichtungen dann auch gleich die Auflagen für das Monitoring bei einem Anbau von gv-Pflanzen vorgeben, erscheint manchen Vertretern der Behörden möglicherweise ganz normal.

⁸³ Helmholtz Zentrum für Umweltforschung 2008: Tagfalter-Monitoring ist nicht Teil eines Monitoring-Programmes zur Überwachung der genveränderten Maissorte MON810. Pressemitteilung 12.3.2008

Netzwerk des Verbunds BioOK mit Kerstin Schmidt unter Einbeziehung von Inge Broer (Uni Rostock) und Joachim Schiemann (BBA/JKI)



Für Details siehe sowohl im Text sowie im Lexikon.

Graphik 3: Netzwerke und Akteure: Beispiel der Verbindungen des Verbundes BioOK, der Firmen BioMath und bioaktiv und des Vereins FINAB, unter Einbeziehung einiger Kontakte durch Joachim Schiemann (BBA, JKI) und Inge Broer (Uni Rostock)

4.2 Beispiel 2: EU-Zulassungsverfahren „verbessern“?

4.2.1 Zulassungsverfahren für Gentech-Pflanzen - Politische Verantwortung oder Experten-Entscheidungen?

Neben dem Monitoring bei einem Anbau von gv-Pflanzen steht derzeit auch die Frage der Risikobewertung und Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen am Scheideweg. Während Teile der EU-Kommission und der Politik wesentlich strengere Richtlinien für die Sicherheitsprüfung von gentechnisch veränderten Pflanzen fordern,⁸⁴ will die Industrie weitere Erleichterungen durchsetzen. Überlagert wird die Diskussion zudem von Unstimmigkeiten darüber, wie das Verfahren zur Abstimmung zwischen den Mitgliedsstaaten geregelt werden soll. Derzeit haben die EU-Mitgliedstaaten im Ministerrat die Möglichkeit, die Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen auch dann zurückzuweisen, wenn die EFSA ein positives Votum abgegeben hat.

Von der Bundesregierung wurde u.a. im November 2007 die Forderung aufgestellt, die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen künftig alleine den (wissenschaftlichen) Experten zu überlassen.⁸⁵ Die Richtlinien zur Zulassung sollten verschärft und gleichzeitig die aufwändigen Abstimmungen im Ministerrat vermieden werden – die Politik will sich so aus einem Geschäft zurückziehen, das angeblich alleine auf „wissenschaftlicher“ Grundlage bewertet werden soll.

Doch dieser Rückzug aus der politischen Verantwortung könnte ganz gravierende Folgen haben. Leider muss man feststellen, dass im Bereich Agro-Gentechnik eine unabhängige, aktive Risikoforschung, auf die sich die Politik bei der Risikobewertung verlassen könnte, derzeit kaum existiert. Im Gegenteil, Wissenschaft und Behörden haben ihre Arbeit in den letzten Jahren immer stärker an den Interessen der Industrie ausgerichtet. Der wirtschaftlich organisierten Wissenschaft begegnet man im Bereich der Agro-Gentechnik in vielen Publikationen, bis hinein in die Entscheidung der Behörden. Die meisten Untersuchungen zur Zulassung von gentechnisch veränderten Produkten werden schon jetzt von der Industrie in Eigenregie durchgeführt. Eine Politik, die sich aus dem Entscheidungsprozess um Risikoprüfung und Zulassung zurückziehen will, um das Geschäft den „unabhängigen Experten“ zu überlassen, forciert die Folgen ihrer Forschungspolitik, mit der eine aktive kritische Risikoforschung eher verhindert als gefördert wird.

Gleichzeitig darf man nicht vergessen, dass die Frage des Einsatzes von Gentechnik nicht nur eine wissenschaftliche ist, die durch mehr und bessere Daten der naturwissenschaftlichen Risikoforschung abschließend beurteilt werden könnte, sondern auch ein politische Weichenstellung beinhaltet, z.B. darüber, welche Art von Landwirtschaft angestrebt wird.

Exkurs: Wie frei ist die Risikoforschung?

In den letzten Jahren wurden immer wieder Fälle bekannt, bei denen Wissenschaftler, die Ergebnisse publizierten, die der Vermarktung gentechnisch veränderter Organismen entgegenstanden, aus ihren Positionen entfernt oder diskreditiert wurden. Bekannteste Fälle sind etwa die des britischen Forschers Arpad Pusztai, der darüber berichtete, dass gentechnisch veränderte Kartoffeln gesundheitliche Schäden bei Ratten auslösten. Ein weiterer Fall sind die US-Wissenschaftler David Quist und Ignacio Chapela, die Kontaminationen von gv-Mais in Mexiko aufspürten. In vielen dieser Fälle kann man nicht

⁸⁴ EU-Kommission 2006: Commission proposes practical improvements to the way the European GMO legislative framework is implemented. Pressemitteilung vom 12.4.2006

⁸⁵ siehe u.a. <http://www.epochtimes.de/articles/2007/11/26/202957.html>

einmal davon sprechen, dass hier von Anfang an ausgesprochene Kritiker am Werk gewesen wären, sondern es handelt sich vielfach um Mainstream-Wissenschaftler, die zum Teil selbst von ihren Ergebnissen und/oder deren politischen Auswirkungen überrascht wurden.

Diese Fälle sind aber wohl nur die Spitze des Eisberges. Wenn man sich mit der Frage von Behinderung der Risikoforschung im Bereich Agro-Gentechnik auseinandersetzt - die in diesem Bericht nur gestreift werden kann – stößt man schon rasch auf Fälle, bei denen einige Forschungsprojekte schon im Vorfeld verhindert wurden. Bei gentechnisch veränderten Pflanzen kann einerseits der Zugang zur Pflanze selbst, u.a. durch das Patentrecht, verwehrt werden. Für kritische Forscher ist oft das Vergleichsmaterial noch schwerer zu bekommen, das heißt die normale Pflanze, die Ausgangsmaterial für die Genmanipulation diente und über das die Firmen verfügen. Diese so genannten „isogenen Linien“ sind oft nicht mehr auf dem Markt erhältlich und werden von den Firmen nur bedingt freigegeben, sie sind aber für Vergleichsstudien unabdingbar. Probleme, an Forschungsmaterial zu gelangen, haben sogar Forscher, die im Auftrag staatlicher Einrichtungen tätig sind – so wurde es zum Beispiel über das Team um den ungarischen Wissenschaftler Bela Darvas berichtet. Erhalten Wissenschaftler gv-Saatgut und Vergleichsmaterial von den Gentech-Firmen, so können sie damit noch immer nicht forschen was sie wollen, und auch Publikationen über die Forschungsergebnisse müssen in der Regel erst dem jeweiligen Patentinhaber wie z.B. der Firma Monsanto vorgelegt werden.

Noch problematischer sind aber die Fälle, bei denen Risikoforschung auf einer viel früheren und grundsätzlicheren Ebene ausgehebelt wird – indem Forschern der Zugang zu Forschungsmitteln und die wissenschaftliche Publikationen ihrer Ergebnisse verwehrt werden. Einflussreiche Experten wie Bartsch und Schiemann beispielsweise kennen natürlich auch die Herausgeber bei wichtigen wissenschaftlichen Magazinen und sind an der Auswahl geeigneter Forschungsprojekte beteiligt – nicht nur in Deutschland. So gehörte Bartsch (ebenso wie sein Kollege Jeremy Sweet von der EFSA) dem Gremium in der Schweiz an, das in Folge eines Volksbegehrens die Gelder des Nationalen Forschungsprogramm 59 „Nutzen und Risiken der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen“ (NFP59) verteilen sollte. Nach dem Urteil verschiedener Beobachter sorgten gerade Gutachter wie Bartsch und Sweet dafür, dass bei der Vergabe der Gelder „kritische“ Risikoforschungsprojekte außen vor blieben. Wissenschaftler, die auf diese Weise über Gutachter und Prozesse der Mittelvergabe regelrecht "gemobbt" werden können, werden sich in den seltensten Fällen öffentlich dazu äußern – sie hätten dann zukünftig noch weniger Aussicht, Forschungsgelder zu bekommen oder ihre Beiträge zu publizieren. Nicht wenige Forscher berichten aber in persönlichen Gesprächen davon, dass sie systematisch ausgegrenzt würden, weil sie kritische Forschungsprojekte angefasst haben. Im Übrigen sprachen sich bei der Vergabe der NFP59-Gelder die Gutachter dafür aus, Geld an Projekte zu geben, die sich mit der Produktentwicklung – z.B. von Gentech-Weizen - beschäftigen. Zu denjenigen die im Rahmen des NFP59 schließlich Gelder erhielten, gehören u.a. auch Jörg Romeis und Franz Bigler, mit denen der BVL-Experte Bartsch und der EFSA-Experte Sweet im Februar 2008 auch eine Studie publizierten, wie die Sicherheitsprüfung bei so genannten Bt-Pflanzen für die Industrie vereinfacht und kostengünstiger gestaltet werden kann.⁸⁶ (siehe unten)

An dieser Stelle kann dieses Thema nicht weiter verfolgt werden, die Recherche würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Als Fazit kann aber festgehalten werden, dass den geschilderten industrienahen Netzwerken keineswegs eine zweite gleichstarke Gruppe von kritischen Wissenschaftlern gegenübersteht, die Zugang zu finanziellen Mitteln und geeigneten Rahmenbedingungen haben. Die Entwicklung der letzten Jahre

⁸⁶ Jörg Romeis, Detlef Bartsch, Franz Bigler, Marco P Candolfi, Marco M C Gielkens, Susan E Hartley, Richard L Hellmich, Joseph E Huesing, Paul C Jepson, Raymond Layton, Hector Quemada, Alan Raybould, Robyn I Rose, Joachim Schiemann, Mark K Sears, Anthony M Shelton, Jeremy Sweet, Zigfridas Vaituzis & Jeffrey D Wolt (2008): *Assessment of risk of insect-resistant transgenic crops to nontarget arthropods*. Nature Biotechnology 26(2): 203-208.

hat dazu geführt, dass die unabhängige, kritische Forschung ein weitgehendes Schattendasein führt. Viele mit öffentlichen Geldern finanzierte Forschungsprojekte dienen viel mehr der Produktentwicklung denn der Untersuchung von Gefährdungspotentialen. Eine Art „crashtest“ für gentechnisch veränderte Pflanzen (wie er aus der Automobilindustrie bekannt ist), bei dem gezielt und systematisch versucht wird, mögliche Schwachstellen oder Gefahrenpotentiale zu identifizieren, ist im Zulassungsverfahren nicht vorgesehen – ein Grund dafür, warum noch immer so viele Fragen in der Risikobewertung umstritten sind.

4.2.2 Risikoforschung bei gv-Pflanzen vereinfachen? Eine gemeinsame Initiative von Industrie und Experten der Behörden

Aktuelles Beispiel für die bedenkliche Nähe zwischen der Industrie und den Experten der Behörden im Bereich der Risikoforschung ist eine gemeinsame Initiative von Industrie und Vertretern von Zulassungsbehörden, die Risikoabschätzung von so genannten Bt-Pflanzen (gv-Pflanzen, denen ein Gen des *Bacillus thuringiensis* übertragen wurde und die das entsprechende Bt-Toxin bilden) zu vereinfachen. Das Konzept, das im Februar 2008 in dem Wissenschaftsjournal *Nature Biotechnology* publiziert wurde, beruht auf der Idee, dass man durch eine stufenweise Untersuchung einfacher Teilbereiche, bei der nur eine kleine Auswahl der möglicherweise betroffenen Lebewesen berücksichtigt werden, zu einer umfassenden und sicheren Bewertung der Umweltrisiken gelangen könne.

Schon 2004 wurde das Konzept auf einer Tagung der Industrievereinigung EuropaBio beworben: „The tiered approach also allows the practical organization of data generation and enables rational, science-based decision-making by both registrants and regulators.“⁸⁷

Wissenschaftler von Forschungsinstitutionen, Industrie und Zulassungsbehörden arbeiten ein Konzept als Mitglieder der IOBC/WRPS-Arbeitsgruppe - einer Organisation zur Biologischen und Integrierten Schädlingsbekämpfung – weiter aus. Die Leitung dieser Arbeitsgruppe liegt bei Jörg Romeis (Schweiz). Zum Steering Komitee gehören neben Bartsch (BVL) auch Franz Bigler (Schweiz) sowie ein Vertreter der Firma Syngenta.⁸⁸

2008 erfolgt dann die oben erwähnte Publikation des Konzeptes in *Nature Biotechnology*, das auch auf Kostenersparnis und Beschleunigung der Zulassungsverfahren für Bt-Pflanzen abzielt. Zu den Autoren zählen neben dem Erstautor Romeis Mitarbeiter von BASF, DuPont, Monsanto und Syngenta sowie die Experten Joachim Schiemann (BBA bzw. JKI und EFSA), Detlef Bartsch (BVL und EFSA) und Jeremy Sweet (EFSA). Im Nachgang zum Artikel wird ausdrücklich festgestellt, dass die Experten der deutschen und europäischen Regulierungsbehörden in dem Beitrag ihre persönliche Auffassung und nicht die offizielle Auffassung der Behörden vertreten würden:

„In addition to scientists that work within the public sector, the IOBC/WPRS working group includes scientists that work within regulatory agencies, the commercial biotech industry and commercial contract laboratories. Although these organizations have an interest in the final outcome of the working group program, members of the working group participate as individuals, not as representatives of these organizations. (...)“⁸⁹

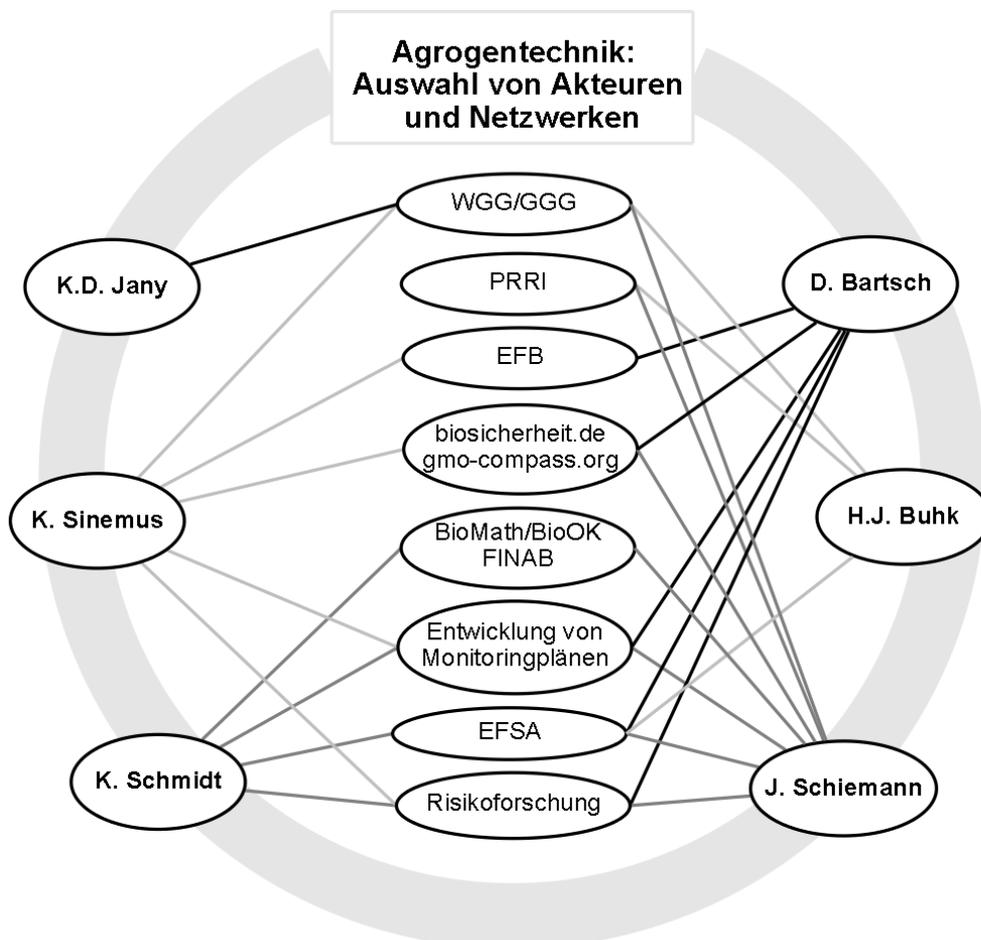
⁸⁷ <http://www.europabio.org/TAG.htm>

⁸⁸ http://www.iobc-wprs.org/wg_sg/18_wg_gmo.html

⁸⁹ Jörg Romeis, Detlef Bartsch, Franz Bigler, Marco P Candolfi, Marco M C Gielkens, Susan E Hartley, Richard L Hellmich, Joseph E Huesing, Paul C Jepson, Raymond Layton, Hector Quemada, Alan Raybould, Robyn I Rose, Joachim Schiemann, Mark K Sears, Anthony M Shelton, Jeremy Sweet, Zigfridas Vaituzis & Jeffrey D Wolt (2008): *Assessment of risk of insect-resistant transgenic crops to nontarget arthropods*. *Nature Biotechnology* 26(2): 203-208. „Neben Wissenschaftler aus dem öffentlichen Sektor, sind auch Wissenschaftler aus Zulassungsbehörden, aus der kommerziellen Biotechindustrie und aus kommerziellen Labors Mitglied in der IOBC/WPRS Arbeitsgruppe. Obwohl diese Organisationen ein Interesse an dem Ergebnis

Wie aber können Vertreter der entscheidenden deutschen und europäischen Zulassungsbehörden für gv-Pflanzen - sozusagen als Privatpersonen - an einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit der Industrie teilnehmen, Richtlinien für die Vereinfachung der Prüfverfahren von gv-Pflanzen vorschlagen, diese dann gemeinsam mit den Industrieexperten publizieren – um hinterher wieder "ganz neutral" als Vertreter der Behörden darüber zu entscheiden, ob diese Vereinfachungen in Richtlinien zur Zulassung und Prüfung von gv-Pflanzen übernommen werden sollen?

Hier werden auf sehr ähnliche Weise wie schon in dem Kapitel zur Entwicklung von „vereinfachten“ Monitoringplänen für gv-Pflanzen ganz gezielt neue Leitlinien an den offiziellen Gremien vorbei verabredet, die anschließend als verbindlicher Maßstab für Behörden und Gesetzgeber zementiert werden sollen. Auf welche Experten sollen sich die EU-Kommission und die nationalen Regierungen bei einer notwendigen Verschärfung der Prüfrichtlinien berufen, wenn ihre eigenen Beamten sich bereits im Vorfeld mit der Industrie auf niedrigere Standards geeinigt haben?



Graphik 4: Akteure und Netzwerke der Agrogenteknik: Eine Auswahl von Akteuren und Schnittstellen im Netz der Agrogenteknik.

des Arbeitsprogramms haben, neben die Mitglieder der Arbeitsgruppe in ihrer persönlichen Kapazität teil, und nicht als Vertreter dieser Organisationen.“ Übersetzung A.L.

5. Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Der Bericht über die Netzwerkstrukturen in der Agro-Gentechnik ergibt ein auch für die AutorInnen überraschend klares Bild: Demnach können die Politiker und die Öffentlichkeit tatsächlich nicht darauf vertrauen, dass ihre Behörden (bzw. deren Experten) einen ausreichend großen Abstand zu den Interessen der Industrie haben. Im Gegenteil finden sich deutliche Hinweise darauf, dass von verschiedenen Akteuren, zum Teil über lange Zeiträume, die notwendige Unabhängigkeit missachtet, ausreichende Transparenz verhindert und die aktive Wahrnehmung von Kontrollaufgaben vernachlässigt wurde.

Während PolitikerInnen in Parlamenten und Regierungen kamen und gingen, herrschte in den Behörden, die für die Überwachung der Agro-Gentechnik zuständig waren und sind, über Jahrzehnte hinweg eine weitgehende personelle Kontinuität. Sogar in den Fällen, in denen Ämter wie das Bundesgesundheitsamt (BGA) und später das Robert-Koch-Institut (RKI) umstrukturiert wurden, blieb diese Kontinuität weitgehend gewahrt. Die so über die Jahre gewachsenen Seilschaften und Netzwerke sind der Politik oft nicht nur einen Schritt voraus, sondern die betreffenden Experten versuchen in einigen Fällen sogar, politische Entscheidungen aktiv zu unterlaufen bzw. vorwegzunehmen. Es entsteht der Eindruck, dass hier eine Art Parallel-Struktur entstanden ist, die der politischen Kontrolle zunehmend zu entgleiten droht. Unter diesen Rahmenbedingungen haben die Akteure an den Behörden über Jahrzehnte hinweg eine Agenda verfolgt, die eher an einer Zusammenarbeit mit der Industrie ausgerichtet zu sein scheint als an deren unabhängiger und kritischer Kontrolle.

Der Politik scheint die Kontrolle ihrer Behörden und Experten zu großen Teilen entglitten zu sein. Längst bestimmen Experten wie Schiemann, Bartsch und Buhk den Kurs. Die Politik ist oft dazu verurteilt, den Ereignissen nur hinterherzulaufen. Wenn sich jetzt die Politik – wie u.a. von Landwirtschaftsminister Horst Seehofer im Zusammenhang einer Veränderung des EU-Zulassungsverfahrens für gv-Pflanzen geäußert – aus der Verantwortung für die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen noch stärker zurückziehen will, überlässt sie Entscheidungen, die für Umwelt und Verbraucher existentiell sind, dem freien Spiel organisierter wirtschaftlicher Interessen.

So wird die Politik zum Opfer ihrer eigenen Fehler: Sie ist umschlungen von einem fast undurchdringbaren Geflecht von Experten, Consulting-Firmen, Spezialagenturen, Arbeitsgruppen, Initiativen und den vielfältigen Aktivitäten ihrer Beamten, die gemeinsam mit der Industrie sowohl die Risikobewertung als auch die Risikokommunikation organisieren und dabei Politik und Öffentlichkeit zu ihrem Spielball machen.

Im Zentrum des Geflechts findet man dabei selten die großen Firmen selbst, sondern eher „Spezialagenturen“ mit exzellenten Kontakten zu Behörden, Politik, Medien und Konzernen. Sie arbeiten als Tarnkappenstrategen der Industrie, finanziert sowohl durch die öffentliche Hand als auch durch die Wirtschaft, sie haben Netzwerke, Seilschaften und Klüngelrunden auf allen relevanten Ebenen organisiert, die Institutionen der EU-Mitgliedsstaaten infiltriert und eine weitgehende Definitionsmacht errungen.

In Zeiten aber, in denen immer weiter umstrittene Produkte auf den Markt drängen und nach dem Willen der Industrie so rasch wie möglich zugelassen werden sollen, wäre die Politik auf einen Apparat angewiesen, der eine neutrale und kritische Prüfung wirkungsvoll und zuverlässig organisiert. Die moderne, wissensbasierte „Risikogesellschaft“ muss in der Lage sein, sich gegen die Übermacht der Wirtschaftslobby und ihrer Experten zur Wehr setzen und gesellschaftliche Interessen wahren zu können, egal ob es sich um Impfstoffe, Arzneimittel, Chemie, Energie oder Gentechnik handelt.

Handlungsempfehlungen für die Politik - Wer ein Drachenei öffnet, sollte wenigstens einen guten Wachhund haben

Die Entflechtung der in dem Bericht beschriebenen Strukturen, die Schaffung von Transparenz, der Erlass von klaren Regeln im Umgang mit der Industrie, die Förderung der kritischen Risikoforschung, die Umsetzung des Prinzips der Vorsorge bei Zulassung und Monitoring muss in den nächsten Jahren zu den zentralen Aufgaben der Politik im Bereich Gentechnik gemacht werden. Um diesen Prozess einzuleiten und erfolgreich umzusetzen, ist eine Reihe von Maßnahmen nötig. Diese könnten beispielsweise umfassen:

1. Schaffung von größerer Transparenz

- vollständige und öffentlich einsehbare Dokumentierung von Kontakten zwischen Industrie und Vertretern von Behörden;
- über die so genannten „Verbändeanhörungen“ bei Regierungen und beim Deutschen Bundestag hinaus müssen auch bei Fach-Arbeitsgruppen der Behörden zur Agro-Gentechnik nicht nur Industrievertreter, sondern auch Vertreter von Umwelt- und Verbraucherorganisationen einbezogen werden;
- Offenlegung der Mitgliedschaften von Behördenvertretern in industrienahen Organisationen wie dem Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik e. v. (WGG) oder Gesprächskreis Grüne Gentechnik (GGG), die sich thematisch mit Agro-Gentechnik befassen;
- Offenlegung von Nebentätigkeiten von Behördenvertretern und finanziellen Zuwendungen an diese aus dem Bereich der Agro-Gentechnikindustrie oder anderer relevanter Organisationen;
- Erstellung von klaren Regeln für Kontakte / Publikationen / Einkünfte / Aktivitäten von Behördenvertretern zur Vermeidung von Interessenskonflikten.

2. Wirksame Kontrolle der Behörden

- Rotation von Experten in Schlüsselpositionen;
- Aufwertung von Ämtern wie dem BfN gegenüber dem BVL bei der Prüfung / Überwachung von Umweltauswirkungen, damit die Ämter sich gegenseitig stärker kontrollieren können;
- Klare Richtlinien für die Behörden und Regierungsstellen, die beispielsweise die Zusammenarbeit mit industrienahen Institutionen (wie Consultingfirmen und Spezialagenturen) bzw. deren staatliche Förderung ausschließen;
- Einsetzung einer unabhängigen Kommission, die mögliche Verflechtungen zwischen Industrie und Behörden untersucht, die Verwendung von Geldern und die Umsetzung von Forschungsprojekten überprüft sowie Vorschläge für weitergehende Maßnahmen zur Wahrung der Unabhängigkeit der Behörden unterbreitet.

3. Förderung der aktiven und unabhängigen Risikoforschung

- Schaffung eines Kompetenzzentrums für aktive und kritische Risikoforschung im Bereich der Agro-Gentechnik;
- Staatliche Ausschreibung von Forschungsprojekten, bei denen Produkte der Agro-Gentechnik aktiv auf Schwachstellen geprüft werden (eine Art Crashtest für gentechnisch veränderte Pflanzen zur Abschätzung ihres Risikopotentials);
- Gesetzliche Verpflichtung für die Industrie, einen Teil ihrer Umsätze in staatliche Fonds abzuführen, um die aktive unabhängige kritische Risikoforschung an ihren Produkten zu finanzieren;

- Aktive Einbeziehung von Experten der Verbraucher- und Umweltverbände bei der Bewertung von Zulassungsanträgen und Überwachungsprogrammen;
- Stärkere Berücksichtigung der Zivilgesellschaft und insbesondere der Verbraucher, bei der Vergabe von Fördermitteln im Bereich der Landwirtschaft.
- Reform der deutschen und europäischen Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen, sowohl im Hinblick auf die beteiligten Experten, als auch im Hinblick auf eine deutliche Anhebung der Standards für Untersuchungen, die an gv-Pflanzen durchgeführt werden.

6. Anhang: Lexikon der in dem Bericht genannten Personen, Behörden, Institutionen sowie weiteren Organisationen und Forschungsprojekte

6.1 Personen

Klaus Ammann

Studium & wissenschaftliche Arbeit: Studium an der Uni Bern (Schweiz). 1972: Dissertation zu Vegetationsgeschichte. 1976; Lektorat Geobotanisches Institut Uni Bern. seit 1996 Direktor des Botanischen Garten, Uni Bern. 2003: Forschungsjahr/Sabatical am Missouri Botanical Garden (USA). 2006: Pensionierung.

aktuelle Position: 2006-08: Gastprofessor an der TU Delft, Ethics and Engineering, bei Piet van der Meer, wo auch das [PRRI](#)-Sekretariat angesiedelt ist.

Mitglied in Kommissionen & Arbeitsgruppen: 1995-2007: Komitee für Biologische Sicherheit, Schweiz. 1998-2004: Vorsitzender des Expertenkomitees Plant Conservation des Europarats; 2002: Vorstandsmitglied Planta Europe. Leiter der Spezialistengruppe für Europäischen Artenschutz des IUCN. Mitglied der Eidgenössischen Fachkommission für die Biologische Sicherheit (EFBS, Schweiz). Mitglied im Schweizer National Fond. Mitglied der Kommission Grüne Gentechnik der Akademien der Wissenschaften.

Teilnahme an Forschungsprojekten: 1999-2004: [AIGM](#). 2004-08: [SIGMEA](#) Gene flow of maize in Europe. 2006-09: [Science4BioReg](#): Ask Force und Koordination der wissenschaftlichen Datenbank. Ask Force-Moderationen für [PRRI](#) und [EFB](#). ABC-Datenbank IFPRI-[PRRI](#) zur Erstellung einer Übersicht von öffentlichen Forschungsaktivitäten weltweit.

Mitglied in/Teilnahme an Lobby-Organisationen: 1998: Mitgründer des [WGG](#).

Mitglied der Geschäftsführung des [EFB](#), Vorsitzender der Sektion Biodiversität und Redakteur der Zeitschrift Environmental Biosafety Research des EFB. Vorstandsmitglied von [PRRI](#), sowie in den Arbeitsgruppen Public Sector Research und Future Issues. Gründer und Mitglied des Publikationsausschuss des [ISBR](#). Mitglied der European Science Foundation (ESF) und Vorstandsmitglied des Projekts Assessment of Genetically Modified Plants (AIGM). Vorstandsmitglied von Gensuisse, einer Lobbyorganisation gegründet durch die pharmazeutische Industrie zur Förderung von gv-Lebensmitteln, mit Vertretern von u.a. Monsanto und Syngenta. Beiratsmitglied von Inter Nutrition, eines Schweizer Verein, gegründet zur Promotion der Gentechnik in dem u.a. folgende Firmen und Verbände Mitglied sind: Föderation der Schweiz, Nahrungsmittel-Industrien (FIAL), Hoffmann-La Roche AG, Monsanto, Nestlé Suisse S.A., Novartis, Novo Nordisk Ferment Ltd. und Unilever-Lipton Sais. 2004-06: Vorstandsmitglied von Africa Harvest, einer von Florence Wambugu gegründeten, US-Lobbyorganisation zur Einführung von GVO in Afrika. Beiratsmitglied des African Technology Development Forum. Experte bei AgBiotech für Risk Assessment and Public Perception of Biotechnology. Betreiber der ehm. Webseite Bio-Scope, finanziert von EuropaBIO. 2004: Mitglied des vorbereitenden Ausschuss der ABIC2004.

2003 war Ammann zu einem Sabatical (Forschungsjahr) am Botanischen Garten Missouri (MBG), USA bei Prof. P. Raven. Der MBG wird durch Monsanto gesponsort und funktioniert seit 1989 als Sammler für Monsantos Bioprospecting-Aktivitäten. 2004 publizierte Ammann einen durch Monsanto finanzierten Bericht „The impact of agricultural biotechnology on biodiversity“, bei dem neben Monsanto-Mitarbeitern auch Detlef Bartsch (RKI, jetzt BVL) als Reviewer explizit angegeben wird.

Nach Angaben von LobbyWatch spielte Ammann zusammen mit C.S. Prakash eine führende Rolle im Verbreiten und Hitieren von Angriffen auf David Quist und Ignacio Chapela wegen ihres wissenschaftlichen Artikels zur gv-Kontamination von Mais in Mexiko.

Unterzeichner von Aufrufen wie Declaration in support of protecting nature with high yielding farming and forestry, Stellungnahme des Internationalen Workshops zur Grünen Gentechnik der Akademienunion (2006), Petition in support of Indian farmers' right to

grow biotech crops and scientific field testing, Joint Statement in Support of Scientific Discourse in Mexican GM Maize Scandal (2002), ABIC2004 Manifesto (2004). 2000 unterschrieb Ammann einen Open Letter to the United Nations Commission on Sustainable Development in dem gegen eine „needless over-regulation“ von GVOs wegen des „very real threat that an over-strict adherence to precautionary regulation could pose to both the environment and the well being of human populations around the world.“

Weiteres/Zitate: „Biotechnology will help to lower the negative impact of agriculture on biodiversity – that’s for sure.“ Stellungnahme auf der Monsanto-Webseite: Conversations about plant biotechnology.⁹⁰

Detlef Bartsch

Studium & wissenschaftliche Arbeit: Studium der Biologie, Uni Göttingen. 1990: Dissertation zum Thema Pflanzenökologie an der Uni Göttingen. 1990-92: Postdoc TU Berlin, Ökosystemforschung und Vegetationskunde bei Prof. Sukopp (ZKBS-Mitglied 1990-2006). 1992-97: Research Fellow [RWTH Aachen](#), 1997-98: Research Fellow UCR, Prof. Ellstrand, Teilnahme an [BMBF-Projekte zur Biologischen Sicherheitsforschung](#).

RWTH Aachen: Bis zu seiner Emeritierung leitete Prof. Ingolf Schuphan den Bereich Biologie - Umweltforschung. Hier führte Bartsch als wissenschaftlicher Mitarbeiter von 1992-2000 Freilandversuch mit gv-Zuckerrüben der Firma KWS durch. Schuphan war Leiter verschiedener [BMBF-Projekte zur Biologischen Sicherheitsforschung](#). Seit 1998 ist Bartsch Privatdozent an der RWTH und blieb dies als er 2003 am RKI angestellt wurde. Mit Wissenschaftlern der RWTH publiziert Bartsch Artikel, die im Zusammenhang mit Risikoforschung und BMBF-Projekten entstanden sind und betreut Doktorarbeiten im Themenbereich Ökologie und Gentechnik. 2007 wurde ihm von der RWTH der Titel Professor verliehen.

aktuelle Position: Seit 2003 arbeitet Bartsch beim RKI unter [Buhk](#) und wechselte 2004 mit ihm zum [BVL](#) infolge von Umstrukturierungen. Bartsch ist Leiter des Referats 404 Koexistenz, GVO-Monitoring sowie Stellvertreter von [Buhk](#) als Leiter der Referatsgruppe Gentechnik. 2006 folgte sein [RWTH](#)-Kollege Gathmann ebenfalls ans BVL.

Mitglied in Kommission & Arbeitsgruppen: 2003-09: Mitglied des [EFSA-GMO-Panel](#); 2006-07 Mitglied der EFSA-Arbeitsgruppen „Guidance for assessments of GMPs non-food/feed“ und „Applications – Environment“. Als Mitglied des GMO-Panels war er bei der EFSA Entwicklung von Monitoringkonzepten. In Deutschland ist er Mitglied der [BBA-Arbeitsgruppe Anbaubegleitendes Monitoring](#), die u.a. Monitoringfragebögen für Landwirte ausgearbeitet hat.

Bartsch ist Gutachter für Studien zur Biologischen Sicherheit, die durch deutsche Ministerien, das US-Landwirtschaftsministerium sowie das Schweizer Nationale Forschungsprogramm 59 finanziert werden.

Teilnahme an Forschungsprojekten: 1992-2000: Freilandversuche mit gv-Zuckerrüben an der [RWTH Aachen](#). 1999-2004: [AIGM](#) - Assessment of the impacts of genetically modified plants. 2001-04: VRTP-IMPACT - Virus-resistant transgenic plants: ecological impact of gene flow. 2004-07: [SIGEMA](#). 2006-09: Mitglied des Projektmanagementkommittees des EU-Projekts [TRANSCONTAINER](#) zur Entwicklung von Terminator-GVOs

Mitglied in / Teilnahme an Lobby-Organisationen: Bartsch ist Mitglied der Lobbyorganisation [EFB](#) und dort möglicherweise seit 2002 im Vorstand der EFB-Sektion Biodiversität unter [Klaus Ammann](#). Er ist Mitglied der [ISBR](#), dessen Präsident [Joachim Schiemann](#) ist. Als Mitglied des [IOBC/WPRS](#) ist er einer der Ko-Autoren der aktuellen Publikation zum Tiered Approach als Grundlage der Risikoabschätzung von Effekten auf Nicht-Zielorganismen (2008).

2000 starteten Bartsch und Schuphan einen Aufruf „Nicht die ökologischen Vorteile der grünen Gentechnik vernachlässigen.“ 2002 trat er im Werbevideo der

⁹⁰ <http://www.monsanto.com/biotech-gmo/asp/experts.asp?id=KlausAmmann>

Gentechnikindustrie „Das streitbare Korn“ auf. Bartsch ist außerdem Mitglied der Gesellschaft für Pflanzenzüchtung, die durch den Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter gefördert wird.

2004 agiert Bartsch (mit Hinweis auf seine Position beim RKI) als Reviewer eines Berichts, den Klaus Ammann mit Finanzierung von Monsanto schreibt.

direkte und indirekte Beteiligung an Genehmigungsverfahren für GVO: In Deutschland ist Bartsch als Vertreter der [BVL](#), der Bundesoberbehörde für die Genehmigung von Freisetzungen von GVO u.a., verantwortlich für die Genehmigung von Monitoringplänen. Auf EU-Ebene ist er als Mitglied der [EFSA](#) ebenfalls verantwortlich für die Beurteilung von GVOs sowie für die Beurteilung von möglichen Einwänden von Mitgliedsstaaten. In Deutschland ist Bartsch außerdem eng verbunden mit Wissenschaftlern der [RWTH Aachen](#), die v.a. durch das BMBF finanzierte [Forschungsprojekte](#) zu Umwelteffekten von GVO durchführen, auf die er sich als BVL-Vertreter wiederum bezieht.

Weiteres/Zitate: Bereits 1995 erklärt Bartsch: „Es geht schon lange nicht mehr darum, ob wir die Gentechnik wollen oder nicht. Es geht vielmehr darum, wie wir sie wollen.“ 2006, in einem Interview mit [biosicherheit.de](#) beschreibt Bartsch MON810 als „sicheres Produkt“: „Die Ergebnisse aus der BMBF-Sicherheitsforschung zu MON810 sind dem BVL bekannt. Nach Auffassung des BVL geben sie keinen Anlass für eine Neubewertung.“

Inge Broer

Studium & wissenschaftliche Arbeit: Biologiestudium an der Uni Bielefeld. 1989: Dissertation. Seit 1993: Aufbau der Arbeitsgruppe Pflanzengenetik und Agrobiotechnologie an der Uni Rostock.

aktuelle Position: Seit 1996 an der [Uni Rostock](#), seit 2001 Professorin für Agrobiotechnologie. Seit 2004 Durchführung von Freilandversuchen im [AgroBioTechnikum](#).

Uni Rostock: 2005-08 erhalten Broer, bzw. die Uni Rostock 1.876.490 Euro (Projekt-) Finanzierung durch das BMBF als Partner des [BioOK Verbund](#).

Neben Broer sind auch weitere Professoren der Uni Rostock als Gesellschafter der Firmen BioMath und BioOK, sowie Durchführung von verschiedenen Projekten mit GVOs beteiligt. Mit Heike Mikschofsky entwickelt eine Mitarbeiterin von Broer gv-Erbesen.

Mitglied in Forschungsprojekten: 1995-98: [Lysozym-Kartoffel](#): Wirkung transgener T4-Lysozym-Kartoffeln auf Knöllchenbakterien. 2001-04: [Methoden der Gen-Übertragung](#): Erzeugung Markergen-freier transgener Pflanzen mit Hilfe eines negativen Selektionsmarkers. 2005-08: Erzeugung Markergen-freier Rapspflanzen durch Nutzung des Cre/lox-Systems als Weiterführung von [Schiemanns](#) Projekt, das durch das BMVEL wegen möglicher Interessenkonflikte gestoppt wurde. 2001-05: [Impfstoffproduktion in transgenen Pflanzen](#). 2005: Erprobungsanbau MON810-Mais. 2005-08: Entwicklung einer in-vitro-Methode zur Simulation von Verdauung und Resorption im Monogastrier, BMBF-finanziert im Rahmen des [BioOK Verbund](#). Freisetzung von gv-Raps und „Cholera-Kartoffeln“ im [AgroBioTechnikum](#).

Mitglied in / Teilnahme an Lobbyorganisationen: 1999: Gründerin und Vorstandsvorsitzende von [FINAB](#) e.V. Gesellschafterin und Mitglied des Scientific Board von [BioOK](#).

Firmengründungen: 2003 gründete der Verein FINAB, dessen Vorsitzende Broer ist, die Firma [biovativ](#) zur Betreuung des [AgroBioTechnikum](#) in Groß Lüsewitz. 2005 gründete Broer mit anderen Gesellschaftern die Firma [BioOK](#), die als Verbund durch das BMBF gefördert wird.

Patente: Broer wird als (Mit-)Erfinderin von neun Patenten auf Gene angeführt, von denen vier durch Bayer Crop Science gehalten werden, drei durch die Hoechst AG, eins durch die Norddeutsche Pflanzenzüchtung, und eins durch die Erfinderin selbst.

Hans-Jörg Buhk

Studium & wissenschaftliche Arbeit: Gärtnerlehre, Gartenbaustudium an der FH Berlin. 1972: Abschluss als Dipl.-Ingenieur. 1972-74: Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Berlin. 1974: Biologie- und Genetikstudium, TU Berlin; Diplomarbeit am MPI für Molekulare Genetik, Berlin-Dahlem. Promotion zur molekularen Genetik bei Bakterien; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPI.

aktuelle Position: 1982: [RKI](#), Abteilung Virologie, um in Verbindung mit dem BMBF-Projekt ZKBS die fachliche Kompetenz zu molekularer Genetik und Sicherheit der Gentechnik aufzubauen. Seit 1983: Arbeiten zur Sicherheit der Gentechnik und wissenschaftliche Begleitung der ZKBS. 1990: Aufbau der Abteilung „Biologische Sicherheit (Gentechnik)“ nach dem Inkrafttreten des Gentechnikgesetzes. 2004: Wechsel zum [BVL](#) nach Umstrukturierung der Zuständigkeiten.

Mitglied in Kommission & Arbeitsgruppen: 1999 & 2000: Mitglied der deutschen Delegation zur Entwicklung des Cartagena-Protokolls. 2003-06: Mitglied des [EFSA-GMO-Panels](#), seit 2006: Mitglied des [EFSA-Expertenarbeitsgruppe „GMO Applications \(Molecular Characterisation\)“](#). Kooperationspartner im Europäischen Netzwerk GVO-Laboratorien.

Mitglied in Forschungsprojekten: 2000-03: [ENTRANSFOOD](#).

Mitglied in Lobby-Organisationen: Mitglied im [WGG](#). Mitglied des [PRRI](#) mit Hinweis auf das BVL.

1996/97: Auftritte und Publikationen zur Unterstützung von Monsantos Einführung von gv-Soja auf den deutschen Markt. 2000: Unterzeichner der Erklärung „Scientist in support of agricultural biotechnology“ des Gentechnik-Lobbyisten C.S. Prakash, in dem u.a. gegen das Vorsorgeprinzip argumentiert wird. 2002: Abmahnung wegen eines öffentlichen Auftritts als Industrievertreter. 2002: Auftritt im Werbevideo „Das streitbare Korn“, in dem Buhk die ökonomischen Vorteile von gv-Mais anpreist. (Nach Angaben von Report Mainz lag eine offizielle Erlaubnis zum Auftritt in diesem Video vor.)

2004: Mitarbeit im Steering Committee von ABIC2004 und Unterzeichner (mit Hinweis auf das BVL) des „ABIC2004 Manifestos“, in dem die Abschaffung „unnötiger Hürden“ für die Zulassung von GVOs gefördert wird, während Buhk als Leiter des Gentechnik-Referats für die Einhaltung genau dieser bestehenden 'Hürden' verantwortlich ist.

direkte und indirekte Beteiligung an Genehmigungsverfahren für GVO: Als Leiter des Referats Gentechnik der [BVL](#) ist Buhk zuständig für die Genehmigung von GVOs in Deutschland, darunter fallen auch so [umstrittene Entscheidungen des BVL](#) wie die Aussetzung der MON810-Genehmigung, bzw. deren Wiederaufhebung, die Produktion von gv-Saatgutkartoffeln als Freilandversuch oder Genehmigungen für Freisetzen in der Nähe der Saatgutbank Gatersleben.

Zitate: „Es liegen keine neuen, wissenschaftlich begründeten Erkenntnisse vor, die es rechtfertigen, unsere bisher zu MON810 geäußerte Maßnahmen gegen das Inverkehrbringen von MON810 zu begründen. (...) In meiner Zuständigkeit als Leiter der Abteilung Gentechnik kann ich die ergangene Weisung zur Einschränkung der Inverkehrbringensgenehmigung zu MON810 aus fachlichen Gründen nicht als richtig erachten.“ aus einer Email vom 26. April 2007, in dem Buhk sich gegen die Weisung des BMELV, die Zulassung von MON810 auszusetzen, wehrt.

Hans Günter Gassen

Studium & wissenschaftliche Arbeit: 1958-64: Chemiestudium, Uni Marburg; 1964-66: Promotion Biochemie; 1967-69: Post-Doc Uni Göttingen, 1972 Habilitation.

aktuelle Position: Seit 1973 Professor für Gehirnforschung Biochemie an TU Darmstadt, emeritiert seit 2004. 1986-89 arbeitete Gassen an der TU Darmstadt mit [Jany](#) zusammen an der Identifizierung von Genen. Gassen betreute u.a. die Dissertationen von Betreuung von [Kristina Sinemus](#) (1995) und Jens Katzek (2000, durchgeführt mit der Firma Planta.) Katzek ist z.Z. Geschäftsführer des Lobbyunternehmens BioMitteldeutschland.

wissenschaftliche Publikationen: Gassen hat nach eigenen Arbeiten ca. 300 Artikel und 10 Sachbücher veröffentlicht. Zu seinen Ko-Autoren zählen u.a. [Sinemus](#) und [Minol \(Genius\)](#).

Mitglied in Kommissionen & Arbeitsgruppen: Redaktionsmitglied des *Biotechnology Journal*

Mitglied in/Teilnahme an Lobbyorganisationen: 1998 war Gassen einer der Mitbegründer des [WGG](#).

Firmengründungen: 1993: B.R.A.I.N. GmbH 1998: [Genius](#) GmbH mit [Sinemus](#) und [Minol](#). 1999: N-Zyme BioTec GmbH. 2000: ESPLORA GmbH.

Patente: Gassen meldete verschiedene Patente an, u.a. für die Firma Merck.

Klaus-Dieter Jany

Studium & wissenschaftliche Arbeit: Biologiestudium. 1972: Promotion zu Genetik von magenlosen Fischen. 1980: Habilitation zur Genetik von Hornissen. 1974-86 v.a. Veröffentlichungen zur Genetik von magenlosen Fischen, Insekten und Bakterien. seit 1982 außerplanmäßiger Professor an der Uni Stuttgart. 1986-89: Zusammenarbeit mit [Gassen](#) an der [TU Darmstadt](#), Institut für Biochemie zur Identifizierung von Genen. Wechselnde Lehraufträge an den Unis Darmstadt und Karlsruhe.

aktuelle Position: Seit 1989 ist Jany an der Bundesforschungsanstalt für Ernährung ([BFE](#)) in Karlsruhe beschäftigt, seit 1992 als Leiter des Molekularbiologischen Zentrums (MBZ). Durch Umstrukturierungen wurde das BFE 2004 in [BfEL](#) umbenannt, seit 2008 ist es Teil des Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel ([MRI](#)). Jany's Aufgabenbereich ist seit 1996 die Bewertung von Lebensmitteln aus gv-Pflanzen und von Enzymen aus GVOs für die Lebensmittelherstellung sowie Entwicklung von Nachweismethoden.

Das MRI ist eine Bundesoberbehörde des BMELV, und durch die Umstrukturierungen liegt die Bewertung von gv-Lebensmitteln nun beim Institut für Mikrobiologie und Biotechnologie in Kiel, unter Leitung von Prof. Knut Heller. Jany wird im Juni 2008 in Rente gehen.⁹¹

wissenschaftliche Publikationen (Auswahl): Jany veröffentlichte zwar wissenschaftliche Artikel zur Genetik von Insekten und anderen Tieren, und in den letzten Jahren auch zahllose eher popular-wissenschaftliche Artikel und Stellungnahmen auf der [WGG](#)-Webseite, aber mit Ausnahme einer Reihe von 3 Artikeln in 2006 gibt es von ihm keine wissenschaftlichen Artikel zu Gentechnik-Themen.

In diesen Artikeln erscheint er als Ko-Autor von mehreren Wissenschaftlern von Monsanto, USA; der Erstautor war Doktorand im MBZ bei Jany: Rübelt MC*, Leimgruber NK*, Lipp M*, Reynolds TL*, Nemeth MA*, Astwood JD*, Engel KH & Jany KD (2006): *Application of two-dimensional gel-electrophoresis to interrogate alternations in the proteome of genetically modified crop*. *Journal of Agricultural and Food Chemistry* 54, 2154-61. *Product Safety Center, Monsanto Company, USA⁹²

Mitglied in Kommissionen & Arbeitsgruppen: Jany ist Mitglied verschiedener nationaler und internationale Organisationen und (Bei)Räte (u.a. OECD, WHO). Er ist Mitautor des Memorandumentwurfs der Akademien der Wissenschaften.

Mitglied in Forschungsprojekten: Gutachter u.a. für die EU, die DFG, das BMBF und das BMWi.

Mitglied in/Teilnahme an Lobby-Organisationen: Seit etwa 1992 veröffentlicht Jany von zahllosen positiven Artikeln über Gentechnik, z.T. als [WGG](#)-Vorsitzendem und/oder mit Hinweis auf das [BfEL](#) ohne dass diese in jährlichen Publikationslisten des BfEL aufgeführt sind. Jany hat an an der Ausstellung Gen-Welten-Ernährung der Nestle-Stiftung Alimentaryum mitgearbeitet, er ist Autor von Broschüren des [BLL.](#), und Stellungnahmen von ihm sind in vielen Zeitungsbeilagen der Gentechnikindustrie und der

⁹¹ pers. Mitteilung. Dr. Rosa, MRI, 15.4.2008.

⁹² <http://pubs.acs.org/cgi-bin/abstract.cgi/jafcau/2006/54/i06/abs/jf0523566.html>

PR-Agentur Shandwick zu finden. 1997 stellte er mit Gabriele Sachse, [BioAlliance](#), den Stand der Forschung anlässlich von Monsantos Import von gv-Soja zusammen.

1998 war Jany einer der Mitbegründer des [Wissenschaftlerkreis Günen Gentechnik \(WGG\)](#), dessen Vorsitzender er seit 2000 ist. Auf der Webseite des WGG publiziert er zahlreiche Papiere und Stellungnahmen. 2003/4 und 2007: initiierte er für den WGG zwei offene Briefe an Bundesregierung und Bundestag zu Änderungen des Gentechnikgesetzes. Die Webseite des WGG wird von derselben Multimedia-Agentur gehostet, die auch die deutschen Monsanto-Webseiten und das Burson-Marsteller-Intranet betreut.

Jany ist Beiratsmitglied von [Innoplanta](#), und tritt bei Innoplanta-Veranstaltungen z.T. als Angestellter des BfEL auf, ohne dass dies in BfEL-Tätigkeitsberichten erwähnt würde. 2006 übernahm er als Leiter des MBZ der BfEL eine Patenschaft für einen MON810-Bauern in der Arbeitsgemeinschaft Innovativer Landwirte im Innoplanta (AGIL).

direkte & indirekte Beteiligung an Genehmigungsverfahren: Jany ist beim MBZ zuständig für die Bewertung von Lebensmitteln und Zusatzstoffen aus GVO, sowie für die Entwicklung von Bewertungskriterien und Nachweismethoden.

Patente: 1989 wird Jany zusammen mit Gassen und anderen als Mit-Erfinder eines Patent auf genmanipulierte Mikroorganismen (EP 388593) angegeben, das 1996 auch erteilt wurde. Patentinhaberin ist die Firma Röhm (Degussa), die mittlerweile zum Konzern evonik gehört.

Joachim Schiemann

Studium & wissenschaftliche Arbeit: 1969-73: Biochemie-Studium an der Uni Halle. 1973-77: Promotion in Biochemie. 1976-91: Wissenschaftler am Institut für Pflanzenbiochemie und am Zentralinstitut für Genetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben.

aktuelle Position: Seit 1991 ist im Institut für Pflanzenvirologie, Mikrobiologie und biologische Sicherheit der Biologischen Bundesanstalt für Land und Forstwirtschaft ([BBA](#), Braunschweig) beschäftigt. Seit 2008 ist das BBA durch Umstrukturierung Teil des Julius Kühn-Institut ([JKI](#)). Schiemann ist Leiter der Abteilung Gentechnik und Biologische Sicherheit, und berät so das BMELV in Fragen der Biologischen Sicherheit von GVO.

Seit 1999 ist er Koordinator der [BBA-Arbeitsgruppe Anbaubegleitendes Monitoring gentechnisch veränderter Pflanzen im Agrarökosystem](#), in der Wissenschaftler, Behördenvertreter und Firmenvertreter u.a. die Fragebögen zum Anbaumonitoring entwickelt haben, die durch den BVL-Bescheid vom April 2007 als unzureichend beurteilt wurden.

Schiemann nimmt mit der BBA als Projektpartner an zahlreichen deutschen und EU-Forschungsprojekten, u.a. auch zur Entwicklung eigener gentechnischer Methoden und Pflanzen teil. Er hat Lehraufträge an der TU Braunschweig und der Uni Lüneburg.

wissenschaftliche Publikationen (Auswahl): Schiemann J,¹ Wilhelm R,¹ Beißner L,¹ Schmidtke J² & Schmidt K² (2006): Data acquisition by farm questionnaires and linkage to other sources of data. Journal für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit 1(1), 26-29. ¹ [BBA](#), ² [BioMath](#).

Mitglied in Kommission & Arbeitsgruppe: 1996-99: OECD-Expertengruppe zur Harmonisation of Regulatory Oversight in Biotechnology. 2000-03: Mitglied des Scientific Committee on Plants (SCP) und seit 2003 Mitglied des [EFSA-GMO-Panel](#); z.Z. Mitglied der EFSA-Arbeitsgruppen GMO-Applications-Environment, GMO-Guidance for the assessment of genetically modified plants used as a production platform for non-food products. 2004-06 war er Mitglied der [EFSA-Arbeitsgruppe zum Post-market Environmental Monitoring \(PMEM\)](#), die sich u.a. mit der Entwicklung von Fragebögen zum Monitoring beschäftigte.

2000-04 war Schiemann im Wissenschaftlichen Beirat Biosicherheitsforschung und Monitoring des BMBFs. Z.Z. ist er Treuhänder des Fraunhofer-Institut für Molekularbiologie und Angewandte Ökologie (IME), das sich u.a. mit der Entwicklung von Pharma-gv-Pflanzen beschäftigt.

Mitglied in Forschungsprojekten: 1999-2002: Koordinator [Auskreuzung aus transgenem Mais und Quantifizierung der Auskreuzung](#) (BMBF). 2001-04: Koordinator: [Methodenentwicklung für das anbaubegleitende Monitoring](#) (BMBF). Seit 2003 aktiv in European Technology Platform [Plants for the Future](#) als Mitglied des Steering Committee, Co-Autor des Visionspapier und 2004: Co-Vorsitzender der Arbeitsgruppe *Horizontal Issues*. 2004-2007: Mitglied des Project Executive Committee des EU-Projekt [SIGMEA](#). Seit 2005: Beiratsmitglied von [GMO-Compass](#). 2005-09: Mitglied des Management Boards und Executive Committee des EU-Projekt [CO-EXTRA](#). 2006-09: Koordinator von [BIOSAFENET](#) in Zusammenarbeit mit ISBR. 2006-09 Partner und Arbeitspaketleiter im EU-PRRI-Projekt [Science4BioReg](#). Einer von vier 'Informationsknoten' des Projektes [GMORESCOM](#).

Die Finanzierung eines Projektes von Schiemann, bei dem markerfreie gv-Pflanzen entwickelt wurden, wurde 2004 durch das BMVEL gestoppt, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Die Forschung wurde anschließend durch [Inge Broer \(Uni Rostock\)](#) weitergeführt (Projektverbund [Methoden der Gen-Übertragung](#)).

Mitglied in / Teilnahme an Lobby-Organisationen: Seit 2004 ist Schiemann Präsident der International Society for Biosafety ([ISBR](#)) und Redaktionsmitglied von deren Zeitschrift *Environmental Biosafety Research* (EBR). Er ist Mitglied des [IOBC/WPRS](#) und Ko-Autor von dessen Publikation zum Tiered Approach (2008).

1999 war Schiemann Gründungsmitglied von „[FINAB](#) - Verein zur Förderung innovativer und nachhaltiger Agrobiotechnologie in Mecklenburg-Vorpommern“. Nachdem seine Mitgliedschaft 2005 öffentlich wurde und für politische Diskussionen sorgte, ist er inzwischen auf der Webseite des Vereins nicht mehr als Mitglied angegeben.

Schiemann ist Mitglied im [WGG](#). 2004 trat er als Redner auf der ABIC2004 auf.

direkte & indirekte Beteiligung an Genehmigungsverfahren: Die BBA (bzw. [JKI](#)) ist stellungnehmende Behörde bei der Zulassung von GVOs und sie berät das BMELV in Fragen der Biologischen Sicherheit von GVO. Als Leiter der [BBA-Arbeitsgruppe Anbaubegleitendes Monitoring](#) wirkt Schiemann maßgeblich an der Ausgestaltung von Kriterien für Monitoringpläne mit, bzw. hat mit Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe (v.a. mit [Kerstin Schmidt, BioMath](#)) an dem Entwurf eines Fragebogens zum Monitoring gearbeitet. Als Mitglied des [EFSA-GMO-Panels](#), beurteilt er auf EU-Ebene gv-Pflanzen, sowie die Einwände von Mitgliedstaaten. Schiemann ist aber auch als Entwickler von gv-Pflanzen, bzw. war als Mitglied des Vereins [FINAB](#) (der GVOs freisetzt und ein S1-Labor betreibt) selbst ein möglicher Antragsteller für Freisetzungsgenehmigungen.

Weiteres & Zitate: „Nach bisher vorliegenden Daten gingen von den transgenen Pflanzen, die in den letzten fünfzehn Jahren in zehntausenden Freilandversuchen getestet und in den letzten Jahren auf 175 Mio ha kommerziell angebaut wurden, keine Gefahren für die Umwelt oder die Gesundheit des Menschen aus.“ (Akademie-Journal 1/2002). „Die Ausbreitung eines Transgens per se ist kein negativer Effekt. Die Sicherheit der eingeführten Gene wurde doch im Zulassungsverfahren sehr intensiv geprüft.“ (FAZ 30.4.06) „Koexistenz von GVO-, konventionellem und Ökoanbau sowie -vermarktung ist möglich und notwendig“ (Vortrag 2002)

Patente: 1996 meldete Schiemann als Erfinder und Eigentümer das Patent WO 98016824 auf genmanipulierte Pflanzen mit fluoreszierenden Proteinen an. Ziel dieser gentechnischen Veränderung ist eine leichtere Identifizierung von gv-Pflanzen im Freiland. Das Patent wurde angemeldet nachdem Schiemann bereits 5 Jahre lang (seit 1991) am der BBA beschäftigt war. Seit dem Jahr 2000 gilt der Patentantrag als zurückgezogen.

Kerstin Schmidt

Studium & wissenschaftliche Arbeit: Diplom-Mathematikerin.

aktuelle Position: Schmidt ist gleichzeitig Geschäftsführerin von drei Firmen ([BioMath](#), [bioaktiv](#), [BioOK](#)), die unter derselben Adresse Servicedienstleistungen für Universitäten und Gentechnikfirmen rund um die Entwicklung, Freisetzung und Zulassung von GVOs anbieten, und mit Zulassungsbehörden zusammenarbeiten.

Schmidt ist außerdem im Vorstand des Vereins [FINAB](#), der seinen Sitz ebenfalls unter der gleichen Adresse hat, der der 100% Gesellschafter einer dieser Firmen ist, und der selber aktiv an der Freilassung von GVOs beteiligt ist. 2007 arbeitet sie für BioMath an der Erweiterung des Monitoringplans für MON810 für Monsanto durch Einbeziehungen einiger, durch das [BVL](#) vorgeschlagener, Umweltbeobachtungssysteme.

wissenschaftliche Publikationen (Auswahl): Schmidt ([BioMath](#)) mit [Schiemann](#) verschiedenen Artikeln zu Fragebögen als Grundlage des anbaubegleitenden Monitorings publiziert, u.a.: [Schiemann et al. \(2006\): Data acquisition by farm questionnaires and linkage to other sources of data.](#) Journal für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit 1(1): 26-29.

Das Konzept von BioOK wird vorgestellt in: Mikschofsky, [Broer & Schmidt \(2007\): BioOK: One-stop agency for the risk assessment of genetically modified plants and derived food and feed.](#) Journal of Biotechnology 131: 36-37.

Mitglied in Kommissionen & Arbeitsgruppen: Schmidt ist Mitglied in [BBA-Arbeitsgruppe Anbaubegleitendes Monitoring](#) und war als ad hoc-Expertin für die [EFSA PMEM-Workinggroup](#), in der ebenfalls an Fragebögen zum Monitoring gearbeitet wurden eingeladen.

Mitglied in Forschungsprojekten: 2002: Projektpartner im [Impfmöhre](#)-Projekt. 2005-08: Projektpartner und Kontaktperson für BMBF-Projekt [Anbaubegleitendes Monitoring](#) Teilprojekt 3. 2007/08: Entwicklung von gv-Kartoffeln ([bioaktiv](#)).

Mitglied in / Teilnahme an Lobbyorganisationen: Schatzmeisterin von [FINAB](#) e.V.

direkte & indirekte Beteiligung an Genehmigungsverfahren: Entwicklung von Monitoringverfahren zusammen mit Zulassungsbehörden ([BBA-Arbeitsgruppe Anbaubegleitendes Monitoring](#), [EFSA-ad-hoc-Expertin](#)); Entwicklung von spezifischen Monitoringplänen für Gentechnikfirmen (Monsanto) auf Basis von Unterlagen, die durch das [BVL](#) bereitgestellt wurden; Dienstleister für die Prüfung und Zulassung von gv-Pflanzen; Entwicklung von gv-Pflanzen, Antragstellerin für Freisetzungsversuche, bzw. angegeben als Dritte, die für die [Broer/Uni Rostock](#) Freisetzungen durchführen sollen; Betreiberin eines S1-Labor und eines Zentrum, in dem Freisetzungen für Dritte stattfinden sollen.

Kristina Sinemus

Studium & wissenschaftliche Arbeit: Studium der Biologie, Germanistik und Pädagogik an den Unis Münster und Kassel. 1991-95: Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Interdisziplinäre Technikforschung (ZIT). 1995: Promotion zur Biologischen Risikoanalyse gentechnisch hergestellter herbizidresistenter Nutzpflanzen an der TH Darmstadt bei Prof. [Gassen](#). 1995-98: Leitung der PR-Arbeitsgruppe des Instituts für Biochemie der TU Darmstadt.

Aktuelle Position: 1998 Gründung der Beratungsfirma [Genius](#) und Tätigkeit als Geschäftsführerin. Konzeption und Gestaltung von Publikationen für Kunden aus Behörden und aus Gentechnikfirmen. Organisation und inhaltliche Gestaltung der Webseiten [biosicherheit.de](#) und [gmo-compass.org](#).

Mitglied in Kommissionen & Arbeitsgruppen: Mitglied der [BBA-Arbeitsgruppe Anbaubegleitendes Monitoring](#)

Teilnahme an Forschungsprojekten: Projektträgerin des BMBF-Projekts Kommunikationsmanagement in der Biologischen Sicherheitsforschung, das für das BMBF die Forschungsergebnisse von BMBF-Projekten darstellt, und des vormaligen EU-Projekts [GMO Compass](#), das u.a. Ergebnisse des EU-Projekts [BIOSAFENET](#) darstellt. Mitglied der deutschen Mirrorgruppe der Technology Platform [Plants for the Future](#).

Mitglied in / Teilnahme an Lobbyorganisationen: Seit 1997 organisiert Sinemus den Gesprächskreis Grüne Gentechnik ([GGG](#)). Sie ist Mitglied im Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik ([WGG](#)). Auf internationaler Ebene ist Sinemus Mitglied des Website-Komitees des ISBR. Über Genius ist sie Mitglied des [EFB](#) und von BIO Deutschland, sowie Mitglied

in [Innoplanta](#), an dessen PR-Arbeit und dem jährlichen stattfindenden [Innoplanta](#)-Foren Genius mitarbeitet.

direkte und indirekte Beteiligung an Genehmigungsverfahren für GVO: Darstellung von BMBF-Forschungsergebnissen zur Risikoforschung von GVO; Teilnahme in der [BBA-Arbeitsgruppe Anbaubegleitendes Monitoring](#), die Kriterien für Monitoringpläne entwickelt; zahlreiche Kunden, die selber GVOs entwickeln und Zulassungen anfragen; Mitglied im [Innoplanta](#) e.V., der den ersten Versuchsanbau von MON810 durchführte und Mitglieder in der Entwicklung und dem Anbau von GVO unterstützt.

6.2 Behörden

BBA, JKI

BBA – Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft: Bundesbehörde und Bundesforschungsanstalt des BMELV mit Sitz in Braunschweig und Berlin. Mitarbeiter u.a. Schiemann, Leiter des *Institut für Pflanzenvirologie, Mikrobiologie und biologische Sicherheit*, Mitarbeiter u.a. Kornelia Smalla. Die BBA ist Einvernehmensbehörde bei der Zulassung von GVO. Hauptaufgabe sind die Bewertung und Zulassung von Pestiziden und der Pflanzenschutz. Seit 1999: Federführende Organisation der [BBA-Arbeitsgruppe Anbaubegleitendes Monitoring](#).

JKI – Julius Kühn Insitut, Bundesforschungsanstalt für Kulturpflanzen: Seit 1.1.2008 ist die BBA Teil des [JKI](#), zusammen u.a. mit dem *Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen* (BAZ) in Quedlinburg. Die BAZ setzte u.a. 2003-06 in Groß-Lüsewitz gv-Raps frei.

Finanzierung (u.a.): 2005-08: Finanzierung des BAZ Quedlinburg durch das BMBF als einer der Partner des [BioOK Verbund](#): 238.058 Euro.

BVL, RKI

Robert-Koch-Institut (RKI): Das RKI ging 1994 als eigenständiges Institut aus der Auflösung des Bundesgesundheitsamt (BGA) hervor. Bereits innerhalb des BGA, war das RKI seit den 80er Jahren zuständig für Fragen der Gentechnik. 1982 wechselte [Buhk](#) vom MPI zum RKI, wo er die Abteilung „Biologische Sicherheit“ aufbaute. Mit Verabschiedung des Gentechnikgesetz 1990 war das RKI Sitz der Zentralen Kommission für Biologische Sicherheit (ZKBS). 2003 wechselte [Bartsch](#) von der [RWTH Aachen](#) zum RKI. Zum 1.1.2004 wurde die Zuständigkeit für Gentechnik vom Bundesministerium für Gesundheit zum BMVEL übertragen. Aufgaben und Personen des RKI wechselten dabei zum BVL.

Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL): Behörde des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) mit Hauptsitz in Braunschweig; gegründet 2004 als Folge der Umstrukturierung der ministeriellen Zuständigkeiten für Gentechnik. [Buhk](#) und [Bartsch](#) sowie die ZKBS zum BVL. [Hans-JörgBuhk](#) ist Leiter der Abteilung Gentechnik, [Detlef Bartsch](#) ist Leiter des Referats 404: Koexistenz, GVO-Monitoring und Stellvertreter von Buhk. 2006 kam mit Achim Gathmann ein weiterer Wissenschaftler der [RWTH Aachen](#) zum BVL.

Entscheidungen des BVL: MON810-Mais: Der Stopp der Verkaufsgenehmigung von MON810 wird im April 2007 vom BMELV gegen Buhks Willen durchgesetzt, dokumentiert durch ein internes Email von [Buhk](#) an seinen Vorgesetzten, in dem er diese Entscheidung kritisiert. Im Dezember 2007 wird MON810 wieder zugelassen, ohne dass der erweiterte Monitoringplan, die im April gestellten Kriterien erfüllt.

Amflora-Kartoffel: Im Mai 2007 genehmigt das BVL den Anbau von 155 ha gv-Kartoffeln zur Saatgutproduktion als „Freilandversuch“. Außerdem genehmigte das BVL unter Buhk so umstrittene Freilandversuche wie gv-Weizen und gv-Pharma-Erbesen in Gatersleben, sowie die sog. „Cholera-Kartoffeln“ von [Broer](#) ([Uni Rostock](#), [biovativ](#)).

BfEL, MRI

BfEL - Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel: 2004 hervorgegangen aus der Zusammenlegung mehrerer Bundesforschungsanstalten,

darunter auch die Bundesforschungsanstalt für Ernährung (BFE), Karlsruhe. Mitarbeiter ist u.a. [Jany](#), Leiter des Molekularbiologischen Zentrums (MBZ). Aufgabe des MBZ ist es, neuartige Lebensmittel und Lebensmittelzutaten und damit auch gv-Lebensmittel und -zutaten zu bewerten.

MRI - Max Rubner-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ernährung und Lebensmittel: Seit 2008 ist das BfEL Teil des MRI, einer Bundesoberbehörde des BMELV.

EFSA – European Food Safety Authority

EFSA-GMO Panel 2006-09: Mitglieder: HA. Kuiper (Vorsitzender), J. Sweet und S. Kärenlampi (Vice-Vorsitzende), HC. Andersson, S. Arpaia, D. [Bartsch](#), NB. Hendriksen, J. Casacuberta, H. Davies, M. De Loose, L. Herman, J.I. Kryspin-Sørensen, I. Nes, N. Panopoulos, J. Perry, A. Pötting, J. [Schiemann](#), W. Seinen, JM. Wal

Vormalige Mitglieder: [Buhk](#): GMO-Panel 2003-06,

Arbeitsgruppe Post-market Environmental Monitoring (2004-06): Leiter: [Bartsch](#); Mitglieder u.a. [Schiemann](#); AdHoc-Experten u.a. [Schmidt](#), Gathmann.

6.3 Firmen

AgroBioTechnikum

Geschichte: Bau 2003-05. Nutzung seit 2005. Initiiert durch [FINAB](#) e.V. Wissenschaftliche Betreuung durch [biovativ](#) GmbH. Besitzerin: Gemeinde Sanitz. Betreiberin: BioConValley. Beirat: Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerien Meck.-Vorpommern, Gemeinde Sanitz, BioConValley und [FINAB](#).

Aktivitäten/Teilnahme an Forschungsprojekten: 260 ha landwirtschaftliche Nutzfläche für Freilandversuche, 1000m² Gewächshausfläche und Lagerhalle für Saat- und Erntegut; 14 Mitarbeiter. Betreuung von Freilandversuchen mit zusätzlichen Serviceleistungen.

Sitz von verschiedenen Laboren und Betrieben. u.a. Labore von [biovativ](#) und [FINAB](#), Firmensitz von BioConValley. 2006: Freisetzung zum Studium von [Auskreuzungsraten von gv-Raps](#).

Teilnahme an Lobbyorganisationen: Initiierung durch [FINAB](#). Firmensitz von BioConValley.

Finanzierung: durch das Land Meck.-Vorpommern (Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerien: 5,43 Mio. Euro), EU und BMBF. Gesamtkosten vermutlich 10 Mio. Euro.

BioMath

Geschichte: Gründung 1990. 2005: Mitbegründer der [BioOK](#) GmbH. Geschäftsführerin seit 1993: [Schmidt](#). Mitarbeiter: 6, Jahresumsatz: 200.000 Euro. Gleiche Büroadresse in Rostock wie [biovativ](#), [BioOK](#) und [FINAB](#).

Aktivitäten/Teilnahme an Forschungsprojekten: 2001-05: [Schmidt](#) führt Interviews zum Gebrauch von Fragebögen zum Anbaumonitoring durch. Teilnahme an der [BBA-Arbeitsgruppe Anbaubegleitendes Monitoring](#). 2005-08: Durchführung eines Teilprojekts im BMBF-Projekt [Anbaubegleitendes Monitoring](#). 2007: Entwicklung von erweitertem Monitoringplan für MON810 für Monsanto.

2002: [Impfmöhre](#). Projekt zur Etablierung eines Standorts für gv-Pharmapflanzen. mit [Uni Rostock](#). 2003: OpiNet – Software zur optimalen Versuchsplanung für das gv-Monitoring. Durchführung von Freisetzungsversuche für [Broer/Uni Rostock](#).

Teilnahme an Lobbyorganisationen: Personelle und geteilte Büroadresse mit [FINAB](#).

Finanzierung/Kunden (Auswahl): Monsanto Agrar, Aventis CropScience, Pioneer Hi-Bred, Syngenta Seeds, KWS; BBA (jetzt JKI); Bundesanstalt für Züchtungsforschung Quedlinburg (seit 2008 zusammen mit der BBA Teil des [JKI](#)). Uni Oldenburg, [Uni Rostock](#).

2005-08: Finanzierung durch das BMBF als einer der Partner des [BioOK Verbund](#): 308.856 Euro.

biovativ GmbH

Geschichte: Gründung 2003 als 100%ige Tochter von [FINAB](#) e.V. Geschäftsführerin: [Schmidt](#). Gleiche Büroadresse Rostock wie [BioMath](#), [BioOK](#) und [FINAB](#). Labor im [AgroBioTechnikum](#) wie auch [FINAB](#). Umsatz 250.000 Euro. Seit 2005: Nutzung des AgroBioTechnikum Gross Lüsewitz. März 2005: Mitbegründung der [BioOK GmbH](#). Mitarbeiterzahl (Stand 2007): 1.

Aktivitäten/Teilnahme an Forschungsprojekten: seit 11/2003: Betreuung des Gewächshaus und des Freilands in dem von [FINAB](#) initiierten [AgroBioTechnikum](#). 2004-06: Projektpartner [Auskreuzungsraten von gv-Mais](#). 2005/06: Durchführung von drei verschiedenen Freisetzungsversuchen mit gv-Kartoffeln für [Uni Rostock](#). Cholera-Kartoffeln.

2006: Freisetzung von gv-Raps in Gross Lüsewitz. 2007/08: Entwicklung von [gv-Kartoffeln](#).

Teilnahme an Lobbyorganisationen: 100%ige Tochter von [FINAB](#).

Finanzierung/Kunden (Auswahl): 2005-08: Finanzierung durch das BMBF als einer der Partner des [BioOK Verbund](#): 337.356 Euro

BioOK GmbH

Geschichte: Gründung der BioOK GmbH März 2005 durch [BioMath](#), [biovativ](#), [Broer](#) und sechs weitere Gesellschafter, z.T. ebenfalls von der [Uni Rostock](#). Geschäftsführerin: [Schmidt](#).

Finanzierung/Kunden (Auswahl): 2005-08: Finanzierung durch das BMBF als einer der Partner des [BioOK Verbund](#).

BioOK Verbund

Geschichte: Seit 2005 Zusammenschluss von [BioOK](#), [BioMath](#), [biovativ](#), BTL Bio-Test Labor GmbH Sagerheide, BIOSERV Analytik und Medizinprodukte GmbH, Primacyt Cell Culture Technology, dem Steinbeis-Transferzentrum Soil Biotechnology, der Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen (BAZ, jetzt Teil des [JKI](#)), und dem Institut für Chemie und der Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät der [Uni Rostock](#).

Finanzierung: August 2005-2008: Förderung als BioOK Forschungsverbund durch das BMBF mit 4,39 Mio Euro um „neue, effektivere und kostengünstigere Analyse- und Bewertungsverfahren zu entwickeln und über die [BioOK GmbH](#) in einer One-Stop-Agency zu vermarkten: „Entwicklung von Zulassungs- und Überwachungsverfahren für gv-Nutzpflanzen“:

- Entwicklung von standardisierten Analyseschemata und Zulassungsdossiers für gentechnisch veränderte Pflanzen: [biovativ GmbH](#), 130.152 Euro.
- Pflanzenspezifische Analyseschemata und Zulassungsdossiers: [BioMath GmbH](#), 158.619 Euro.
- Optimierung von Anbauverfahren für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen - zur Produktion von Pflanzenmaterial mit einheitlichen Inhaltsstoffen - unter Vermeidung von messbarem Pollenflug: [biovativ GmbH](#), 207.204 Euro.
- Analytischer Nachweis von Summenparametern und Einzelkomponenten, Teilprojekt 1: [Uni Rostock](#), 677.765 Euro.
- Analytischer Nachweis von Summenparametern und Einzelkomponenten, Teilprojekt 2: [BIOSERV GmbH](#), 261.347 Euro.
- Entwicklung eines schnellen in vivo Verfahrens zur Detektion geringer Einflüsse transgenkodierter Proteine auf Mikroorganismen und Stoffflüsse im Boden, Teilprojekt 1: [Uni Rostock](#), 270.838 Euro

- Entwicklung eines schnellen in vivo Verfahrens zur Detektion geringer Einflüsse transgenkodierter Proteine auf Mikroorganismen und Stoffflüsse im Boden, Teilprojekt 2: Steinbeis Transferzentrum, 245.461 Euro.
- Entwicklung eines standardisierten Labortests für Dungkäfer zur Prüfung der Umweltverträglichkeit von verfütterten transgenen Pflanzen, BTL GmbH, 155.099 Euro.
- Entwicklung einer Methode zur Detektion des Einflusses transgener Pflanzen auf Ökosysteme auf der Basis von Veränderungen des Genoms responsiver Viren sowohl in Pflanzenmaterial als auch ihren Vektoren. Teilprojekt 1: BTL GmbH, 247.102 Euro.
- Entwicklung einer Methode zur Detektion des Einflusses transgener Pflanzen auf Ökosysteme auf der Basis von Veränderungen des Genoms responsiver Viren sowohl in Pflanzenmaterial als auch ihren Vektoren. Teilprojekt 2: BAZ Quedlingurg (jetzt JKI).
- Entwicklung einer in-vitro-Methode zur Simulation von Verdauung und Resorption im Monogastrier: [Broer/Uni Rostock](#), 927.887 Euro.
- Entwicklung von Anreicherungsverfahren und Testsystemen zum quantitativen Nachweis von Substanzen in transgenen Pflanzen: BIOSERV GmbH, 224.600 Euro.
- Entwicklung von Analyseverfahren zur Toxizitätsanalyse gv-Pflanzen: Primacyt GmbH, 77.110 Euro.
- Entwicklung von Analyse- und Bewertungssystemen zur Ermittlung einer potentiellen Allergenität von gv-Pflanzen: BIOSERV GmbH, 414,218 Euro.
- Entwicklung und Umsetzung von Modellen zur Unterstützung bei der Erstellung von Freisetzungsanträgen und Überwachungsplänen für ein anbaubegleitendes Monitoring von gv-Pflanzen: [BioMath](#) GmbH, 150.237 Euro.

Genius GmbH

Geschichte: Gründung 1998 als Ausgliederung aus der TU Darmstadt. Gesellschafter sind Mogg, [Gassen](#), [Sinemus](#) und Minol. Genius hatte 2006 19 Angestellte und einen Umsatz von 2 Mio. Euro. Im Januar 2008 eröffnete Genius zwei weiteren Büros in Berlin und Brüssel. Geschäftsführerin ist Kristina [Sinemus](#), die Wissenschaftliche Leitung liegt bei Klaus Minol.

Aktivitäten/Teilnahme an Forschungsprojekten: Genius konzipiert und gestaltet nicht nur Print- und Online-Publikationen, sondern stellt auch selber Inhalte bereit, bzw. entwickelt diese selbst durch die aktive Teilnahme an nationalen und EU-Projekten. Auch wenn sich Genius z.T. lediglich als Vermittler von Transparenz und Kommunikation darstellt, so hat die PR- und Beratungsfirma doch eine klare Position für die Gentechnik.

Die Webseite [biosicherheit.de](#) wird durch einen Projektverbund von Genius, [TransGen](#) und TÜV Nord organisiert. Es wird durch das BMBF im Rahmen des Projekts Kommunikationsmanagement in der Biologischen Sicherheitsforschung gefördert und stellt die Ergebnisse von BMBF-Projekten sowie darüber hinausgehende Inhalte dar. [biosicherheit.de](#) wird durch das EU-Projekt [BIOSAFENET](#) und die ISBR unterstützt. Minol ist die Kontaktperson für [BIOSAFENET](#) und die Projektergebnisse werden auf [biosicherheit.de](#) dargestellt. Die Webseite [gmo-ompass.org](#) wird ebenfalls durch Genius und [TransGen](#) betreut.

[Sinemus](#) und Minol vertreten Genius im EU-Projekt [CO-EXTRA](#) als Mitglied des Management Board, Executive Committee, Arbeitsgruppenleitung und Editorial Office.

[Sinemus](#) vertritt Genius in der EU Technologie-Plattform [Plants for the Future](#). Ein Angestellter von Genius ist Mitglied in der [BBA-Arbeitsgruppe Anbaubegleitendes Monitoring](#).

Teilnahme an Lobbyorganisationen: [Sinemus](#) ist im Webseiten-Komitee des [ISBR](#). Genius ist Mitglied von BIO Deutschland und vom [EFB](#).

Finanzierung/Kunden (Auswahl): BMBF, BMELV, Nationalrat, UBA, EU Kommission DG Gesundheit und Verbraucherschutz, TAB, [BIOSAFENET](#), [CO-EXTRA](#), [GMO Compass](#), TP [Plants for the Future](#), TU Darmstadt, Land Hessen, Sanofi Aventis, Aventis CropScience, DECHEMA, GBM, CMA, Bayer AG, American Soybean Association, United Soybeanboard,

Monsanto, Syngenta, BASF, BLL, EUFIC, BIO Deutschland, EuropaBIO, Innoplanta, EFB und EFSA.

Genius erstellt auch Publikationen für die EFSA, u.a. den Jahresbericht 2006.

TransGen Wissenschaftskommunikation

Beschreibung: TransGen wurde 1997 durch die Verbraucher Initiative gegründet. Verantwortlicher Redakteur und Projektleiter ist Gerd Spelsberg. Z.Z. tritt TransGen als Redakteur der Webseiten/Projekte biosicherheit.de und GMO-Compass auf.

Finanzierung: Trotz scheinbarer Nähe zu Verbraucherorganisationen wird TransGen wechselnd durch eine Vielzahl von Quellen finanziert: Umwelt- und Verbraucherministerium NRW (1997), Fernuni Hagen (1997/98), Gewerkschaft NGG (1998/99), BLL (1998-2000, 2002/03, 2007), BMVEL (1999/200, 2002), UBA (2000, 2002), Industrie (Bayer CropScience, BASF, Dow Agro Sciences, Monsanto Agrar, Du Pont/Pioneer Hi-Bred, Syngenta Agro; seit 2001), FibL (2004), DIALOGIK (2004), Innoplanta (Portal Erprobungsanbau, 2004/05), EU (GMO Compass, 2005/06), EuropaBio (GMO Compass, 2007), BMELV (GMO Compass, 2007/08).

Webseiten: www.transgen.de, www.gmo-compass.org, www.biosicherheit.de

6.4 Organisationen

Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL)

Mitglieder: rund 90 Verbände, ca. 300 Unternehmen und ca. 100 Einzelmitglieder. Sie kommen aus den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittelhandwerk, Lebensmittelindustrie, Lebensmittelhandel, Zulieferbereiche, Verpackungsindustrie, Chemische Industrie, private Untersuchungslaboratorien, Anwaltskanzleien und Verlage. Die Mitgliederliste ist nur in Auszügen öffentlich, enthält aber u.a. Monsanto, Gene-Scan GmbH und TÜV Nord (eine der Organisationen, die die Webseite biosicherheit.de betreuen). Die Mitglieder der Verbände eingerechnet, vertritt der BLL rund 500.000 Unternehmen mit etwa 330 Milliarden Euro Jahresumsatz.

Finanzierung: durch die Mitglieder aus der Lebensmittelindustrie, es werden jedoch keine Zahlen bekanntgegeben.

European Federation Biotechnology (EFB)

Geschichte: Gründung 1978. Präsident: Marc van Montagu (Gründer der Firma Plant Genetic Systems). **Ammann:** Vorsitzender der Sektion Biodiversität.

Mitglieder: Öffentliche und private Firmen, Akademische Gesellschaften, Universitäten sowie nationale und internationale Biotechnologie-Verbände; u.a. BIO, VBU, Monsanto, BioAlliance AG, Genius. Weitere Mitglieder: Bartsch

Aktivitäten: 2007 verurteilte die EFB, die Entscheidung von EU-Umweltkommissar Dimas, zwei Bt-Mais-Events nicht zuzulassen als unwissenschaftlich.

FINAB – Verein zur Förderung innovativer und nachhaltiger Agrobiotechnologie M-V

Geschichte: Gründung 1999. Vorstandsvorsitzende: Broer, Vorstandsmitglied u.a. der Bürgermeister der Gemeinde Sanitz (Gross Lüsewitz), Schatzmeisterin: Schmidt. 2001: Einrichtung eines S1-Labor im AgroBioTechnikum. 2003: Gründung der biovativ GmbH als 100%ige FINAB-Tochter. 2005: Beginn der Nutzung des AgroBioTechnikum.

Mitglieder: Gründungsmitglied ist u.a. Schiemann. Mitglieder (Stand 2007): Wissenschaftler (v.a. der Uni Rostock), Firmen aus der Region Rostock und Vertreter der Landesregierung Meck.-Vorpommern und andere Behörden.

Finanzierung: u.a. durch das Land Meck.-Vorpommern, BMBF und EU für die Durchführung von Projekten und den Bau des AgroBioTechnikum.

Aktivitäten: 2000: Machbarkeitsstudie zum AgroBioTechnikum. 2001-04: Forschungsprojekt Gezielte Übertragung minimierter Transgensequenzen mit optimierter

Funktion. 2001: Projekt Entwicklung von Verfahren und Begleitforschung an Nutzpflanzen zur Sicherung und Verbesserung der Produkt und Prozessqualität – Einrichtung eines S1-Labor-Technikums in Vorberietung des AgroBioTechnikums in Gross Lüsewitz. 2002: „Impfmöhre“-Projekt. 2004-06: Forschungsprojekt [Auskreuzungsraten von gv-Mais](#). 2005: Betreuung von fünf Standorten in Meck.-Vorpommern im Rahmen des Erprobungsanbaus von MON810-Mais unter Koordination der [Uni Rostock](#). 2006: Freisetzung von gv-Raps.

Gesprächskreis Grüne Gentechnik (GGG)

Geschichte: Gründung 1997 auf Initiative von Novartis. Kontakt: [Sinemus/Genius](#).

Mitglieder: Keine Angaben über Mitglieder erhältlich, aber aus einem Interview von 1998 sind folgende Mitglieder bekannt: Novartis, [Genius](#), BIOMitteldeutschland, die grossen Vermarktungsverbände der Lebensmittelindustrie (incl. Bundesverbände der Lebensmittelindustrie, der Futtermittelindustrie, der Bauern und der Ölmühlen), die [damaligen] Haupttechnologieanbieter AgrEvo, Monsanto, Novartis sowie Nestle, der Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), aber auch mehrere Behörden (RKI, BgVV)

Finanzierung: unbekannt

Aktivitäten: Nach eigenen Angaben, Beschäftigung „mit der Reglementierung, Verarbeitung und Vermarktung von gv-Pflanzen“. Keine allgemein zugänglichen Informationen über Aktivitäten erhältlich. 2005: Mitorganisation des [InnoPlanta](#)-Forum.

InnoPlanta e.V.

Geschichte: 2000: Gründung, durch u.a. Hans Strohmeyer, BIO Mitteldeutschland GmbH (Projektkoordinator, Leitung Geschäftsstelle InnoPlanta). 2003: Aufnahme in die BMBF-Initiative Kompetenznetze.de; 2006 Gründung der Arbeitsgemeinschaft Innovativer Landwirte im InnoPlanta (AGIL)

Mitglieder:⁹³ rund 60 Partner aus Forschung, Wirtschaft, Finanzen und Politik. Beiratsmitglieder: u.a. [Jany](#) (BfEL), Katzek (BIO Mitteldeutschland). [Genius](#) als Mitglied übernimmt PR-Aufgaben. Mitglieder u.a. KWS, NovoPlant, SunGene und TraitGenetics (Gatersleben), BIO Mitteldeutschland, [Genius](#), Landesbauernverband Sachsen-Anhalt, Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen (BAZ Quedlinburg, jetzt JKI) und Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK Gatersleben).

Finanzierung: BIO Mitteldeutschland, 20 Mio. Euro Fördermittel des BMBF aus dem InnoRegio Wettbewerb seit 2003

Aktivitäten: Beratung von Mitglieder und Vermittlung von Finanzierung, Öffentlichkeitsarbeit und 'Akzeptanzforschung', jährliche Veranstaltung des InnoPlanta Forum, gefördert durch *Unternehmen Region* des BMBF und durch BIO Mitteldeutschland 2004: bundesweit erster Erprobungsanbau von MON810. 2006 Gründung des AGIL mit Patenschaften zur Unterstützung von Bauern, die MON810 anbauen (wollen), 2006 war [Klaus-Dieter Jany](#) einer dieser Paten. Jährliche Veranstaltung des InnoPlanta-Forums.

International Society Biotechnology Research (ISBR)

Geschichte: Gründung durch K. [Ammann](#), J. Beringer, J. Kinderlerer, A. McHughen und M. Tepfer. [Schiemann](#) ist seit 2004 Präsident der ISBR.

Aktivitäten: Seit 1992, zweijährliche Veranstaltungen von internationalen Biosafety Symposia. Ziel des ISBR ist die Förderung von „scientifically sound biosafety research.“ Die Formulierung 'scientifically sound' wird in internationalen Verhandlungen in der Regel als Gegensatz zur Anwendung des Vorsorgeprinzips verwandt.

Finanzierung: der Symposia durch die EU, das US Landwirtschaftsministerium (USDA), die jeweiligen Gastgeberländer und Unternehmen.

⁹³ <http://www.innoplanta.my-content.biz/13.html?&L=http%3A%2F%2Fwww.hitquarters.com%2Fimages%2Fcafohu%2Fuqato%2F>

IOBC/WPRS - GMO's in integrated plant production

Geschichte: International Organisation for Biological Control and Integrated Control of Noxious Animals and Plants/West Palearctic Regional Section. Arbeitsgruppe GMO's in integrated plant production.

Mitglieder: Steering Committee: R. Albajes, [Bartsch](#) (BVL), F. Bigler, A. Raybould (Syngenta, UK). Die Arbeitsgruppe hat mehr als 100 Mitglieder aus öffentlichen Forschungsinstitutionen, Industrie und Behörden.

Aktivitäten: Veranstaltungen von Konferenzen und Arbeitsgruppentreffen sowie Publikation des IOBC/WPRS Bulletins.

Romeis J (Agroscope), [Bartsch](#) D, Bigler F, Candolfi MP (RCC, BASF), Gielkens MMC, Hartley SE, Hellmich RL, Heusing JE (Monsanto, USA), Jepson PC, Layton R (DuPont), Quemada H, Raybould A (Syngenta), Rose RI, [Schiemann](#) J (JKI), Sears MK, Shelton AM, Sweet J, Vaituzis Z & Wolt JD (2007): Assessment of risk of insect-resistant crops to non-target arthropods. *Nature Biotechnology* 26: 203-208.

Bartsch, Schiemann und Sweet sind u.a. auch Mitglieder der [EFSA](#). Im Nachgang zum Artikel wird ausdrücklich festgestellt, dass es sich bei der Beteiligung an der Publikation um eine persönliche Entscheidung der Beteiligten handele, die an dieser Stellen nicht die Auffassung der Behörden vertreten würde: „In addition to scientists that work within the public sector, the IOBC/WPRS working group includes scientists that work within regulatory agencies, the commercial biotech industry and commercial contract laboratories. Although these organizations have an interest in the final outcome of the working group program, members of the working group participate as individuals, not as representatives of these organizations.“

Public Research Regulation Initiative (PRRI)

Gründung 2004.

Mitglieder: Stellvertretender Geschäftsführer: Piet van der Meer (TU Delft); zu den Vorstandsmitgliedern zählt unter Leitung von Marc van Montagu u.a. K. [Ammann](#). Mitglieder sind u.a. [Buhk](#) und [Schiemann](#).

Aktivitäten: PRRI beschreibt sich als Forum für Wissenschaftler aus dem öffentlichen Sektor, die an internationalen Abkommen zu Gentechnik interessiert sind. Unter den Mitgliedern finden sich jedoch auch zahlreiche Wissenschaftler, die eng mit Gentechnikfirmen verbunden sind, bzw. die in Industrie-Stiftungen wie u.a. der Syngenta Foundation und dem Danforth Center arbeiten.⁹⁴

Finanzierung: u.a. durch die Regierungen der USA und Canada, industriennahe Organisationen wie ISAAA, industriennahen Stiftungen wie Syngenta Foundation und Danforth Center, sowie das US Grain Council und CropLife International (dem weltweite Verband der Gentechnikindustrie). 2006-09 erfolgt Basisfinanzierung der Aktivitäten von PRRI als EU-Projekt.

Science4BioReg: 2006-09 werden die Hauptaktivitäten des PRRI als EU-Projekt Global involvement of public research scientists in regulations of Biosafety and Agricultural Biotechnology (Science4BioReg) mit 601.500 Euro finanziert. Projektpartner sind u.a. [Schiemann](#) als Vorsitzender des Arbeitspakets *EU-Richtlinien und Bestimmungen* und [Ammann](#) als Koordination der wissenschaftlichen Datenbank und der *Ask Force*. Koordiniert wird die Arbeit des Projekt mit der eines weiteren EU-Projekts [BIOSAFENET](#), das ebenfalls unter Leitung von [Schiemann](#) (JKI) stattfindet.

Webseiten: www.pubresreg.org,
ec.europa.eu/research/biosociety/food_quality/projects/180_en.html

Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik e.V. (WGG)

Geschichte: Gründung August 1998 u.a. durch K.D. [Jany](#) und K. Ammann

⁹⁴ <http://www.gmwatch.org/profile1.asp?PrId=316&page=P>

Mitglieder: **Jany** (BfEL/MRI) ist 1. Vorsitzender. Es liegt keine aktuelle Mitgliederliste vor, aber 1998 zählten zu den Mitgliedern **Ammann**, **Buhk** (BVL), H.-G. **Gassen** (TU Darmstadt), **Schiemann** (BBA), **Sinemus** (TU Darmstadt, jetzt **Genius**), G. Flachowski (FAL), G. Sachse (**BioAlliance**), B. Stadler, G. Wenzel, W. Schuhmann sowie 20 weitere Mitglieder verschiedener Universitäten, Forschungsanstalten und dem MPI Köln.

Finanzierung: unbekannt

Aktivitäten: 2004: Offener Brief an Bundesregierung und Bundestag anlässlich der Neufassung des Gentechnikgesetz, um eine politische Beurteilung des Einsatz von Gentechnik zu verhindern. 2007: Offener Brief an Bundesregierung und Bundestag. Zahlreiche Texte v.a. von **Jany** zu zahlreichen Themengebietern der Gentechnik.

6.5 Forschungsprojekte

AIGM

Zeitraum: 1999-2004.

Titel & Ziel: Assessment of the Impacts of Genetically Modified Plants.
<http://www.esf.org/index.php?id=2702>

Partner: Vorstandsvorsitzender: J. Sweet, Vorstandsmitglieder u.a. **Ammann** und **Bartsch**. European Science Foundation.

Anbaubegleitende Monitoring

Zeitraum: 2001-04: Methodenentwicklung für das anbaubegleitende Monitoring

Finanzierung: BMBF-Forschungsverbund

Partner: Leiter: **Schiemann**; mit **Schiemann** und **BioMath**: Länder- und Kulturarten-übergreifende Fragestellungen⁹⁵ und weiteren Projekten von BBA, ZALF, BlaU, IFZ, und Uni Göttingen und Oldenburg.

Zeitraum: 2005-08: Anbaubegleitendes Monitoring.

Finanzierung: BMBF-Forschungsverbund

Partner: Leiter: **Schiemann**, mit **Schiemann**/BBA Teilprojekt 1: Datenerhebung bei Landwirten und durch Pflanzenschutzdienste (Verbundkoordination), BlaU Göttingen Teilprojekt 2: Auswahl von Flächen in Agrarlandschaften und **Schmidt/BioMath** Teilprojekt 3: Entwicklung eines statistischen Instrumentariums zur Datenauswertung.⁹⁶

Anbaubegleitendes Monitoring gentechnisch veränderter Pflanzen im Agrarökosystem

Zeitraum:

Finanzierung: BBA-Arbeitsgruppe

Partner: Leitung: **Schiemann** u.a. **Bartsch**/BVL, **Broer**/Uni Rostock, Gathmann/RWTH Aachen jetzt **BVL**, **Schmidt/BioMath**, ausserdem mit Behördenvertretern von BMELV, RKI/BVL, LLG Sachsen-Anhalt, Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft, LWK Hannover, LWK Westfalen-Lippe, LWK Rheinland, LWK Weser-Ems, LUFÄ Nord-West, Landespflanzenschutzamt Meck.-Vorpommern, Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Niedersächsisches Landesamt für Ökologie, UBA, Bayr. Landesamt für Bodenkultur und Pflanzenbau, FAL, Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Bundessortenamt, mit Vertretern von ZALF, BBA, Uni Bielefeld, Uni Göttingen, Uni Oldenburg, und mit (Industrie-)Vertretern von Bayer CropScience, Pioneer Hi-Bred, KWS Saat, Syngenta, Monsanto Industrieverband Agrar, BlaU, Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter, **Genius**.

⁹⁵ <http://www.biosicherheit.de/de/sicherheitsforschung/69.doku.html>,

⁹⁶ <http://www.biosicherheit.de/de/sicherheitsforschung/170.doku.html>,
<http://www.biosicherheit.de/de/sicherheitsforschung/171.doku.html>,
<http://www.biosicherheit.de/de/sicherheitsforschung/172.doku.html>,

Biologische Sicherheitsforschung

Finanzierung: Es ist schwierig genaue Zahlen zur Förderung von Biologischer Sicherheitsforschung zu finden, da in vielen Projekten die Grenze zwischen Forschung zur (grundlegenden Sicherheit) von gv-Pflanzen und einer sicheren Produktentwicklung sehr fließend verläuft.

Aus einer kleinen Anfrage⁹⁷ lassen sich jedoch andere Zahlen entnehmen: Es werden derzeit 24 Forschungsprojekte mit gentechnisch veränderten Pflanzen mit Bundesmitteln gefördert. Die Höhe der Bundesmittel für diese Projekte beträgt insgesamt rund 25,2 Mill. Euro (BMBF: 21,5 Mill. Euro; BMELV: 3,7 Mill. Euro). 2007 wurden Forschungsprojekte mit gentechnisch veränderten Pflanzen mit rund 7,8 Mill. Euro gefördert.

Einige der Forschungsprojekte im Bereich der Agro-Gentechnikforschung befassen sich zwar mit Fragen zur biologischen Sicherheit, mit Fragen zur Sicherung der Koexistenz oder zum Anbau begleitenden Monitoring, aber in anderen Fällen, ist die Grenze zwischen Forschung zur Sicherheit und zur Entwicklung sicherer Produkte undeutlich.

Eine Auswertung der einer kleinen Anfrage ergibt:

1. Es werden 8 Projekte zur Biologischen Sicherheitsforschung gefördert mit einem Gesamtvolumen von 14.792.000 Euro (Förderung von 7 Projekten durch das BMBF; 1 Projekt durch das BMELV).
2. Noch laufende Projekte zur Biologischen Sicherheitsforschung laufen 2008 aus, und es wurden keine weiteren bzw. neuen Forschungsprojekte zur Biologischen Sicherheitsforschung initiiert.
3. Es werden keine Bundesmittel für Fragen zum flächendeckenden Auskreuzungsmonitoring zur Verfügung oder zur Untersuchung der Wirkung von Gentechnik-Pflanzen auf Bienen sowie deren Ausbreitung durch Bienen bereitgestellt.
4. Das Projekt „Kommunikationsmanagement in der biologischen Sicherheitsforschung“ mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 1.858.000 Euro wird ebenfalls aus dem Topf „Biologische Sicherheitsforschung“ finanziert. Davon gehen allein 1.230.000 Euro an die Firma Genius (und in Unteraufträgen an Transgen e.V. und TÜV Nord).

Freisetzungsbegleitende Sicherheitsforschung transgener Maissorten mit neuen Bt-Genen: 2005-08. Projektpartner u.a. [RWTH Aachen](#), BBA Braunschweig und Darmstadt (jetzt JKI), BTL GmbH ([BioOK Verbund](#)). Gesamtsumme: 3,27 Mio Euro.⁹⁸

BIOSAFENET

Zeitraum: 2006-09

Titel & Ziel: BIOSAFENET– Biosafety Research Communication Network. Ziel ist die Formalisierung eines Netzwerk europäischer Wissenschaftler in Zusammenarbeit mit dem [ISBR](#), um die Rolle von europäischen Experten in der Diskussion um biologische Sicherheit von GVO zu verstärken. http://www.gmo-safety.eu/en/biosafenet_navigator/project/

Finanzierung: EU-Projekt, Gesamtkosten 668.000 Euro, EU-Beitrag: 534.000 Euro.

Partner: Koordinator: [Schiemann/BBA](#) (ohne Angabe dass Schiemann Präsident des ISBR ist), Kontakt: [Minol/Genius](#), weitere Partner: Agricultural Research Center of Hungarian Academy of Science, International Centre of Genetic Engineering and Biotechnology (Italien) und National Hellenic Research Foundation (Griechenland). Kooperationspartner: BIOSAFENET-Aktivitäten werden koordiniert mit denen von [Science4BioReg/PRRI](#). Darstellung der Ergebnisse von BIOSAFENET auf [biosicherheit.de](#).

⁹⁷ Kleine Anfrage Bündnis90/Die Grünen „Forschung von gentechnisch veränderten Pflanzen mit öffentlichen Forschungsgeldern“ Drs 16/6015; Antwort Regierung Drs 16/6208.

⁹⁸ <http://www.biosicherheit.de/de/mais/boden/335.doku.html>

biosicherheit.de und GMO-Compass

biosicherheit.de: Die Webseite biosicherheit.de, bzw. ihre englische Übersetzung gmo-safety.eu) besteht seit 2001 und wird z.Z. (2004-2010) durch das BMBF als Kommunikationsprojekt gefördert. Auf biosicherheit.de werden vor allem Ergebnisse von BMBF-Projekten zur Gentechnikforschung und Ergebnisse des EU-Projekts **BIOSAFENET** (**Schiemann**), sowie aktuelle Nachrichten und Hintergrundberichte dargestellt. Das redaktionelle Team besteht aus Mitarbeitern der Firma **Genius**, (u.a. **Kristina Sinemus** und Klaus Minol), **TransGen** (Gerd Spelsberg) und dem TÜV Nord.

Alle drei Firmen bzw. Organisationen sprechen sich mehr oder weniger explizit für die Gentechnik aus. So sind z.B. Genius und TÜV Nord sind Mitglied der Lobbyorganisation Bio Deutschland.

Der TÜV Nord bietet u.a. Serviceleistungen bei der Betreuung gentechnischer Anlagen und der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen sowie Hilfe bei der Planung, Vermittlung und Durchführung freisetzungsbegleitender Sicherheitsforschung oder zum Monitoring an.

GMO-Compass: Die Webseite gmo-compass.org wird ebenfalls durch **Genius** und **TransGen** betreut. Die Finanzierung erfolgte 2005-06 als EU-Projekt „GMO-Compass–GMO Communication and safety evaluation platform“ mit 460.000 Euro. Nach Ablauf wurde die Finanzierung 2007 durch EuropaBio und 2007/08 durch das BMELV übernommen.

Die Webseite baut v.a. auf der **TransGen**-Webseite auf, die seit 1997 aus verschiedenen Quellen finanziert wird (Ministerien/Behörden, Gentechnik-Industrie, Innoplanta). Zu den Beiratsmitglieder des GMO-Compass gehören u.a. **Joachim Schiemann** und Vertreter von BEUC und EuropaBio.

Webseiten: www.biosicherheit.de, www.gmo-safety.eu, www.gmo-compass.org

CO-EXTRA

Zeitraum: 2005-09:

Titel & Ziel: CO-EXTRA – GM and non-GM supply chains: their co-existence and traceability.

<http://www.coextra.eu>

Finanzierung: EU-Projekt Gesamtkosten 13,52 Mio Euro, EU-Beitrag: 22,14 Mio Euro;

Partner: Koordination: INRA (Frankreich). Management Board u.a.: **Schiemann**/BBA, **Sinemus**/Genius, J. Sweet (NIAB, UK). Executive Committee u.a.: **Schiemann**/BBA: Arbeitsgruppenleiter Biological approaches for gene flow mitigation, **Sinemus**/Genius: Arbeitsgruppenleiterin Communication and Dialogue, J. Kinderlerer, J. Sweet. Kontakt für das Editorial Office: Minol/**Genius**. Weitere Partner: mehr als 40 Organisation in Europa.

Impfstoffproduktion in transgenen Pflanzen

Zeitraum: 2001-05: Nachhaltige Produktion von Impfstoffen gegen virale Erkrankungen von Tieren in transgenen Pflanzen.

Finanzierung: Verbundprojekt

Partner: **Broer**/Uni Rostock, **BioMath**, Bundesforschungsanstalt für Viruserkrankungen bei Tieren (BFAV), Forschungsinstitut für Viruserkrankungen bei Tieren (FBN), Norika GmbH und Riemser Arzneimittel GmbH. Finanzierung der sog. Impfmöhren-Webseite durch das BMBF. Ziel des Projekts was nicht so sehr die tatsächliche Herstellung eines Impfstoffs, sondern der Aufbau eines Gentechnik-Standorts bei Rostock. Das Impfmöhrenprojekt wird auch auf der Webseite von **FINAB** beworben.

Methoden der Gen-Übertragen / Optimierung biologischer Sicherheit von gv-Pflanzen

Zeitraum: 2001-04: Neue Methoden der Gen-Übertragung.

Finanzierung: BMBF-Forschungsprojekte

Partner: u.a. [Schiemann/BBA](#): Erzeugung Markergen-freier Pflanzen durch Nutzung eines Rekombinationssystems (Cre/lox), Entwicklung neuer Methoden zur gezielten Veränderung von Genen in der Pflanzen und Entwicklung eines neuen Sicherheitssystems für die Produktion von Proteinen in Pflanzen mit veränderten Viren, [Broer/Uni Rostock](#): Erzeugung Markergen-freier transgener Pflanzen mit Hilfe eines negativen Selektionsmarkers⁹⁹ sowie weiteren Projekten von Uni Karlsruhe, Sun Gene, Planta, Bayr. LA Landwirtschaft, Uni Giessen, Bioplant, FI Schmalleben, BfZ Sieblingen und MPIZ Köln.

Zeitraum: 2005-08: Optimierung der biologischen Sicherheit transgener Pflanzen.

Finanzierung: BMBF-Forschungsprojekte: Gesamtsumme: 1,85 Mio Euro.

Partner: u.a. [Broer/Uni Rostock](#): Erzeugung Markergen-freier Rapspflanzen durch Nutzung des Cre/lox-Systems, IPK: Erzeugung Markergen-freier Getreidepflanzen durch androgenetische Segregation¹⁰⁰ sowie weiterer Projekte von AgroScience Neustadt, Uni Karlsruhe, Uni Hamburg, Uni Würzburg. Ein Projektantrag von Schiemann in diesem Rahmen wurde vom BMELV 2004 als Produktentwicklung und wegen möglicher Interessenkonflikte gestoppt.

Monitoring der Auswirkungen des Anbaus transgener Pflanzen auf Agrarökosysteme.

Zeitraum: 1999-2002

Finanzierung: BMBF

Partner: Mit [Schiemann/BBA](#): Teilprojekt 1: Auskreuzung aus transgenem Mais und Quantifizierung der Auskreuzung¹⁰¹

Plants for the Future

Zeitraum: seit 2003: Vorbereitung und Entwurf eines Visionpapers. seit 2006: und Durchführung der EU-Technology Platform Plants for the Future als Stakeholder-Forum,

Finanzierung: EU

Partner: koordiniert von EPSO und EuropaBIO. Mit [Schiemann](#) als Mitglied des Steering Committee, Co-Autor des Visionpapier (2003) und Co-Vorsitzender der Arbeitsgruppe Horizontal Issues. Deutsche Mirrorgruppe mit Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft, u.a. Katzek/BioMitteldeutschland, Kunz/Südzucker, Nehls/Planta, Schurr/Forschungszentrum Jülich, Scheel/IPB Halle, [Schiemann/BBA](#), R.M. Schmidt/BASF Plant Science, Schmitz/Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter, [Sinemus/Genius](#), Sonnewald/Uni Erlangen, Stitt/MPIMP Golm, Teuffel/Forstl. Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg, Wolter/Patent- und Lizenzagentur für GABI.

Polymerenproduktion in transgenen Kartoffelknollen

Zeitraum: 2007-08 .

Titel & Ziel: Produktion von biologisch abbaubaren Polymeren in transgenen Kartoffelknollen. Ergebnisse sollen durch [bioaktiv](#) GmbH auch zur Begleitung der Entwicklung von gv-Pflanzen in Gewächshaus und Freiland genutzt werden.

Finanzierung: BMVEL-Verbundprojekt (2. Phase)

Partner: Teilprojekt 1: [Broer/Uni Rostock](#) (263.853 Euro), Teilprojekt 2: [bioaktiv](#) (94.369 Euro). Weitere Projektpartner: Uni Bielefeld, Eberhard-Karls-Uni Tübingen, Norika Nordring-Kartoffelzucht und VermehrungsGmbH. Gesamtsumme: 693.783 Euro.

⁹⁹ <http://www.biosicherheit.de/de/sicherheitsforschung/57.doku.html>,
<http://www.biosicherheit.de/de/sicherheitsforschung/63.doku.html>,
<http://www.biosicherheit.de/de/sicherheitsforschung/62.doku.html>,
<http://www.biosicherheit.de/de/sicherheitsforschung/35.doku.html>

¹⁰⁰ <http://www.biosicherheit.de/de/sicherheitsforschung/163.doku.html>,
<http://www.biosicherheit.de/de/sicherheitsforschung/160.doku.html>

¹⁰¹ <http://www.biosicherheit.de/de/sicherheitsforschung/106.doku.html>

SIGMEA

Zeitraum: 2004-2007:

Titel & Ziel: SIGMEA– Sustainable Introduction of GMOs into European agriculture:

Finanzierung: EU-Projekt Gesamtkosten: 7,54 Mio Euro, EU: 4,55 Mio;

Partner: Verbindung mit [CO-EXTRA](#) und [TRANSCONTAINER](#). Mit: [Schiemann](#) als Mitglied des Project Executive Committee, [Ammann](#): Gene flow of maize in Europe.

TRANSCONTAINER

Zeitraum: 2006-09

Titel & Ziel: TRANSCONTAINER - Developing efficient and stable biological containment systems for genetically modified plants. Ziel ist die Förderung einer Ko-existenz von gv- und gv-freier Landwirtschaft durch die Entwicklung von u.a. Terminator-Pflanzen.
<http://www.transcontainer.org/UK/>

Finanzierung: 5,38 Mio Euro, EU-Beitrag: 4,17 Mio Euro

Partner: [Bartsch](#): Mitglied des Projektmanagementkommittees

Verfahren zur Minimierung der Auskreuzungsraten von gv-Raps

Zeitraum: 2004-06: Entwicklung eines standardisierten Verfahrens zur Minimierung der Auskreuzungsraten von transgenem Raps am Standort Gross Lüsewitz.

Finanzierung: Forschungsprojekt

Partner: Gesamtkosten 628.000 Euro, Förderung zu 80% durch das WM Meck.-Vorpommern. Projektpartner: [FINAB](#) e.V., [Uni Rostock](#) und [bioaktiv](#) GmbH. Entwicklung von Analyseverfahren zur Identifizierung und Quantifizierung von gv-Pflanzen, die dann als Service im AgroBioTechnikum angeboten werden sollen.